

30

2903

9:556

30.2903

Der Reichstag von Nürnberg

anno 1480.



Inaugural-Dissertation

verfasst und der

hohen philosophischen Facultät zu Heidelberg

zur Erlangung der Doctorwürde

vorgelegt von

Karl Küffner.



WÜRZBURG.

Köhl & Hecker'sche Buchdruckerei.

1892.

**Eigentum
der Stadt Bamberg**

Gruppe:

Zahl:



H e r r n

A. Göbl,

— kgl. Kreisarchivar zu Würzburg,

dem

freundlichen Förderer meiner diplomatisch-paläographischen Studien,

i n d a n k b a r e r V e r e h r u n g

zugeeignet.

Herrn

A. Göbl.

kgl. Kreisarchivar zu Würzburg

Herrn

hochachtungsvoll für die Förderung meiner diplomatisch-paläographischen Studien

in dankbarer Verehrung

Ergebenst

Litteraturnachweis.

A. Quellen.

a. Ungedruckte.

1. Die Berichte der Würzburger Gesandtschaft auf dem Nürnberger Tage, welche ich bei der Materialiensammlung zu einer Geschichte des Würzburger Fürstbischofs Rudolf v. Scherenberg (1466—1495) kennen lernte und welche schon Wiedemann in seiner Dissertation „Die Reichspolitik des Grafen Haug von Werdenberg“ zu einer summarischen Darstellung des Reichstags im Sinne seines Themas benützte. Sie sind zitiert W. R. (Würzburger Reichstagsakten).
2. Die einschlägigen Archivalien aus dem Sächsisch-Ernestischen Gesamt-Archiv Weimar, zitiert Weim. A. (Weimarer Archiv).
3. Desgleichen aus dem Hauptstaatsarchiv Dresden, zitiert Dresd. A. (Dresdener Archiv).
4. Die Nördlinger Reichstagsakten aus dem allgemeinen Reichsarchiv von München.*)

b. Gedruckte.

1. Müller, Reichstagstheatrum unter Fr. III.; II. und III. Teil.
2. Chmel, Monumenta habsburgica III.
3. Janssen, Frankfurter Reichskorrespondenz.
4. Dr. Höfler, Ritter von Eibs Denkwürdigkeiten.
5. Minutoli, das kaiserliche Buch des Markgrafen Albrecht Achilles.
6. Lehmann, Speyerische Chronik.

B. Bearbeitungen.

1. Droysen, Geschichte der preussischen Politik.
2. Häberlin, Welthistorie.
3. Pastor, Geschichte der Päpste.
4. Krones, Handbuch der Geschichte Österreichs.
5. Palacky, Geschichte Böhmens.
6. Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches.
7. Ulmann, Kaiser Maximilian I.
8. Gothein, Religiöse und politische Volksbewegungen vor der Reformation.

*) Recherchen in mehreren anderen deutschen Archiven nach weiterem handschriftlichen Material waren von keinem Erfolge begleitet.

VI

9. Kluckhohn, Ludwig der Reiche.
10. Schweizer, Vorgeschichte und Gründung des schwäbischen Bundes.
11. Müller, Reichssteuern und Reichsreformbestrebungen im 15. und 16. Jahrhundert.
12. Keussen, die Stellung der Reichsstädte unter Friedrich III.
13. Ennen, Geschichte der Stadt Köln.
14. Meichelbeck, Geschichte der Stadt Freising.
15. Friess, Würzburger Bischofschronik.
16. Gemeiner, Regensburger Chronik.
17. Segesser, Eidgenössische Abschiede.
18. Wiedeman, die Reichspolitik des Grafen Haug von Werdenberg von 1466—1486. Dissertation von Greifswalde.
19. Ed. Krause, der Weissenburger Handel von 1480—1505. Dissertation von Greifswalde 1889.
20. Reissermeier, der grosse Christentag von Regensburg 1471, Gymnasialprogramm von Regensburg pro 1887/88.
21. Dr. Böhm, die Pfaffensteuer von 1480/81. Wissenschaftliche Beilage zum Programm der Berliner Sophienschule 1882.
22. Archiv für Österreichische Geschichte, Band 55: „Über die Abdankung des Erzbischofs Bernhard von Salzburg“ von Dr. Frz. M. Mayer.
23. Zeitschrift für preussische Geschichte und Landeskunde, 19. Jahrgang.
24. Stimmen aus Maria Laach, B. 39, S. 30—45: „Der Empfang der hl. Sakramente gegen Ende des Mittelalters“ von Schmitz.



Das 15. Jahrhundert erhält seinen Gesamtcharakter durch weitaussehende Reformbestrebungen. Zunächst war die Kirche, diese universale Lebensgemeinschaft der mittelalterlichen Menschheit, in unaufhaltsamen Verfall geraten. Sie an Haupt und Gliedern wiederzuerneuern, war das grosse Problem der Zeit. Nirgends wurden die Schäden der grossen Heilsanstalt so laut und rücksichtslos besprochen wie auf den beiden Kirchenversammlungen zu Konstanz und Basel, und die erste Hälfte des Jahrhunderts ist von dieser geistlich-kirchlichen Bewegung beinahe vollständig ausgefüllt. Bei der unlösbaren Verkettung von Religiösem und Profanem, von Geistlichem und Weltlichem, von Kirche und Staat war es natürlich, dass die Frage der Reform des kirchlichen Gemeinwesens nicht erörtert werden konnte, ohne zugleich auf eine zeitgemässe Umbildung des hl. römischen Reiches zu denken, welches ja noch immer trotz des erstarkten Nationalitätenprinzips und der machtvoll dastehenden Staatengebilde in Frankreich, England u. s. w. die äussere Einheit der Christenheit darstellte. Anfänglich waren diese politischen Antriebe von untergeordneter Bedeutung: sie bildeten neben der kirchlichen Reform eine Angelegenheit von sekundärem Belang; als aber mit dem vielberufenen Aschaffenburg oder Wiener Konkordat, das Friedrich III. in kurzsichtiger Verblendung mit der Kurie abschloss, die Gewalt der kirchlichen Reformbestrebungen für längere Zeit gebrochen war, wuchs der staatliche Reformgedanke zu immer grösserer Macht heran und erfüllte schliesslich ebenso die 2. Hälfte des Jahrhunderts, wie der kirchliche die ersten fünfzig Jahre des Säkulums. Die Geschichte der deutschen Reichstage ist deshalb ein immer hartnäckiger entbrennender Kampf zwischen Altem und Neuem, reformatorischen Ideen und historisch Sanktionirtem, zwischen Kaiser und fürstlicher Oligarchie, zwischen

dieser und den Städten. Im Jahre 1466 beschloss man einen Landfrieden, der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in die öffentlichen Verhältnisse bringen sollte. 1471 wurde auf dem grossen Christentag zu Regensburg mit der Frage des gemeinen Pfennigs eine zeitgemässe Steuer- und Kriegsverfassung des Reichs in hitzigen Debatten erwogen; auch wurde der Landfriede von 1466 auf weiteres erstreckt. Landfriede, Finanz-, Gerichts- und Heerreform bildeten nun in der nächsten Zeit die Schlagworte auf den Reichsversammlungen. Aber diese vermochten weder der inneren Zerrüttung noch den äusseren Nöten des Staates zu steuern.

Im Jahre 1479 tagten die Stände zu Nürnberg. In weit-schweifiger Weise ratschlagte man hin und her, um zuletzt den Beschluss zu fassen, dass der Kaiser einen neuen Tag auf den 12. März ausschreiben und dabei selbst „an den Dingen“ sein möge. Für den Türkensturm, welcher im Osten des Reiches immer gefahrvoller heraufzog, für die Gewaltthätigkeiten des Franzosenkönigs im Westen hatten die deutschen Reichsstände nur tröstende Worte. Während sie noch zu Nürnberg den Machtboten des Korviners Matthias mit lächerlichem Pathos den Umfang ihrer reichständischen Rechte begreiflich zu machen bemüht waren, hatte die unheildrohende Lage an der Ostgrenze sich nur verschärft. Die noch unausgeglichene Spannung zwischen Kaiser Friedrich und König Matthias von Ungarn drängte gebieterisch zu kriegerischen Verwicklungen. Der eine warf dem andern vor, die Bedingungen des Kornneuburger Friedens von 1477, welcher den zweiten Krieg der beiden Machthaber beendigte, nicht eingehalten zu haben. Der Streit um das Salzburger Erzbistum, dessen Oberhirte, ein „üppiger, bequemer und wankelmüthiger Kirchenfürst“, dem Kaiser abzudanken versprochen hatte,¹⁾ nachträglich aber von seinem Entschlusse wieder abgekommen war und nun in Matthias einen eifrigen Parteigänger fand, goss neues Oel in die Flamme.²⁾ Um die Wende des Jahres 1479 besetzten die ungarischen Truppen

1) Archiv für österr. Gesch. Bd. 55 S. 169. Dr. Frz. Mart. Mayer: Über die Abdankung des Erzbischofs Bernhard von Salzburg.

2) Dauernder Streit mit dem Dompropst Kaspar von Stubenberg, Verdruss über die missglückte Kandidatur seines Neffen Sixtus Tannberger auf den Bischofsstuhl in Gurk, sowie die Notlage seines Stifts waren die Ursachen dieses Entschlusses.

Krones, Handbuch der Geschichte Österreichs, Bd. II. S. 459.

den salzburgischen Ort Pettau.¹⁾ Die Einnahme von anderen Städten, Schlössern und Orten des Hochstifts folgte diesem Ereignis auf den Fuss. Im Februar war der Krieg gegen Friedrich III. schon in vollem Gange. Mit etwa 20,000 Menschen hauste der ungarische Feldhauptmann Hans von Haugwitz in Steiermark und im windischen Lande. Die Soldateska zog im Lande „hin und wider“, verdarb „täglich des kaisers lute“ und nahm alles mit, was sie antraf.²⁾

Radkersburg und Fürstenfeld wurden belagert; ja sogar der Hauptstadt Wien drohte Gefahr.³⁾ Noch stieg Matthias' Macht von Tag zu Tag; aus Schlesien und Mähren bewegte sich, „viel folks an reisigem gezceuge“ nach dem Kriegsschauplatze.⁴⁾ Der Kaiser befand sich in schlimmer Lage. Seine Furcht vor dem übermächtigen Feinde war eben so gross wie seine Hilflosigkeit.⁵⁾

Eine starke Verkältung, die er sich auf seinen häufigen Schlittenfahrten an Fastnacht zugezogen, hatte seine Gesundheit so heftig erschüttert, dass das Gerücht Boden gewann, „er sei vor seinem ende“.⁶⁾ Todesahnungen erfüllten ihn und waren wohl Veranlassung, dass er sich ein „ser kostlich“ Grab bereiten liess.⁷⁾ Die deutschen Fürsten und Stände, an die er sich wiederholt um Hilfe gewandt,⁸⁾ gaben ablehnende Antworten, weil sie, besonders die nahegesessenen, des Ungarnkönigs Macht und Einfluss fürchteten. Ganz entschieden weigerte sich der Herzog Albrecht von Sachsen, als der Kaiser dessen Kontingent auf Pfingsten nach der Stadt Linz entbot.

Mit Schlesien und der Lausitz sei der König Matthias den sächsischen Landen allernächst gelegen; auf eine Strecke von 20 Meilen Weges, wo keine „Gebirge, wasser noch sust festungen zwischen ist, sunder ganz offen gerawme landt“ grenze Ungarn mit Sachsen zusammen, so dass sie der König jederzeit mit Heeres-

1) Archiv für österr. Geschichte, Bd. 55 S. 207.

2) Sächs. Ernest. Gesamtarchiv, Weimar, Bericht v. 9. März. Cf. K r o n e s, Handbuch der Geschichte Österreichs Bd. II. S. 466.

3) Archiv f. österr. Geschichte S. 211.

4) Weimar. Archiv, Bericht vom 9. März.

5) Der kaiser furcht sich fast ser vor dem könige als man sagt. — Ebenda.

6) Ebenda.

7) Ebenda.

8) An Albrecht von Sachsen am 23. März 1480. Weim. Archiv. Cf. auch M ü l l e r, Reichstheatrum, S. 751.

kraft überziehen und beschädigen könne. Ausserdem sei das ihnen gehörige Sagansche Gebiet ganz von dem ungarischen Schlesien umschlossen und liege bei 15 Meilen von dem sächsischen Hauptlande entfernt.¹⁾ Auch war es noch nicht ausgemacht, auf wessen Seite das Unrecht lag, da auch Matthias nicht verfehlte, den deutschen Ständen die Sache von seinem Standpunkte darzulegen und geschickt um Sympathien zu werben.²⁾

Mit dem Ungarnkrieg war das Missgeschick des Kaisers aber keineswegs erschöpft. Wie wenn der Erbfeind im Osten den Kampf der christl. Regenten abgewartet hätte, machte er jetzt einen der ausgedehntesten und verheerendsten Einfälle in die kaiserlichen Lande. Bis tief in Steiermark und Kärnten drangen türkische Heerscharen vor, und zwei Tagereisen vor der Grenze des bayerischen Gebietes waren noch die Spuren ihrer Verwüstung sichtbar.³⁾

Auch König Ludwig XI. von Frankreich war und blieb in seiner Begehrlichkeit nach dem reichen Burgund, das durch Heirat dem Kaisersohne Maximilian zugefallen war, ein gefährlicher Feind. Zwar hatte das burgundisch-niederländische Heer in der Schlacht von Guinegate (1479) die französischen Eroberungsgelüste siegreich zurückgewiesen; aber dieser Erfolg auf dem Schlachtfelde hatte doch nur zu einem unsicheren Frieden geführt. Man durfte sicher erwarten, dass Ludwig XI. bei seiner Tücke und Verschlagenheit, bei seinem ungezügelten Rachedurst den erhaltenen Schlag nicht unerwidert lassen werde. Ein Schutz- und Trutzbündnis, das er vor Jahren schon mit den siegreichen Eidgenossen eingegangen, schien dieser Absicht besonderen Vorschub leisten zu sollen. Auf dem eidgenössischen Tage zu Zürich, wo Abgesandte des Königs Ludwig und des Erzherzogs Maximilian von Burgund den obschwebenden Streit zur Sprache brachten, stellten sich die Eidgenossen ganz auf Seite Frankreichs⁴⁾ und liessen im Bewusstsein ihrer durch siegreiche Kämpfe errungenen Bedeutung und mit dem ganzen

¹⁾ Weim. Archiv, Antwort Herzog Albrechts von Sachsen an den Kaiser vom 12. Mai 1480. Cf. von Langenn: Herzog Albrecht der Beherzte, S. 129.

²⁾ Müller, R.-Theatr. S. 751. So schickte Matthias 300 von den Städten Ulm, Augsburg und Nördlingen gesandte und vor Fürstenfeld gefangene Schützen ohne Lösegeld mit schmeichelhaftem Brief wieder nachhause.

³⁾ Krones II. S. 467; cf. Chmel: Monumenta Habsburgica III. S. 140.

⁴⁾ Über die Bedeutung der Schweiz in Fragen des Krieges cf. Ullmann, Kaiser Maximilian I., Bd. I. S. 655 ff.

Stolze des machtvoll aufstrebenden Bauernvolkes Maximilian bedeuten, er möge ohne ihr Wissen nichts gegen den König von Frankreich unternehmen, widrigenfalls sie auf Grund ihrer Bündnisse gezwungen wären, diesem zu helfen.¹⁾ Maximilian legte kein übertriebenes Misstrauen an den Tag, wenn er täglich die Erneuerung kriegerischer Feindseligkeiten erwartete.²⁾

Höchst unerquicklich war also die Lage des Reiches, als Kaiser Friedrich den 1479 beschlossenen neuen Tag nach Nürnberg ausschrieb. Ursprünglich hatte man den Sonntag Lätare zur Eröffnung in's Auge gefasst. Dann wurde Jakobi (25. Juli) als Termin gesetzt; um diesen Zeitpunkt aber waren nur die Räte des Markgrafen Albrecht, sowie zwei Ratsfreunde von Strassburg und Ulm in Nürnberg zu finden.³⁾ Recht misslich war es für den Besuch, dass sich der Kaiser angesichts der unsicheren Zeitlage nicht entschliessen konnte, selbst nach Nürnberg zu kommen, sondern den Grafen Haug v. Werdenberg als seinen Machtboten und Anwalt beglaubigte.⁴⁾ Wann dieser gewiegte und der kaiserlichen Politik treu ergebene Diplomat eintreffen werde, liess sich vorerst gar nicht absehen;⁵⁾ es wurde Ende Juli, bevor er sich aus Wien losmachen konnte.⁶⁾ — Das Beispiel von oben wirkte natürlich auf die Reichsstände nicht besonders anregend. Manche verliessen die Stadt, noch ehe die Versammlung eröffnet worden; andere, wie die sächsischen Fürsten, warteten zuhause erst sichere Nachricht ab; wieder andere hatten überhaupt keine Lust zu kommen, sondern schickten ihre Räte, weil es ja doch im hohen Grade zweifelhaft erschien, ob der Besuch eine Abhaltung des Tages gestatten werde.⁷⁾ Als Haug zu Nürnberg ankam

¹⁾ Chmel, m. h. III. S. 202—205. Anschreiben vom 15. April. Mit ebendenselben Eidgenossen war auch Matthias von Ungarn im Bund; Chmel m. h. S. 167—170 Freundschaftsvertrag vom 26. März 1489.

²⁾ Cf. W. R. fol. 42b. Die Werbung des burgundischen Gesandten, eines gewissen Dr. Johannes, bei der Reichsversammlung um Hilfe gegen Frankreich, wenn nach Ablauf der bis Ostern 1481 währenden Verträge die Feindseligkeiten wieder beginnen sollten.

³⁾ Janssen, Frankf. Reichskorrespondenz No. 562.

⁴⁾ Dresdener Archiv (Wittenberger Archiv, Türkische Sachen, Blatt 62). Entschuldigungsschreiben des Kaisers an d. sächs. Fürsten vom 23. Juni; cf. Janssen No. 561.

⁵⁾ Janssen, Reichskorresp. No. 562. — ⁶⁾ ibidem.

⁷⁾ Dresdner Archiv: Schreiben des Kurfürsten und des Herzogs Albrecht an den k. Anwalt.

— sicher lässt sich dessen Anwesenheit erst vom 29. August an nachweisen¹⁾ — entwickelte er eine ungemeine Rührigkeit für das Zustandekommen des Tages. In eigenen Anschreiben forderte er die Lauen und Säumigen zu persönlichem Erscheinen auf.²⁾ Aber „nit mit viel volcks“ sollte man kommen, „damit man den sachen auch destbas ausswartten muge“,³⁾ eine ernste Mahnung an diejenigen, welche in den Reichszusammenkünften nur die erwünschte Gelegenheit zu Gelagen, Turnieren, festlichen Aufzügen zu sehen gewohnt waren. An die sächsischen Fürsten Ernst und Albrecht beordert er den Reichsmarschall Sigmund v. Pappenheim zu persönlicher Werbung. Seine Majestät der Kaiser habe ganz besonderes Vertrauen zu ihnen; er zähle auf sie; denn ohne sie und andere Fürsten und Kurfürsten könne das Fürnehmen gegen die Türken nicht verhandelt werden.⁴⁾ Die ungarische Frage machte natürlich die Mitwirkung der Sachsen unerlässlich notwendig. Darum wiederholte auch der k. Anwalt in einem Schreiben vom 14. September noch einmal dringend seine Einladung.⁵⁾ —

In längeren und kürzeren Zwischenräumen erschienen nun geistliche und weltliche Fürsten mit stattlichem Gefolge; andere sandten ihre beglaubigten Botschafter. Haug hatte jetzt die neue und nicht weniger schwierige Aufgabe, den einen Besucher auf den andern zu vertrösten und an Ort und Stelle festzuhalten.

Am Freitag nach St. Burkard (13. Okt.) machte der Pfalzgraf, der bereits 10 Tage vergeblich auf Eröffnung der Verhandlungen gewartet, ernstlich Miene, wegzureiten. Eine pfälzische Deputation stellte dies den Fürsten so dar, als ob der Pfalzgraf in Amberg nur auf die Ankunft der anderen Reichsstände zu harren gedenke; wenn diese eingetroffen, wolle er bei der Wichtigkeit des Tages wieder in die Stadt kommen. Zugleich hob sie hervor, dass der Pfalzgraf die anwesenden Reichsstände durchaus nicht zum

¹⁾ Dresd. Arch.: Beglaubigungsschreiben des Grafen Haug von Werdenberg an den Kurf. Ernst für den Reichsmarschall Sigmund v. Pappenheim, datiert Nürnberg den 29. August. — Wiedemann „Die Reichspolitik des Grafen Haug v. Werdenberg v. 1466—1486“ lässt das Datum der Ankunft des K. Anwalts zwischen 29. Aug. und 14. Sept. als Grenzterminen schwanken, hält aber den 29. Aug. für das wahrscheinlichere.

²⁾ Dresd. A.: Instruktion f. Pappenheim, die sächs. Fürsten nochmals einzuladen. Cf. W. R. fol. 3.

³⁾ Dresd. A. ibidem.

⁴⁾ ibidem. — ⁵⁾ ibidem.

Entweichen veranlassen oder die im Anzug begriffenen abwendig machen wolle, und bat um Rückäusserung der Fürsten zu dem Plane ihres Herren.¹⁾

Über die Motive dieses Vorhabens lassen uns die Quellen nicht im unklaren. „Item“, lassen sich die Würzburger Gesandtschaftsberichte vernehmen, „dabey vnd neben haben wir vermerkt in einer geheym, das der Pfalzgrave seiner sunder Sach halb der regalia einen abschide, doch vf kein gruntlich meynung gesetzt, empfangen hab bey grave hawgen v. Werdenberg, nemlich das die dingk aufgeschlagen sein vf zwei jahre oder alsslange, bis der turkisch handel anhengig“. ²⁾

Missstimmung, tiefe Missstimmung darüber, dass er von dem K. Machtboten in Sachen seiner Regalien — ohne Zweifel hier in der neuerdings aufgegriffenen Weissenburger Frage — keine end-

¹⁾ W. R. fol. 7 a.

²⁾ Dass es sich hier, wie Wiedemann S. 81 meint, nur um die Wiederverleihung der Landvogtei im Elsass handelte, welche Friedrich dem Siegreichen nach dem Weissenburger Kriege entzogen worden war, (cf. Lehmann, Speyerische Chronik S. 884) kann nicht schlechthin behauptet werden. Im Gegenteil betont Häusser, Geschichte d. rhein. Pfalz S. 423, dass Philipp die Rechte, die seinem Vorgänger bestritten worden waren, ohne Schwierigkeit angetreten habe, so besonders die Landvogtei, und schon 1477 dafür zwei pfälzische Edelleute zu seinen Stellvertretern ernannt habe. Wahrscheinlich handelte es sich zu Nürnberg um Abmachungen über die zwischen Weissenburg und Philipp neuerdings wieder ausgebrochenen Besitzstreitigkeiten und zwar bezüglich der Schlösser Berwartstein und Greventan, welche Philipp Hans von Drott als Mannlehen übergeben hatte, während der Abt von Weissenburg diese als Eigentum seines Stiftes reklamierte. Die Belehnung erfolgte am 24. Juli 1480, also vor dem Nürnberger Tag, und leitete die zweite Epoche des Weissenburger Handels ein von 1480—1505. Cf. Krause Ed., Der Weissenburger Handel (1480—1505), Dissertation. Greifswalde 1889, S. 15 ff.

Wie mit dieser pfälzischen Angelegenheit der in der Würzburger Quelle unmittelbar folgende Passus zusammenhängt: „item der von Mainz hat noch sein abschide nit vnd wil In solchen aufschlag nicht gehelen; er wil gruntlich gericht sein, damit er in seinem handell wisse und nicht wene, es werde sich dann noch endern vnd annderes begeben W. R. fol. 9 b“ konnten wir nicht ermitteln. Vielleicht handelt es sich hier um eine Streitsache zwischen Mainz und Pfalz, zu deren Begleichung der Kaiser angerufen wurde, etwa um die Heimzahlung jener 31000 fl., welche der gefangene Diether v. Isenburg dem siegreichen Pfalzgrafen als Schatzungssumme verschrieben und auf seine Bitte gestundet erhalten hatte und auf welche Pfalzgraf Philipp 2 Jahre später in der That verzichtete. Würzb.-Mainz.-Aschaffenburg. Ingrossaturbuch No. 40, fol. 247 b in einem Rezess vom Montag nach Maria Empfängnis.

giltige Entscheidung, sondern nur einen Verzug erhalten, war es also, weshalb der Pfalzgraf noch vor Eröffnung der Verhandlungen wieder wegreiten wollte. Dies rein persönliche Motiv wurde indessen von den Reichsständen sehr verschieden gewürdigt. Den Kurfürsten lag daran, ihren Kollegen zu halten, weil, wie zu erwarten, dem k. Anwalt auf dem Tage ziemlich grosse Macht zustand. Sie wollten deshalb durch eine Deputation ihm einen Wunsch in diesem Sinne aussprechen. Das Fürstenkollegium aber, das hierin übertriebene Wertschätzung eines Kurfürsten erblickte, war dagegen. Man möge doch in den „Federn behalten“, ob der Pfalzgraf bleiben solle oder nicht. Wenn es einem zukomme, ihn zum Bleiben zu bewegen, so wäre dies der K. Anwalt selbst.¹⁾

Schliesslich verglichen sich die Parteien doch zu einer gemeinsamen Antwort, welche der Mainzer Hofmeister Dr. Pfeffer den pfälzischen Abgeordneten bekannt gab. Darin war der Pfalzgraf nicht gerade zu bleiben aufgefordert, aber es wurde ihm doch nahe gelegt, dass seine Anwesenheit dem allgem. Tage „bequemlich vnd leydenlichen“ sein würde. Wie wenn Philipp keine andere Antwort erwartet hätte, erklärte er nunmehr zu lebhafter Freude der mit Pfalz befreundeten Fürsten,²⁾ von seinem Vorhaben abstehen zu wollen. — Es sollte nicht von ihm heissen, er sei allein, „seines aigen selbs Nutz hieher komen vnd so er Im In demselben ein abschide gemacht hatte, so Rite er Nu hin wegk“. Überdies habe ihn auch Albrecht Achilles zu bleiben gebeten.²⁾

So war der hässliche Skandal, der die Reichsstände in ihrer Lauheit noch zu unterstützen recht wohl geeignet gewesen wäre, auf schickliche Weise vermieden. Eine möglichst starke Zusammenfassung aller Kräfte durfte auch für den Tag als eine Lebensfrage betrachtet werden; denn der Besuch stand hinter dem anderen Tage zurück, wenn gleich die Zahl der erschienenen Stände nicht so gering war, wie die bisher erschlossenen Quellen ersehen liessen.

Sieben geistliche und sieben weltliche Fürsten waren anwesend

¹⁾ W. R. fol. 8 b.

²⁾ W. R. fol. 10 a. So zeigte sich die Würzburger Botschaft über den Entschluss des Bundesgenossen ihres Bischofs sehr erfreut; denn sie meinte, dass durch das Wegreiten des Pfalzgrafen „mancherley reden“ entstünden, „der doch sein gnad weder mit gedanken oder worten nicht schuldig wäre.“

und zwar „Fürsten aus den beiden alten Parteien, die Häupter der bedeutendsten Häuser im Reich“. ¹⁾ —

Elf Stände liessen sich vertreten. ²⁾ Von den Kurfürsten bemerkte man Hermann von Köln, ³⁾ Philipp von der Pfalz, Albrecht von Brandenburg. Der Erzbischof von Mainz war durch seinen Kanzler (Dr. Pfeffer) ⁴⁾ vertreten; desgleichen der von Trier; ⁴⁾ für den Kurfürsten Ernst von Sachsen hatte sein Bruder Albrecht Vollmacht ⁵⁾. —

Von geistl. Würdenträgern waren ausser dem bereits genannten Erzbischof von Köln persönlich anwesend die Bischöfe v. Bamberg, ⁶⁾ Eichstätt, Speyer, Augsburg, Freising und Passau; ⁷⁾ die Bischöfe von Konstanz und Würzburg liessen sich vertreten; ⁸⁾ ebenso der Johanniterorden in der Person des Grafen von Werdenberg, eines Bruders des k. Anwalts ⁹⁾.

Was die weltlichen Fürsten anlangt, waren Herzog Jörg v. Bayern-Landshut, Pfalzgraf Otto, der junge Markgraf Friedrich v. Brandenburg ⁹⁾ und Graf Eberhard der Ältere ¹⁰⁾ von Württemberg persönlich erschienen ¹¹⁾.

Erzherzog Sigmund von Tirol liess sich durch den Grafen von Zoller, Jörg von Absberg und Kasper von Bawbenburg, Erzherzog Maximilian, der Beherrscher von Burgund, durch einen Dr. Frewss (?) vertreten; Wilhelm von Sachsen sandte Heinrich von Brandenstein und Friedrich Schultheiss, Hauptmann zu Helburg, Herzog Albrecht von München den Dechant von Regensburg und

¹⁾ Droysen, Gesch. d. Preuss. Politik I. S. 462. Dessen Angabe von 5 geistl. und 6 weltl. Fürsten wäre zu berichtigen.

²⁾ W. R. fol. 2a u. b.

³⁾ Häberlin, Welthistorie VII. S. 203 irrtümlich Hermann von Trier.

⁴⁾ Letztere Angabe fehlt bei Müller R. Theatr. unter Fr. III, II. und III. Teil 739.

⁵⁾ Nach Müller R. Theatr. S. 739 war Ernst von Sachsen anwesend, was jedoch der Wahrheit nicht entspricht.

⁶⁾ Bei Müller R. Theatr. 739 nicht aufgeführt.

⁷⁾ Fehlt bei Müller.

⁸⁾ Desgleichen. — ⁹⁾ Desgleichen.

¹⁰⁾ Dieser war aber noch vor Beginn des Tages am 1. Sept. gestorben, und sein Sohn Eberhard der Jüngere konnte sich wegen des Trauerfalls nicht ausser Landes begeben. Häberlin, Welthistorie VII. S. 203 Anm.

¹¹⁾ Von den nachkommenden Fürstengesandtschaften geschieht bei Müller keine Erwähnung.

Martin von Wildenstein. Für den Landgrafen Heinrich v. Hessen hatte sein Kanzler Wilhelm von Bibra Vollmacht, der mit dem Marschall Schenk von Schweinshaupten und Gottfried von Clee zugegen war. Für den Herzog von Jülich und Berg war dessen Kanzler Berthold von Plettenberg beglaubigt, in dessen Gefolge sich der Marschall Berthrum von Nesselrode befand; für den Grafen Eberhard den Jüngeren dessen Räte.

Auf der Städtebank sassen die Abgesandten von Strassburg, Nürnberg, Frankfurt, Regensburg, Augsburg und Ulm. Nur 12 Städte, wohl die angesehensten, waren beschrieben worden, vielleicht weil ihre bisherige Widersetzlichkeit gegen die Anschläge auf Geld dem Kaiser missfällig war und vermuten liess, dass sie auch auf diesem Tag die Beratschlagungen nur aufhalten und einen günstigen Schluss hindern würden¹⁾; aber nur 6 hatten der Einladung Folge geleistet. Dinkelsbühl, Windsheim und Weissenburg,²⁾ die benachbarten fränkischen Städte, beschickten den Tag aus freien Stücken, sei es aus Interesse für die Verhandlungen, sei es, um den Städteboten an die Hand zu gehen. Auch die Gesellschaft „zum Bären“ war durch eine Botschaft vertreten³⁾.

Ein päpstlicher Legat wurde vermisst. Es ist dies deshalb bemerkenswert, weil unter dem Pontifikate Sixtus IV., des unermüdlichen Türkenkämpfers, auf den Reichsversammlungen, deren Hauptgegenstand der Widerstand gegen die vordringenden Osmanen war, ein Abgesandter der Kurie niemals fehlte, mit alleiniger Ausnahme des Tages zu Augsburg, wofür zwar vom Kaiser ein Legat erbeten, von Rom aber auf Vorschlag des Kardinals Franz von Siene verweigert worden war.⁴⁾

War wirklich eine Einladung nach Rom ergangen, so müssen die weitausschauenden Pläne, welche auf Berufung eines europä-

¹⁾ Häberlin, Welthistorie VII. S. 203 ff.

²⁾ Weim. Arch., in dem Berichte Albrechts an s. Bruder Ernst vom 24. Okt. 1480 erwähnt. Da alle übrigen offiziellen Aktenstücke nur der sechs Reichsstädte Erwähnung thun, so kann die Anwesenheit von Dinkelsbühl, Windsheim und Weissenburg nur durch die obige Annahme erklärt werden. Übrigens pflegten die Städte ihren Boten häufig in dieser Weise Unterstützung zu geben. Auf den Reichstag von Nürnberg 1487 waren nur 8 Städte beschrieben worden; „doch seynd ihrer vil diesen zum beystand von sich selbst erschienen.“ Lehmann, Speyerische Chronik S. 914.

³⁾ W. R. fol. 13 b.

⁴⁾ Chmel m. h. I. S. XIV.

ischen Generalkonvents nach Rom zur Beratung der Mittel gegen die schreckenerregende Ausbreitung des osmanischen Horden abzielten, den Papst abgehalten haben, einen Tag zu beschicken, welcher voraussichtlich doch wieder kein Ergebnis hatte¹⁾.

Grössere Wahrscheinlichkeit darf die Annahme für sich beanspruchen, dass für den Nürnberger Tag ein päpstl. Legat seitens des Kaisers gar nicht beschrieben wurde,²⁾ da ein solcher seiner Interessenpolitik unbequem sein musste. Weder in Hinsicht auf Salzburg, noch bezüglich Ungarns konnte Sixtus IV. den Partiestandpunkt des Kaisers teilen. Von der Warte des Pontifex herab musste er den Zwist und Hader der christlichen Fürsten als unüberwindliches Hindernis einer kräftigen allgemeinen Aktion gegen den Islam auf das lebhafteste bedauern. Er selbst bewies durch sein Beispiel, wie notwendig er den inneren Frieden für die bedrohte Christenheit erachte, indem er sich mit Florenz und Lorenzo v. Medici versöhnte.³⁾ Und war nicht Ungarn seit Jahren die stärkste Vormauer gegen den Ansturm der Türkenheere gewesen? Musste man nicht auch in Zukunft bei den Vorstössen nach Osten mit der Macht des vom Kaiser geschmähten und angefeindeten Corviners Matthias rechnen? Ein Legat für die Reichsversammlung zu Nürnberg wäre sicherlich nur mit dem Auftrag zu teidigen beglaubigt worden. Der Kaiser aber wollte in der ungarischen Frage freie Hand haben.

Alle anderen Rücksichten traten, wie wir später sehen werden, bei ihm in den Hintergrund vor dem drängenden Verlangen, den verhassten Ungarnkönig zu züchtigen. Seine Diplomaten waren bestrebt, die Fürsten in das kaiserliche Interesse zu ziehen. Je

1) Chmel m. h. III. S. 50. Die Aufforderung an den Kaiser, den Generalkonvent zu beschicken, gelangte anfangs Oktober an ihre Adresse, etwas später an die bereits zu Nürnberg versammelten Kurfürsten. Vgl. auch Pastor II. S. 499, wo die Universalität des päpstl. Projektes durch die Verhandlungen mit Frankreich und England weiter belegt ist.

2) Von einer Einladung des Papstes zum Nürnbg. Tag, wie im Regest bei Chmel m. h. III. S. XV zu der Instruktion für den Erzbischof der Krainer angegeben, ist im Wortlaut des Schriftstückes nichts zu finden. Hier ist wahrscheinlich ein Irrtum des Bearbeiters unterlaufen. Aus der Entschuldigung des Kaisers, dass er vor Eintreffen der päpstl. Willensäusserung über eine Berufung der christl. Fürstenboten nach Rom einen Tag nach Nürnberg ausgeschrieben habe, worüber er dem hl. Stuhle Bericht zukommen lassen werde, ist das Gegenteil zu folgern.

3) Pastor II. S. 471 und 498.

länger die offiziellen Verhandlungen sich verzögerten, desto rühriger ging das Werben auf der Herberge des k. Anwalts.

Mit zielbewusster Absichtlosigkeit kehrte Haug die ungarische Frage hervor. Er machte bald mehr, bald weniger durchsichtige Andeutungen über die Hinterlist und Verschlagenheit des Korviners, über die krummen Wege seiner Politik, über seinen falschen, unberechenbaren Sinn, über seine schändlichen, verräterischen, christenfeindlichen Plane.¹⁾ Er erzählte in „mancherley weiss“ das Fürnehmen der Türken „alles in der gestalt“, dass der König von Ungarn „mit den Türken ein anstand hatte“.²⁾ Matthias wisse wohl, wie es gekommen, dass die Türken „hewer Im Summer heraus gewest waren;“ anderseits sei auch dem Kaiser unverborgen, wie Matthias „bey den Turken solt hab lassen er bieten, die vber den kaiser zu zihen“. — Zielten diese Darlegungen auf eine Konspiration Ungarns mit dem Erbfeinde der Christenheit und liessen sie die mit den Raub- und Plünderungszügen der Ungarn in Steiermark und Krain zeitlich zusammenfallenden furchtbaren Einfälle der Türken als verabredet erscheinen, so bezweckten die weiteren Auslassungen, die Friedensliebe und ehrlichen Absichten des Königs bezüglich eines Vergleichs mit dem Kaiser auf das schlimmste zu verdächtigen. Als im verwichenen Sommer die Türken ihre Einfälle machten, habe Matthias an den Herzog Georg den Reichen, der sich damals wegen seiner Belehnung zu Wien aufhielt,³⁾ das Ansinnen gestellt, einen sechswöchentlichen Frieden mit dem Kaiser zu vermitteln, angeblich um „in mitler Zeit“ die Türken zurückschlagen zu können, in Wirklichkeit aber, damit Matthias bei der möglichen Weigerung des Kaisers „seinen glymff“ erlange und „verdekt blib der Wille und verstendnus, so der kenig sunst mit den Turken In Überziehung des lands gehabt vnd noch hett“.⁴⁾ —

Sobald nun der Kaiser, obgleich in Zweifel darüber, „das der recht grunt der meynung bei dem Konig nit als dann dj wort Hertzoge Jorgen angegeben were“⁵⁾ dem König seine Bereitwillig-

1) W. R. fol. 6a u. b.

2) ibidem.

3) Wiedemann S. 58. Der Herzog befand sich schon anfangs 1480 zu Wien.

4) W. R. fol. 6b.

5) ibidem. Der König soll also durch die Motivierung seines Ansuchens an Herzog Georg andere Absichten zu verhüllen gesucht haben.

keit habe mitteilen lassen, sei Matthias auf Ausflüchte verfallen, er müsse vorher erst bei einer Zusammenkunft „Rede und Handel“ über die Friedensbedingungen pflegen; denn dem Herzog Georg könne er dies nicht überlassen, der sei ein junger Fürst und „vielleicht noch vngeubt“. Damit nicht „das spotlichst auss den dingen erspriessen mocht, thette not in stathafftinger weiss davon zu handeln“. ¹⁾ Auf diese Weise sei aber aus der Sache überhaupt nichts geworden. Man merkte deutlich, dass in der k. Politik die türkische Angelegenheit mit der ungarischen sich kreuzte, ja dass letztere als die wichtigere, als die eigentliche Kernfrage von leitender Stelle in den Vordergrund gerückt wurde.

Der eigentliche Türke — so sollten die Stände den Streit des Kaisers mit Ungarn auffassen lernen — der Türke, um deswillen der Tag nach Nürnberg ausgeschrieben, sei nicht der Sultan von Konstantinopel, sondern König Matthias in Pest, im grunde genommen ein noch viel ärgerer Feind der Christenheit als der Grosstürke selbst.

Ob man aber durch Mitteilungen dieser Art von der ausschliesslichen Schuld des Königs Matthias und von seinem Verrate an Vaterland und Christenheit so überzeugt wurde, wie es der K. Anwalt wünschte, muss bezweifelt werden, wenn man die stark verklausulierte Schlussbemerkung der Würzburger Gesandtschaft über ihre Audienz bei Haug von Werdenberg in Erwägung zieht. „Mit dem allen“, heisst es da, „grave Hawg vermeint vnter-richtung zu geben, als ob der konig mehr der turkenteil dann sunst vff einichen wegk die zu verhelffen vnnerdrucken geschickt were“. ²⁾ Im Gegenteil hatte der k. Anwalt durch seine Agitation im vorneherein das Misstrauen in die Unparteilichkeit seiner Haltung und die Uneigennützigkeit der kaiserl. Politik geweckt und geschärft, wie anderseits die Befürchtung wachgerufen, ob es sich denn eigentlich noch um die Türkenabwehr oder nicht vielmehr um die habsburgischen Hausinteressen handle, und ob die dem Kaiser zu bewilligende Reichshilfe wirklich ihrem eigentlichen Zwecke dienstbar gemacht oder nicht wahrscheinlicher zu kriegerischen Massnahmen gegen Ungarn aufgeboten werde. Unter dem Banne der Ungewissheit, des Zweifels und des Misstrauens

¹⁾ W. R. fol. 6 b.

²⁾ ibidem.

nahmen die Verhandlungen endlich Montag den 23. Oktober mittags 3 Uhr auf dem Rathause ihren offiziellen

A n f a n g.

Die Fürsten hatten tags zuvor auf der Herberge des Markgrafen Albrecht, des nach Stellung, diplomatischer Gewandtheit und Einfluss gewichtigsten Mannes der Reichsversammlung, die Tagesordnung beschlossen und Graf Haug dieselbe durch den Reichsmarschall von Pappenheim namens des Kaisers allgemein ansagen lassen.

Als sich um die festgesetzte Stunde die Kurfürsten, Fürsten, die fürstlichen und städtischen Botschaften zusammenfanden, gab die Sitzordnung wie gewöhnlich, Veranlassung zu umständlichen Erwägungen. — Ein lebhafter Disput entspann sich darüber, ob die Würzb. Gesandtschaft nach den Bischöfen von Speyer und Augsburg oder vor dieselben, unmittelbar neben den Bischof von Bamberg zu sitzen kommen sollte.¹⁾ Einige meinten, da der Bischof Rudolf von Würzburg nicht persönlich anwesend sei, so zieme seinen Gesandten ein Platz nach Speyer und Augsburg. Andere wollten diesen Grund nicht gelten lassen, indem sie darauf hinwiesen, dass der Gesandtschaft die rechtliche Vertretung des Bischofs zustehe, und der Domprobst in der That ein kirchlicher Würdenträger sei. Markgraf Albrecht fand einen befriedigenden Ausgang aus dem Dilemma: der Domprobst Kilian von Bibra sollte von wegen seines bischöfl. Herrn neben Bamberg, dessen Beirat aber, Ritter Konrad von Hutten, bei den weltlichen Fürstenbotschaften sitzen. Nach diesem Entscheid führte der Marschall Pappenheim die Sitzordnung durch.²⁾

¹⁾ W. R. fol. 12 b

²⁾ W. R. fol. 13 a. Albrecht, der schon bei dem Besuch der Würzburger Gesandten sich von ungemeiner Liebenswürdigkeit erwies, indem er dem Bischof Rudolf schmeichelhafte Komplimente machte und dessen Machtboten zur Tafel lud, konstatierte in selbstbewusstem Tone, dass durch sein Verdienst die Platzfrage zu gunsten Würzburgs entschieden worden sei. „Als nu die setzung geschah Rufft marggrave Albrecht den Tumprobst zu vnd sagt Im in ein ore: Ich muss alleweg für euch wirtzburger fechten; Ir gebt mir aber kein lon daruber.“ — Im Zusammenhalte mit dem scharfen Gegensatze, der sich zwischen beiden Teilen auf dem Tage herausgebildet, im Zusammenhalte ferner mit den hartnäckigen Kämpfen um die Pfaffensteuer erscheint diese Aeusserung sehr beachtenswert.

Diese war nun folgende:

An Stelle des Kaisers sass Markgraf Albrecht von Brandenburg; vor ihm die Botschaft des Erzbischofs von Trier; zu seiner Rechten hatte er die Kurfürsten, den k. A. Grafen Haug und die geistl. Fürsten, zur Linken die weltl. Fürsten nebst den Grafen und Rittern, welche im Gefolge fürstl. Herrn oder selbstständig erschienen waren.¹⁾ Die Städtevertretungen hatten keinen Anspruch auf Sitz oder Stimme in der Versammlung.

Nachdem der Reichsmarschall durch die Aufforderung, es möchten alle Nichtberechtigten den Saal verlassen, eine Art Gegenkontrolle auf die Präsenz gemacht, ergriff der k. Anwalt Haug das Wort, um der Versammlung Sr. Kaiserl. Majestät „freundschaft, genad vnd gnedigen Willen“²⁾ zu entbieten. Indem er sein Kredenz vorlegte, führte er die Gründe auf, warum der Tag an Jakobi keinen „Fürgangk“ gehabt und bezeichnet als solche die „swaren vnd vnrechtlichen krieg“ der Türken, sowie die „geweltigliche Fehde und Feindschaft“, die ihm der Ungarnkönig zugeschrieben habe.³⁾

Hierauf verbreitete er sich über den „Turkischen Handel mit aller zymlichkeit und bescheidenheit, nichts vergessen vnd mit gezierten Worten sich dortzu geburende“,⁴⁾ ruft den Ständen ins

1) Nach genauer Aufzeichnung war die Ordnung in den ersten Sitzungstagen diese:

	Albrecht.	
Philipp v. d. Pfalz.		—
Graf Haug.		Albrecht von Sachsen.
Köln.	Trier.	Friedrich von Brandenburg.
Bamberg.		Eberhard von Württemberg.
Würzburg.		Vertreter f. Sigmund von Österreich.
Speyer.		„ „ Burgund.
Augsburg.		„ „ Bärengesellschaft.
Konstanz.		„ „ Bayern-Landshut.
Freising.		(Jörg v. Absberg, bis Jörg der Reiche selbst eintraf.)
		Konrad v. Hutten.
		Götz von Alitzheim.
		Hugo von Schleinitz.
		Obermarschall von Sachsen.
		Grafen in merklicher Zahl.

²⁾ Chmel m. h. III. S. 139. Relation Werdenbergs über den Tag.

³⁾ W. R. fol. 14 b, Chmel S. 139.

⁴⁾ W. R. fol. 15 a; Weim. Arch.

Gedächtnis, mit wie viel „fleiss, mühe, arbeit und zerung“ der Kaiser schon Widerstand geleistet, wie er sogar zu diesem Zwecke nach Rom geritten sei,¹⁾ in selbsteigener Person die Tage zu Regensburg (1471) und zu Augsburg (1474) besucht und andere durch seine Botschaften vorgenommen habe, wie aber trotzdem bisher „nichts verfenglichs furgenommen worden sei“. ²⁾ Dass die Türken erst jüngst in das Salzburgische eingefallen und bis auf 2 Tagreisen an bayerisches Gebiet gekommen, werde männiglich bekannt sein; er wolle darum nur kurz andeuten, wie sie im Salzburger Gebirge Kinder aus dem Mutterleibe geschnitten und auf Zäune gespitzt hätten. Ein Freisinger Doktor bestätigt die Schilderung des k. Anwalts.³⁾ Man möge doch einmal helfen, damit kein Tag in der Sache mehr nötig sei. — Zum Schlusse unternahm der Redner geschickt eine *captatio benevolentiae* auf die Zuhörer. Wiewohl, fährt er in verbindlicher Weise fort, in anbetracht der Sache es not gewesen wäre, dass die k. Majestät einen oder mehrere andere treffliche Anwälte und Botschafter zu diesem Tage gesandt hätte, da er selbst der grossen Handel wohl zu „geringe vnd vnverständig sey“, habe doch k. Majestät ihn gewählt, da er schon lange in deren Diensten und in „vbung der Handel bis vff diese Zeit herkommen were“.

Aus Gehorsam und zur Ehre des christl. Glaubens habe er nicht abgeschlagen, dabei vertrauend, dass die Fürsten und Botschafter seine Person „gnediglichen, gunstiglichen vnd fruntlichen als k. Anwalt ansehen nemen“ und mit ihm ratschlagen werden.⁴⁾

Damit wäre Graf Haug im grunde genommen fertig gewesen. Man hatte im Abschied von 1479 einen Türkentag beabsichtigt, und die hiezu erforderliche Werbung des Kaisers an die Stände war durch den Mund seines Machtboten ergangen. — Den zweiten und wichtigeren Teil seiner Instruktion bildete aber der Zwist mit dem König Matthias. Unmittelbar ein Referat hierüber dem Vorausgegangenen anreihen klang jedoch etwas unvermittelt und konnte leicht zu unerwünschten Folgerungen Anlass geben.

Haug konferierte deshalb erst „In einer geheim“ mit dem präsidiierenden Markgrafen, jedenfalls um die öffentliche Billigung

¹⁾ Die angezogene Romfahrt anno 1468.

²⁾ W. R. fol. 15 a. Chmel m. h. III. 139.

³⁾ ibidem. — ⁴⁾ ibidem.

in einer Sache zu haben, die, äusserlich wenigstens, mit dem Türkenhandel nichts gemein hatte.

Nachdem Albrecht Achilles den k. Anwalt aufgefordert, er möge sich über das vernehmen lassen, was er noch vorzubringen habe, ergriff dieser abermals das Wort zur Berichterstattung über das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem König von Ungarn.¹⁾

Seine Ausführungen zielten darauf ab, das Rechtfertigungsschreiben des Königs Matthias über seine antikaiserliche Politik, das an die deutschen Fürsten ergangen war, in allen Punkten vor der Reichsversammlung zu widerlegen, nachdem dies der Kaiser schon vorher schriftlich bei den einzelnen Ständen versucht hatte.²⁾ Die in der erwähnten kaiserl. „Justifikation“ enthaltenen Beweisgründe wurden natürlich dabei zum teil wiederholt. Die Reichsstände vor einer diplomatischen Vermittlung zurückzuhalten und so die k. Majestät, die Versammlung selbst wie die ganze Nation von Schimpf und Schande zu bewahren, bildete die oberste Richtlinie in dem Referate des Redners.³⁾

Es sei — so begann Haug — dem Kaiser zu Ohren gekommen, dass der König von Ungarn ihn als den Urheber des schwebenden Krieges bezeichnet und sich in 4 Punkten bei den deutschen Fürsten über ihn beschwert habe.⁴⁾ Der Kaiser habe ihn in den böhmischen Handel geführt, wodurch die ungarische Krone in grossen Schaden gekommen sei.⁵⁾ Er weigere sich ferner, ihm gemäss des Korneuburger Friedens den Rest einer Kriegssentschädigung von 50,000 fl. zu zahlen.⁶⁾ Auch wolle der Kaiser nicht dulden, dass er das Stift Salzburg gegen die österreichischen Vergewaltigungsgelüste in seinen Schutz und Schirm nehme.⁷⁾ Endlich beschützte das Reichsoberhaupt den Erzbischof von Gran,

1) W. R. fol. 18a. — 2) Müller R. Theatrum S. 748.

3) Chmel m. h. III. S. 141. „Damit Ir gnaden all vnd die gantz besamung destermynnder solten furnemen zu tedingen Ewer k. Maiestet sich selb vnd die nation vor schimpf vnd schade zu verhuetten.“

4) W. R. fol. 18a; Chmel m. h. III. S. 140 ff.

5) Der König von Ungarn übernahm bekanntlich, nachdem der Versuch eines allgemeinen Kreuzzuges gegen Georg v. Podiebrad gescheitert war, auf Ansuchen von Kaiser und Papst, in der Aussicht auf die böhmische Krone, den hl. Krieg wider den hussitischen Ketzer. Krones II. S. 417; cf. auch Kluckhohn, Ludwig der Reiche S. 283.

6) Archiv für österr. Geschichtsquellen, 55, S. 192.

7) Ebenda. Die Abhandlung von Dr. Mayer über die Abdankung des Erzbischofs von Salzburg, Bernhard von Rohr, S. 171 ff.

welcher mit den in seiner Diözese Erlau, dann in Gran zusammen-
geraubten Schätzen flüchtig gegangen und nun des Ungarn Feind sei.¹⁾

Der k. Anwalt bespricht nun Punkt für Punkt. Bezüglich des böhmischen Handels stellt er die Initiative des Kaisers durchaus in Abrede. Auf Bitten des Papstes allein habe Matthias die Exekution an Böhmen unternommen. Der Kaiser habe ihn zuvor mit „weissheit und fursichtigkeit“ seine Ansicht dargelegt; der Korviner hätte zu Nutz und Frommen des christlichen Glaubens wie des Reiches folgen sollen. — Auch bestreitet der Redner entschieden irgend welche Schuld des Kaisers daran, dass die rückständigen 50,000 fl. noch nicht bezahlt seien. Erst möge Matthias die vertragsmässig ausbedungenen Schlösser und Städte nebst der Schuldverschreibung herausgeben; dann könne auch Friedrich seiner Verbindlichkeit nachkommen. Übrigens weist Haug darauf hin, dass der Kaiser persönlich gar nicht zahlungspflichtig sei, sondern die österreichischen Stände; auf diese sei die Summa verschrieben. Leider aber habe der ungarische Raub- und Plünderungskrieg es ihnen bisher unmöglich gemacht, ihren Verpflichtungen so schnell, wie wünschenswert, nachzukommen. —

Was den Schutz und Schirm über Salzburg anlangt, so beruft sich der k. Anwalt auf die alten und neuen Verschreibungen, welche dem Ungarnkönig jede Einmischung in die Verhältnisse des Reichs verböten. Dagegen stünde dies dem Kaiser als österreichischen Fürsten und Erbvogt von Salzburg recht wohl zu. Bezüglich des Erzbischofs von Gran aber macht er geltend, dass sich dieser in seinem Streite mit Ungarn auf den Kaiser und die Kurfürsten, Matthias aber auf die Könige von Aragonien und Frankreich erboten habe, von denen wegen der grösseren Entfernung eine Teildigung²⁾ von vorneherein nicht zu erwarten war; der König wolle überhaupt nicht gerichtet sein, sonst würde er nicht in allen Friedensverhandlungen bei dem Beschlusse immer wieder abge-

1) Der Erzbischof von Gran, ein Mann niederer Herkunft, hatte als Bischof von Erlau dem König Matthias durch Entdeckung einer gegen ihn gerichteten Verschwörung grosse Dienste geleistet und wurde zur Belohnung dafür zum Erzbischof von Gran befördert. In des Königs Rat später durch den Erzbischof Gabriel von Kalocsa verdrängt, floh der ehrgeizige Mann mit seinen zu Erlau und Gran gewonnenen Schätzen zum Kaiser Fr. III., Februar 1476. (Archiv f. österr. Geschichtsquellen S. 179).

2) W. R. fol 20a. cf. Müller R. Theatr. S. 749.

brochen haben.¹⁾ Das habe sich auch bei dem auf seine Anregung hin erfolgten Vermittlungsversuch des Herzogs Georg gezeigt.²⁾

Wie verhält es sich mit diesen Darlegungen?

Der k. Machtbote durfte sich mit Recht darauf berufen, dass nicht der Kaiser, sondern die Stände zur Zahlung der Kriegskontribution verpflichtet waren. Auch zeigte Friedrich III. wirklich unermüdlichen Eifer, durch Eintreibung der Summe seinen Gegner zu befriedigen. Dass dieser die Salzburger Frage nur zum Deckmantel seiner feindlichen Absichten gegen Österreich benützte und aus strategischen Rücksichten den Besitz des Erzstiftes sich zu sichern bestrebte, geht zur Genüge aus seinen politischen, wie militärischen Schachzügen hervor. Doch soll nicht verschwiegen werden, dass der Kaiser seinem Gegner durch Begünstigung des Graner Erzbischofs für den Salzburger Stuhl einen überall verfänglichen Vorwand in die Hand gegeben hatte. Auch war allgemein bekannt, welche zweideutige Rolle der Kaiser in der böhmischen Frage gespielt. Nur der Energie und Thatkraft des Ungarnkönigs musste es zugeschrieben werden, dass der Kaiser nicht von der böhmisch-hussitischen Übermacht erdrückt worden war, als alle Aufforderungen der Kurie zu einem Kreuzzuge gegen die czechischen Ketzer bei den deutschen Fürsten wirkungslos verhallten. Nichts destoweniger begünstigte Friedrich später den Jagellonen Wladislaw insgeheim gegen den Korviner Matthias, als es sich um Besetzung des böhmischen Thrones handelte. Im Juni 1477 belehnte der Kaiser jenen mit dem Königreiche Böhmen; doch hinderte ihn dies nicht, im Dezember desselben Jahres laut des Kornneuburger oder Gmündener Friedens dem König Matthias wieder die unzweifelhafteste Anwartschaft auf das Königreich zu geben, indem er ihm Belehnung mit der böhmischen Herrschaft und Kur versprach.³⁾

Wie die Verhältnisse lagen, waren also Schuld und Unschuld auf beiden Seiten fast zu gleichen Teilen gemischt. Den Ständen wurde es nicht leicht, Stellung in der Streitfrage zu nehmen. Vor allem brauchten sie Zeit zur Erwägung.

Der k. Anwalt verliess deshalb nach seinen Darlegungen

¹⁾ W. R. fol. 20 a. cf. Müller R. Theatr. S. 749.

²⁾ Chmel m. h. S. 141.

³⁾ Krones S. 462 u. a. a. O.; Palacky V. A. S. 158.

über den Zwist mit Ungarn, welche den Schluss einer zweistündigen Rede bildeten,¹⁾ den Sitzungssaal.

„Nach Gewohnheit des Reichs“ teilten sich die Stände nun „in drei rat“, „die curfürsten in ainem, die fürsten, geistlich und weltlich in ainem, die Stet auch in ainem“²⁾ und nahmen „ein bedacht“.

Dann liessen die Kurfürsten einen neuen Tag gen Regensburg und eine Botschaft zur Versöhnung des Königs mit dem Kaiser vorschlagen; gleich darauf aber baten sie, man möge ihre Rede nicht als Beschluss, sondern wie einen unmassgeblichen Vorschlag aufnehmen. Auch die Fürsten liessen nichts Bestimmtes verlauten. Am nächsten Tage, Dienstag den 24. Oktober, wurde die Beratung fortgesetzt.

Die Fürsten und Räte bevollmächtigt) — Man hat wieder in Kollegien zusammen. Die Machtboten der Kurfürsten hatten keine neuen Gesichtspunkte vorzubringen; sie waren im Gegenteil auf den bereits vorgeschlagenen „neuen Tag“ zu Regensburg instruiert⁴⁾. Dagegen wussten die geistl. Fürstenboten die Versammlung für den Plan zu interessieren, einstweilen den k. Anwalt um nähere Aufklärung und positive Vorschläge anzugehen. — Nach längerer Verhandlung zwischen den einzelnen Kollegien einigte man sich zu dem Beschlusse, mit dem fürstlichen Vorschlage ad referendum an die in der Stadt weilenden Herrn zu gehen.

Am Mittwoch den 25. Oktober wollten die Stände wieder

1) Weim. Arch.: Brief Albrechts an seinen Bruder Ernst — undatiert. — Eine Copie im Dresd. A. trägt als Datum den 24. Oktober.

2) Chmel m. h. III. S. 141. Diese Geschäftsordnung muss demnach schon in Übung gewesen sein. Was dagegen das spätere von den Kurfürsten ausgeübte Recht der Proposition anlangt, so ist dasselbe hier noch nicht ausgemacht kurfürstliches Monopol, sondern Gegenstand eines eifersüchtigen Streites zwischen Fürsten und Kurfürsten. Die Aufstellung bei Müller „Reichssteuern und Reichsreformbestrebungen im 15. u. 16. Jahrh.“ S. 29 — der sich auf Ranke u. Droysen bezieht, wäre demnach zu berichtigen. Cf. auch Ulmann, Kaiser Maximilian I., Bd I. S. 203, wo der Verfasser den allgemeinen und stehenden Gebrauch dieser Geschäftsordnung und Beratungsform erst auf das Jahr 1487 datiert.

3) W. R. fol. 21 a.

4) W. R. fol. 23 a. Der Hofmeister des Pfalzgrafen eröffnete die Meinung, die „was gantz in alle dermals gesetzt geratschlagt, wie nest hieoben geschriben stet“.

auf's Haus kommen, um dem Grafen Haug von Werdenberg „die meynung verstecken zu geben“ und seine Meinung darauf zu hören.¹⁾ Wäre dies geschehen, so „wulden die kurfursten vnd fursten vnd die stete, der botschaft alhie versammelt weren, trewlich dazu raten vnd sich darin furnehmen lasen als gehorsam kurfursten vnd fursten vnd stete“, damit es dem „christlichen Glauben czu trost, der k. Majestät, dem k. Römischen Rich vnd dutscher nacion czu eren und gut komen mucht“.²⁾ Unterdessen möchte wohl der Herzog Georg von Niederbayern, der auch viel von dem Handel wüsste, sowie der Erzbischof von Köln mit dem Landgrafen eintreffen, so dass man desto eher und besser zu einer Beschlussfassung schreiten könnte.³⁾

Wie misstrauende, feilschende Händler stehen die Stände dem k. Anwalt gegenüber. Sie zögern, ein Gebot zu machen, weil sie fürchten, aus freien Stücken zu viel zu bieten. Erst soll der Kaiser den Preis verlangen, damit sie in aller Ruhe und ohne Furcht einer Übervorteilung markten können.

Solch lauer Maklerpolitik entsprach aber das Tempo, in welchem man die Verhandlungen weiterhin betrieb.

Am Mittwoch hatten sich die Räte und Botschaften der Verabredung gemäss um 5 Uhr versammelt. Da wurde die Tagesordnung unerwartet von den Fürsten und Kurfürsten abgesagt. Diese hatten nämlich bei Albrecht Achilles ein Gastmahl von 31 Gerichten eingenommen, „das sere kostlich gewest“, und wollten nachmittags einem Rennen des jungen Markgrafen Friedrich anwohnen.⁴⁾ Das Interesse des Reiches musste also dem fürstlichen Vergnügen weichen. — Erst am Donnerstag den 26. Oktober konnte der pfälzische Hofmeister dem k. Anwalt namens der Kollegien die rückständige Antwort geben.

Hinsichtlich der Türkenfrage erklärte er, es wäre „den Cur-

1) W. R. fol. 23 a.

2) Weim. A. Bericht v. 24. Okt.

3) W. R. fol. 23 a.

4) W. R. fol. 23 b. Der ritterliche Markgraf scheint überhaupt auf dem Reichstag diesen Sport fleissig betrieben zu haben. „Unser Oheim Markgrave Friedrich hat zwire hir gerandt“ schreibt Herzog Albrecht an seinen Bruder Ernst unterm Mittwoch omnium sanctorum, das einmal mit Götz vom Ende, das andermal mit Graf Balthasar von Schwarzenberg; in beiden Fällen warf er seine Gegner aus dem Sattel.

fürsten, Fürsten vnd den von Irer Herrn und Communen wegen getrewlich leyt vnd wider und hetten auch solichs mit beswerten Hertzen vnd gemute nit mit wenig bekomernuss verstanden vnd so vil sie als frume christlich fürsten vnd vnterthan des hl. reichs mitsambt der k. Majestet vnd anderer nach Irer vermoglichkeit dortzugetan konnten oder mochten, das weren sie willig, gern zu thun.“ Aber ihnen sei auch „ungezweivelt“, der Kaiser habe „soliche sach vormals als das Oberst werntlich Haubt in der Cristenheit, hoch, weit und treffenlichen gewogen, wie dem Handel zu widersteen stunde und der k. Anwalt deswol wissen und ratschlage bei Im vnd gewegen solt haben“. Haug möge, so schliesst der Sprecher, solches der Versammlung eröffnen.¹⁾

Den Handel mit Ungarn streifte er nur mit einigen Worten: er thue ihnen leid vnd sie würden nach Kräften ihn beizulegen bemüht sein.²⁾

Fürsten und Kurfürsten hatten in dieser Antwort einen Kompromiss eingegangen; jene waren mit ihrem Antrage einer ausführlicheren Berichterstattung seitens des k. Anwalts durchgedrungen. Auf den Einfluss dieser ist die allgemeine Fassung der Antwort und deren Erweiterung durch Hereinbeziehung einer allerdings nichtssagenden Phrase über die ungarische Frage zurückzuführen, welche die geistl. Fürsten zuerst ganz ignoriert hatten.³⁾

Bemerkenswert ist die Beharrlichkeit, mit der die Fürsten und Städte auf weitere Mitteilungen dringen. Haug hatte gesprochen, wie man nur in einer Prunkrede über allbekannte Dinge sprechen konnte, und wie es auf allen vorausgegangenen Tagen Gepflogenheit war. Er hatte nichts mehr von Belang hinzuzusetzen. Aber die Stände vermuteten hinter seiner Werbung etwas Unausgesprochenes, das sie beunruhigte. Durch seine Mitteilungen vor Eröffnung des Tages, dann in der ersten Plenarversammlung; durch seine Polemik gegen Matthias, deren unausgesprochener, aber mit zwingender Notwendigkeit sich aufdrängender Grundgedanke der war, die Stände zu einer bewaffneten Parteistellung gegen Ungarn hinzureissen, hatte Haug selbst die Stände „schwierig“ gemacht. Ohne Zweifel fürchtete man, dass der Türkenkrieg nur als Vorwand

1) W. R. fol. 24 a. Chmel, m. h. III. S. 141.

2) W. R. fol. 24 b.

3) W. R. fol. 22 a.

gebraucht werde, um Hilfstruppen gegen den verhassten Korviner zu erhalten.

Wie sehr die K. Majestät die ungarische Angelegenheit zu einer Reichsfrage aufzupauschen geneigt war, konnte man daraus ersehen, dass er den Erzbischof von Salzburg als den Verbündeten des Königs Matthias gar nicht zum Tage eingeladen hatte, worüber dieser bei der Versammlung mit der Frage Beschwerde führte,¹⁾ ob er etwa „In vnglympf were getragen worden“. —

Auch die Ungewissheit, ob Anschlag auf Truppen oder Geld von oben beabsichtigt sei, musste zu Bedenken Veranlassung geben.

Der k. Anwalt fühlte recht wohl das Misstrauen heraus und suchte den unausgesprochenen Zweifeln durch tröstliche Versicherungen zu begegnen. K. Majestät habe ihm „clare und lauter zu sagen“ befohlen, dass er kein Geld oder einige Auflegung auf jemand begehre; man möge nur „mit der tate hulffe furnemen vnd nit die Ding von einem tag zum andern in Vertzug setzen, dann es wolt noch kante die sach das nit lenger erleiden“.²⁾ — Auch bezüglich des Streites mit Ungarn brauche man vorläufig kein Aufhebens zu machen; der würde bei Besprechung der Türkenfrage „gewogen und gelicht“.³⁾ Was aber die gewünschten weiteren Mitteilungen anlange, so könne er von wegen k. M. weder „antzeigung, noch ratschlege, was darinne k. M. getan hette“ geben. Man wisse ja, dass die k. M. „in semlichen grossen hoen hendeln alleweg der Kurfürsten Fursten und Untertanen des Reichs auff allen gehalten tagen . . . Rat vnd Hilff gesucht hett vnd noch suchet“. Dagegen wolle er nähere Mitteilungen über die Türken machen, „wo sie aus und einquemen“.⁴⁾

Auf Wunsch der Fürsten gab Haug diese nähere „antzeigung vnd vnterrichtung“, aber in so allgemeinen Redensarten, so grosser Wortfülle und mit so entschiedener Betonung einer rein persönlichen, unoffiziellen Meinungsäusserung,⁵⁾ dass der Kurfürsten und

¹⁾ W. R. fol. 25 b. Schreiben des Erzbischofs an die Versammlung, vorgelegt vom Bamberger Domdechant.

cf. Nördlinger Reichstagsakten Nr. 11. Schreiben Erzbischof Bernhards an die Reichsstände zu Nürnberg.

²⁾ W. R. fol. 25 a.

³⁾ Ebenda, ⁴⁾ ebenda.

⁵⁾ Er wolt als von Im selbst Reden . . . Wo man den willen syne vnd mut hette nicht mit worten oder mit mere satzung der tage, sundern mit der tate geneigt were zu verhelffen, mocht man gute vnterrichtung geben, wie zu

Fürsten Räte, welche des Anwalts Rede an ihre Herren brachten und um 6 Uhr wieder auf dem Hause erschienen, durch den pfälzischen Hofmeister im Namen der ganzen Versammlung auf eine abermalige Darlegung von seiten des k. Machtboten drangen.¹⁾ Graf Haug aber wollte sich nicht eher vernehmen lassen, „bis das ym hulffe zugesagt wurde“. ²⁾ Er habe sich heute hören lassen, dass es „mere dann not were, zu den sachen zu greiffen mit der tate. So er verstunde den Rate und Hilffe, so mocht er sich dester statlicher lassen ferner horen“.

Mit dieser unzweideutigen Erklärung, über die Sache nicht weiter mehr sprechen zu wollen, falls die Stände nicht bündigere Zusicherungen geben wollten, verliess Haug in grosser Erregung die Sitzung.

Jetzt, wo sich die Gegensätze bis zum Bruche verschärft hatten, griff Albrecht Achilles vermittelnd in die Debatte ein. Indem er darauf hinwies, dass Haug mit Fug und Recht eine unumwundene Erklärung, ob die Fürsten dem Kaiser zu helfen geneigt seien, verlangen könne, schlug er als geeignetste Form der Antwort die auf verschiedenen Tagen übliche Phrase vor: die Stände wollten sich als christliche Fürsten und Menschen nach Vermögen erzeigen. Allerdings fügte er, um den mannigfachen Bedenken einzelner Rechnung zu tragen, vorsichtig hinzu: vorausgesetzt, „dass solch furnemen vnd hilff wider die Turken were und gescheh“. ³⁾

Seine kurfürstlichen Kollegen wusste Albrecht unschwer zu überzeugen, dass dies am besten über den Konflikt hinweg helfe.

Fürsten und Städte aber wollten auf Vorschlag des Ritters Jörg von Absberg die Abgabe der gewünschten Erklärung immer noch bis zur Ankunft „anderer trefflicher fursten“ verzögert wissen, die auf dem Wege nach Nürnberg wären, ⁴⁾ damit nicht durch ein bindendes Versprechen Missfallen bei den Abwesenden erregt werde. ⁵⁾

helfen“. Der König von Polen wolle auch mithelfen; die Türken hätten höchstens 40,000 Mann Feldtruppen u. s. w. W. R. fol. 25 b.

¹⁾ W. R. fol. 26 a.

²⁾ Weim. Arch. Zettel vom Donnerstag den 26. Oktober, einem Schreiben an Kf. Ernst v. 24. Oktober beigelegt.

³⁾ W. R. fol. 26 a.

⁴⁾ Es war damit zunächst Herzog der Reiche, sowie der Erzbischof von Köln gemeint.

⁵⁾ W. R. fol. 27 b.

Albrecht bestand jedoch auf seinem Antrag. Um den Widerstand zu besiegen, führte er aus, wie die von ihm beabsichtigte Fassung allen Interessen gerecht werde und zu gar keiner bestimmten Leistung verpflichte. Sie sei „vnverdinglich vnd werde vor alleweg vff den tagen Augsburg, Regensburg und andern bescheen vnd mocht ein Jeder thun nach seinem stande. Wann einer mocht auch ein pferdt schicken, wo er nicht mer vermocht, domitt hett er ein genug gethan“. Während man keinem etwas über sein Vermögen zumute, erlange man durch eine Antwort in diesem Sinne wenigstens nähere Anzeigung und den wünschenswerten Fortgang der Verhandlungen.“¹⁾

Dies leuchtete schliesslich auch den geistlichen und weltlichen Fürsten ein, während die Städte, mit Ausnahme Nürnbergs,²⁾ sich auf ihre unvollkommene Gewalt hinausredeten.

Ohne sich aber um das Votum der letzteren zu kümmern, liess Markgraf Albrecht jetzt den k. Machtboten herbeiholen und erklärte ihm namens der Kurfürsten und Fürsten, dass sich jeder von sein und seines Fürsten wegen erbiere, „mitsambt der k. M. dem hl. Reich vnd nach Jeglichs vermogung und gelegenheit zu verhelffen vnd zu ratten, dortzu auch vnser hl. Vater der babst vnd annder konige vnd fursten Als wir verhelffen sollen vnd werden“.

Da die oberen Stände, was an ihnen gewesen, nunmehr gethan hätten, so möge der k. Anwalt seiner Erbietung nachkommen und mitteilen, was k. M. „geratschlagt“ und ihm befohlen hätte, oder was er selbst in der Sache wüsste. In diesem Falle würde man am nächsten Tage die Räte und Botschaften zur Verhörung aufs Haus schicken.³⁾

Haug zeigte sich sehr erfreut über die fürstliche Erklärung. Sie bedeutete ja immerhin einen Erfolg, den er mit Hilfe des Markgrafen über die widerwilligen Stände davongetragen. Lautete die Antwort materiell auch nicht viel anders als die erste des pfälz. Hofmeisters, ihre Fassung war zweifellos weit bestimmter.

¹⁾ W. R. fol. 28 b.

²⁾ W. R. fol. 29 b. Diese Erklärung gab der Strassburger Botschafter Ritter von Kageneck namens aller Städte mit Ausnahme Nürnbergs, dessen Vertreter sich natürlich auf ein Hintersichbringen nicht hinausreden konnten, weil sie in loco waren. Sie versprachen Antwort bis Freitag.

³⁾ W. R. fol. 30 b. Weim. A. Zettel vom 24. Oktober.

Zudem wurde sie von dem angesehensten Fürsten des Reiches abgegeben und betrachtete die türkische und ungarische Angelegenheit trotz der Versicherung Albrechts, dass man bei einer Antwort nur jene im Auge habe, nicht getrennt von einander, sondern scheinbar unter einem und demselben Gesichtspunkt.

In dieser freudigen Stimmung hielt Haug denn auch „gar eine hubsche gezierte rede und antwort mit danksagung von wegen k. M. ungezweivelt, die k. M. wurde das zu grossem dank empfahn.“ Gegen den Markgrafen aber würde der Kaiser seine Erkenntlichkeit besonders als „gegen einen Liben Nefen beschulden.¹⁾

In ganz anderem Tone sprach er mit den Städten. Ohne Umschweife gab er seinem Unmute Ausdruck. Man habe den Städten vorher oft bedeutet, die Tage nur mit ausreichender Vollmacht zu besuchen; besonders habe dies k. M. zu Regensburg (1471) gethan. Wenn Kurfürsten und Fürsten ihre Zusage thun, sollten die Städte, die doch dem Reiche unmittelbar unterworfen wären, um so weniger zögern. Er zweifle nicht, dass sie um genügende Vollmacht umgehend nachhause schicken würden.

Dagegen suchte Ritter von Kageneck dem k. Machtboten die Schuld für die augenblickliche Haltung der Städte aufzubürden, indem er ausführte, dass er mit der wiederholten Bitte, bei seiner (Strassburger) Stadtbehörde eine ausreichende Kredenz holen zu dürfen, bei Haug unter Hinweis auf die bevorstehende Ankunft der Fürsten in Nürnberg 14 Tage unnütz hingehalten worden sei.²⁾

Mit dieser Kontroverse schloss die stürmische Sitzung. Nach viertägigem Hin- und Herreden war man endlich der Sache so weit nahe gekommen, dass „die fursten und der fursten botschaft furder rat slahen“ sollten, was „yn mit andern glidern vnd vnterthanen des reichs dutzscher nacion leidlich vnd treglich sey“.³⁾

Am Freitag den 27. Oktober versammelten sich schon um 1 Uhr die Räte und Sendboten der Fürsten⁴⁾ auf dem Haus, um die längst erwarteten Mitteilungen des k. Machtboten entgegen zu nehmen.⁵⁾

1) W. R. fol. 31 a.

2) W. R. fol. 31 a und b.

3) Weim. A. Zettel vom 26. Oktober.

4) Von den Fürsten waren die Bischöfe von Augsburg und Freising persönlich anwesend. Chmel m. h. III. S. 144.

5) W. R. fol. 32 a. Chmel m. h. III. 142.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hörte man die Erklärung des Nürnberger Ratsfreundes, der für Abgabe seiner Antwort Termin bis heute erhalten hatte. Seine Stadt wolle — so liess sich Jobst v. Haller vernehmen — „dem allmächtigen gotte zu lob vnd ere vnd der k. M., auch dem cristlichen volk vnd dem hl. Cristlichen glauben zu ere, nutz vnd fromen alles thun, das do Nutze gut vnd ausstreglichen were, mit und zusambt der k. M., den Curfürsten und des hl. Reichs unterthan“.¹)

Die Zusage der mächtigen, führenden Reichsstadt war nach zwei Richtungen hin von einschneidender Bedeutung. Einmal geben unter dem Druck ihrer Initiative in der Folge auch die Vertreter von Regensburg, Augsburg und Ulm befriedigende Erklärungen ab.²) Ob sie Vollmachtbriefe für den Notfall bereits in der Tasche trugen,³) oder ob sie, wie Haug zuversichtlich hoffte, dieselben zuhause erholten, möge dahingestellt bleiben. — Ferner wurden — und das war das wichtigste — dadurch die befürchteten Massnahmen gegen jene Boten, welche von der Taktik des Zuwartens und Hintersichbringens nicht ablassen wollten, geschickt hintangehalten. Schon auf dem Reichstage zu Augsburg (1474) hatte Haug gegenüber dem „Hintersichbringen“ den Grundsatz geltend gemacht, dass man bei Genehmigung einer Reichshilfe durch Fürsten und Kurfürsten auf die Städte verzichten könne, da ja diesen infolge ihrer grösseren Reichsunmittelbarkeit mehr wie anderen Ständen zukomme, den päpstl. und kaiserl. Geboten Folge zu leisten.⁴) Nichtsdestoweniger hatten diese zu dem Reichstage nach Nürnberg ihre Boten abermals mit „unvollkommener Gewalt“ gefertigt.

Was stand nun mehr zu befürchten, als dass man die Kommunen, deren Beratungsrecht auf keinem allgemein anerkannten Rechtstitel beruhte, überhaupt gar nicht mehr zu den Sitzungen zulassen werde? War nicht ihre Zahl gering? Leitete nicht

¹) W. R. fol. 32a und b.

²) Den nachträglichen Beitritt belegt Nördlinger Reichstagsakten Nr. 13, Janssen Nr. 568 und Häberlin Reichshistorie S. 204. In den W. R. ist von dem Faktum nichts erwähnt.

³) Schweizer Paul „Vorgeschichte und Gründung des schwäbischen Bundes“ führt hiefür ein Beispiel an aus dem Jahre 1474 mit Bezug auf Frankfurt und den Augsburger Tag.

⁴) Müllers R. Theatr. S. 641; Janssen 345; Wiedemann 42 u. 90.

Haug, der stärkste Gegner ihrer Verschleppungsmethode mit der grösseren Machtfülle eines k. Anwalts die Verhandlungen?

Jobst Haller brach dem allen die Spitze ab, indem er namens des Nürnberger Rats den Antrag um weitere Zulassung der Städtevertretungen zu den Verhandlungen einbrachte. Der k. Anwalt habe „ein verdrisslichkeit“ von wegen des „Hinterbringens“ der Städte gehabt. Man möge deshalb gestatten, dass diese bei dem Handel bis zum Schlusse bleiben dürfen, „damit sie Ir freunde desto statlicher mochten vnterrichten, die sich dann vngezweivelt gleichmessig nach Irer vermöglichkeit mit aller gehorsamkeit ertzeigen wurden“.¹)

Unter zwei Bedingungen gaben Fürsten und Kurfürsten ihre Zustimmung zu diesem Antrage, erstens dass der k. Anwalt „der stete sendboten erleiden wolt“ und dann dass diese sich mittlerweile „volmechtig Gewalt“ erholten.²)

Da Haug nicht ablehnte, wurden die Städteboten nunmehr eingelassen „fur den k. Anwalt vnd die Kurfursten vnd fursten, geistlich und werntlich botschaft“.³)

Freilich scheint diese Vergünstigung nicht sowohl das Recht zur Mitwirkung an den Beratungen als vielmehr nur zur Entgegennahme von Werbungen und Referaten gewährt zu haben, wie aus einer anderen Stelle der W. R. fol. 39 hervorgeht, wo es heisst: Zu Beginn der Sitzung, „do der gemein man ausstrate“ — Der Rechtsgrundsatz, der in der gegebenen Erlaubnis zum Ausdruck gebracht wird, lässt sich kurz dahin formulieren: die Städte haben, weil nicht im Besitz ausreichender Vollmacht, das Recht auf Zulassung zu den Verhandlungen verwirkt. Sie werden von der Gesamtheit nur unter zwei Bedingungen auf dem Tage geduldet: dass sie sich nachträglich eine weitgehendere Kredenz erholen, und dass ihre Anwesenheit dem heftigsten Gegner der städtischen Interessenpolitik, dem k. Anwalt, nicht unangenehm sei.⁴) Man sieht bis zu dem letzten Schritt in der seit dem Jahre 1471 immer tiefer gehenden Entfremdung zwischen den oberen Ständen und den Städten, bis zur vollständigen Aberkennung des Rechtes

¹) W. R. fol. 32 b.

²) W. R. fol. 32 b und 33 a.

³) W. R. fol. 33 a.

⁴) Recht bedauerlich ist es, dass das zu gebote stehende Material keinen vollständigeren Einblick in die fernere Haltung der Städte gewährt.

auf Zuziehung zu den Reichstagsverhandlungen war nicht mehr weit. In logischer Folgerichtigkeit drängten die Verhältnisse zu diesem Schluss, mit unablässigem Eifer steuerte die Politik des um diese Zeit ausschlaggebenden Grafen Haug diesem Ziele zu, und als im Jahre 1486 die Einladungen zu dem für die Reichsreform so bedeutungsvollen Reichstag von Frankfurt ergingen, hatte man zum erstenmale von den Städten gänzlich Abstand genommen.¹⁾

Nach diesem bemerkenswerten Vorspiel trat die Versammlung in die festgesetzte Tagesordnung ein. Haug referierte mit „ettlichen gezirten Vorreden“ eingehender über die Türkenfrage. Bisher seien auf den Tagen und bei der k. M. immer zwei Wege geratschlagt worden, um den Kampf mit den Türken erfolgreich zu bestehen. Der eine gehe auf einen „gemeinen geweltlichen veltstreit“, der andere auf „Zulegung oder Zusatz die grentz vnd die ende, do der Turk sein ein vnd aussgangk hat“. Es fragte sich also, ob Offensive in offener Feldschlacht oder Defensive durch Anlage von Grenzbefestigungen.²⁾ Der k. Anwalt würdigte die strategischen Momente nach beiden Richtungen hin mit militärisch erfahrenerem Blick.³⁾

Für einen Offensivkrieg erachtet er die orographischen und Verkehrsverhältnisse der Grenzgebiete gegen die Türken als ungemein günstig, nur müsse man in diesem Falle des Königreichs Ungarn als Hinterland für die militärischen Operationen und für Verproviantierung des Heeres sicher sein. Die Vorstösse an das türkische Gebiet hätten von Samerawe⁴⁾ aus zu erfolgen, zweifellos ein Streifen Landes südlich der Sau oder Sawas bei ihrer Einmündung in die Donau, der durch den Sultan dem Despoten

¹⁾ cf. Keussen, die Stellung der Reichsstädte, Bonn 1885.

²⁾ W. R. fol. 33 a.

³⁾ H. war längere Zeit Feldhauptmann in Innerösterreich, konnte sich also sein Urteil in dieser Stellung zum Teil an Ort und Stelle gebildet haben. Wiedemann, S. 67.

⁴⁾ Samerawe liess sich nicht feststellen; bei der Unkenntnis der Würzburger Berichterstatter in der Geographie der Donaugebiete, die sie selbst mit den Worten eingestehen: „vnd erzelt das mit vil umbstenden antzeigen der grentz vnd stete, die dann anzuschreiben vnkunndig seien“ (fol. 33 b.) ist die Lesart Sawasaue oder Sawaraue = Au der Sawe nicht von der Hand zu weisen. — Bei Chmel m. h. S. 142 ist als Stützpunkt der milit. Operation Sonndro erwähnt.

v. Bosnien entrissen worden sei.¹⁾ — Als nächstes Ziel des Feldzuges wäre die Siraphey oder Serbien ins Auge zu fassen, nicht nur wegen ihres Erzreichtums,²⁾ sondern auch wegen ihrer ungemein leichten Erreichbarkeit von der unteren Donau aus. Nach seiner bei dem Erzbischof von Gran³⁾ erhaltenen Information liesse sich auf „16—18 schiffreich wasser“, welche vom Süden her der unteren Donau zueilen, „Speiss vnd annder notdorfft bequemlich“ weiter-schaffen und nach einer im höchsten Falle 2 Tage währenden Landfracht dem Heere zuführen. Die Stärke der Truppe veranschlagt Haug auf ungefähr 30,000 Mann. Da die Siraphey ein „ebentlant“, so würde man den Heereskörper auseinander ziehen und auf 10 oder 12 Stellen zugleich vordringen lassen können.⁴⁾ Welche Städte und feste Plätze als Stützpunkt zu benützen wären, und innerhalb welcher Grenze sich die kriegerischen Massnahmen bewegen müssten, wurde „mit vil vmbstenden“ dargelegt.⁵⁾

Wollte man den 2. Weg, d. h. eine das östliche Gebiet schützende Grenzbefestigung, so müsse man „die ende“ bewahren, wo der Türke ein- und ausziehen pflege, nämlich Kroatien und die benachbarten Gebiete.⁶⁾ Hiezu brauche man zwar weniger Truppen, aber diese mindestens auf 3 Jahre. Für diese hat der k. Anwalt zunächst eine Art Observationsdienst im Auge, wobei

¹⁾ W. R. fol. 33 a.

²⁾ „Davon der dispott alle Samstag 60000 Dukaten gewises gelts fallens gehabt hat, wann es ist von Ertze sere reich“ W. R. fol. 33 b. In „Spruner und Menke“, historisch. Atlas, sind bei Despotatus Servia Nr. 89 die reichen Gold- und Silberbergwerke angemerkt.

³⁾ Derselbe, welcher in den Salzburger Bistumsstreit mit verwickelt war und sich am kaiserlichen Hofe aufhielt.

Bei Chmel m. h. III. S. 142 steht Grau = Gran.

⁴⁾ W. R. fol. 33 b. So mocht man In die Siraphey mit der Wagenburk zyhn vff 10 oder 12 Zil vnd wo der Turk sich vnterstunde das zu weren so mocht man Ine darober schlagen.

⁵⁾ Nach Chmel m. h. III. S. 142 liess sich der Referent Haug zugleich über die Durchführbarkeit des Unternehmens aus. Woll man . . . den grossen mechtigen Herzug furnemen, der sey swer vnd langsam aufzubringen“; auch möchte einen solchen „die k. M. vnd ire landt nit erleiden“.

Ob Haug dieses letzte Argument in der Sitzung wirklich vorgebracht oder nur damit in der Relation seinem k. Herrn gegenüber sich gedeckt habe, muss dahingestellt bleiben; auffallend aber ist es immerhin, dass keine andere Quelle, auch nicht die sorgfältige Würzburger, von diesem Bedenken des k. Anwalts etwas zu erwähnen weiss.

⁶⁾ W. R. fol. 34 a. „Crabaten und ander ende dem kaiser zustende“.

die Kriegsgewohnheiten der Türken genau zu beobachten wären. Sobald man der türkischen Vorposten, ihrer pfeilbewaffneten Boten ansichtig würde, könnte man längs des Grenzkordons noch rechtzeitig alarmieren und die Truppen an den von feindlichen Angriffen bedrohten Stellen zusammenziehen. Die Türken aber würden sich angesichts der Befestigung und des Grenzbefestigungscorps wieder zurückziehen oder doch nur wenig ausrichten.

Der k. Anwalt stellte seine Vorschläge zur Diskussion.¹⁾

Die pfalzgräflichen Räte, um gutachtliche Äusserung gegangen, ob man „den herzug oder den teglichen krieg“ vornehmen solle, entschuldigten sich mit ihrer Unkenntnis von Land und Leuten.²⁾ Auf ihre Anregung hin³⁾ und unter Zustimmung der Kurfürsten⁴⁾ sprach der sächsische Obermarschall Hugo v. Schleinitz als einer, „der die gelegenheit gar eigentlich weste“ zur Sache.

Die Offensive mit einem grossen Heerzug hält dieser kriegserfahrene und ortskundige Mann⁵⁾ zunächst wegen des Zwiespaltes mit Ungarn, dessen man unbedingt sicher sein müsse, für unthunlich. Doch konnte er auch ohne dieses Moment einen Angriff nicht befürworten. Seine Erfahrung spricht zu sehr zu ungunsten grosser Heerfahrten. Er verweist dabei auf die Niederlage Kaiser Sigmunds bei Nikopolis (1397)⁶⁾ und auf das verhängnisvolle Ende des vom Kardinal Julian Cesarini gepredigten Kreuzzugs gegen die Türken in der furchtbaren Schlacht bei Warna 1444, die dem König Ladislaus von Polen-Ungarn das Leben gekostet.⁷⁾

Nicht einmal ein glücklicher Angriffskrieg hätte nach seinem Dafürhalten die gewünschte Wirkung, ja ein solcher verschlimmere nur die Lage der östlichen Länder, weil er die Kriegsfackel nur um so stärker entzünde. Aus Städten und Gegenden vertrieben, würden die Türken um so kräftigere Anstrengungen machen, dieselben zurückzuerobern, wodurch notwendigerweise den Christen an noch mehr Enden Angriffe erwachsen müssten.⁸⁾ Wenn er bedenke, dass sich eine grosse Heerfahrt nicht unter 2 bis 3 Jahren durchführen liesse, dann könne er von seiner Herren wegen Gott,

1) W. R. fol. 34 a.

2) Ebenda 34 b. Chmel m. h. III. S. 142.

3) Chmel m. h. III. S. 142, cf. W. R. fol. 34 b; 4) W. R. fol. 34 b.

5) Mit den Worten „er hats gesehen“ bestätigt er die Ausführungen des k. Anwalts über Terrain und Kommunikationsmittel. cf. Chmel m. h. III. S. 142.

6) Chmel m. h. III. S. 142. — 7) Krones S. 239 ff.

8) W. R. fol. 35 a.

der Christenheit, der k. M. und der Nation gegenüber nicht anders raten, als zu einer kräftigen Defensive, zu einer „teglich wer“ mit einem „bestendigen Volkh in der kayserl. M. lande vnd an die grenitz“ zu legen.¹⁾

Folgte bis hieher Schleinitz im grossen und ganzen den Ausführungen des Vorredners, so geht er in Würdigung der Konsequenzen dieses zweiten Weges weit über den k. Anwalt hinaus. Er betrachtet diesen Modus nicht bloss als die beste Vorschule für einen künftigen Offensivkrieg, insofern als man Terrain- und strategische Studien an Ort und Stelle machen, die kaiserlichen Lande in eine für die Verproviantierung eines grossen Heeres zweckmässige wirtschaftliche Verfassung, die Festungen in kriegstauglichen Zustand setzen, für die Verpflegung grösserer Truppenmassen bessere Grundsätze und eine sichere Praxis gewinnen könne; er knüpft daran die bereits brennend, wenn auch noch nicht spruchreif gewordenen grossen prinzipiellen Fragen: Aufstellung eines stehenden Heeres und allgemeine Reichssteuer.²⁾ Wollte man dem von ihm empfohlenen Weg nachgehen und ein kleineres Heer auf mehrere Jahre zur Grenzverteidigung nach dem Osten entsenden, so habe man die Gelegenheit, dieses ebenso wie die nachzusendenden Reserven zu Ordnung und zu militärischer Disziplin zu erziehen und sich also eine Kerntruppe für einen grossen Heerzug heranzubilden, welcher manch „gueter ritterlicher man“, der sonst zuhause geblieben, gerne „auf sein aigen kost“ zuziehen würde, eben darum, weil er sich in einem geordneten, geschulten Heere wüsste.

Allerdings hielt Redner in diesem Falle für unerlässlich, dass man „den decima zu Regensburg furgenomen“ nachgehe; sonst wäre es unmöglich, einen den Ständen leidlichen Anschlag zu einem „solchem grossen vnd langen furnemen vnd wesen“ zu machen. Für den Augenblick möge man, um jede Verzögerung zu vermeiden, die Taxen der einzelnen auf Truppen festsetzen; in Ansehung des provisorischen Charakters dieses Auskunftsmittels würde gewiss jeder Fürst darein willigen. Dann aber müsse man auf eine Umwandlung der Matrikularbeiträge in eine allgemeine Reichssteuer denken.³⁾

¹⁾ Chmel m. h. III. S. 143.

²⁾ Chmel m. h. III. S. 143, wo Haug sehr ausführlich und in einzelne Punkte gegliedert in seiner Relation die seiner Auffassung entsprechenden Auslassungen Schleinitz' wiedergiebt.

³⁾ Chmel m. h. III. 144.

Auch mit der ungarischen Frage brachte Schleinitz im Laufe seiner hochbedeutenden Ausführungen den Vorschlag einer Defensive durch Grenzbefestigung in Zusammenhang. Der König von Ungarn, meint er, könne diesem Modus seinen Beifall nicht versagen, werde vielleicht dadurch um so eher zu einer Versöhnung geneigt gemacht. Im entgegengesetzten Falle müsse man daran denken, seinem feindlichen Vorgehen gegen k. Majestät Schranken zu setzen.¹⁾

Der Redner sprach dem k. Anwalt aus der Seele. Haug hatte zweifellos eine feste Ansicht in der Sache, war vielleicht auch in seiner Instruktion in diesem Sinne bevollmächtigt worden. Wenigstens stellt er seinem k. Herrn die Sache so dar, als habe er den Ständen die Schwierigkeit, ja Undurchführbarkeit des Unternehmens mit einem grossen Heerzuge dargelegt. „Wolle man den grossen mechtigen herzug furnehmen, der sey swar vnd langsam aufzubringen“; auch möchte die k. Majestät „vnd Ire landt“ einen solchen nicht „erleiden“.²⁾ Aber er sah lieber ein Urteil aus dem Schosse der Versammlung an sich heran gebracht. Darum erörterte er die beiden Wege ohne merkliche subjektive Meinungsäusserung, dabei es dem Obermarschall Schleinitz — wir irren nicht, wenn wir behaupten nach einem vereinbarten Plane — überlassend, das gewünschte zweite Projekt zu empfehlen.

Ohne die Mitwirkung, zum mindesten ohne die friedliche Haltung Ungarns liess sich thatsächlich eine Expedition an die untere Donau mit einem grossen Heere nicht unternehmen. Wenn Haug von dem unwiderstehlichen Impetus und der siegreichen Tapferkeit der christlichen Heere sprach und ziemlich geringschätzig über die Macht der Türken, ihre Hilfsquellen und kriegerische Tüchtigkeit urteilte, so waren dies eben rhetorische Überschwenglichkeiten und oratorische Ausschmückungen, die mit den Thatsachen in grellem Widerspruch standen. Das klang alles so einfach, so selbstverständlich: „wo er sich unterstunde das (die Operationen des christlichen Heeres) zu weren so mocht man Ine daroben slagen“. Wie viel fehlte aber zur Verwirklichung solch weitausschauender Hoffnungen! Und dann — was liess sich für die noch unausgesprochenen Absichten des k. Machtboten in der ungarischen Frage von dem zweiten Wege nicht alles erwarten!

¹⁾ W. R. fol. 35 b.

²⁾ Chmel m. h. III. S. 142.

Wenn die deutschen Fürsten, wie Schleinitz zu verstehen gab, dem König Matthias, falls er sich der befürworteten Defensive gegenüber feindlich verhielte oder einer Versöhnung mit dem Kaiser aus dem Wege ginge, wirklich mit dem Schwerte in der Hand entgegentreten wollten, so entsprach dies ja ganz den geheimen Planen Haugs. Nur so liessen sich die Berührungspunkte zwischen der allgemeinen Reichsangelegenheit und den mehr oder weniger privaten Händeln des Kaisers gewinnen; nur so konnte man zu einer auch die kaiserlichen Interessen befriedigenden Lösung der Türkenfrage gelangen.

Der Graf Haug von Werdenberg liess sich daher den Vorschlag des Obermarschalls Schleinitz wohl gefallen; er hoffte auch auf Zustimmung des Königs Matthias. Wenigstens ist er mit Schleinitz der Ansicht, dass der Korviner dadurch „dester eher bewegt“ werde, „die k. Majestät bey gleich vnd billigk lass zu pleiben vnd ob das sein gemüte auch nit were so mochten die Curfursten und fursten dester bass mit dem konig Rede vnd Handel gehalten“. ¹⁾

Nicht so schnell liessen sich die Reichsstände zu einer Meinungsäusserung fortreissen. ²⁾ Als man um 7 Uhr nach einer grösseren Pause unter Betonung der Dringlichkeit von Seite Schleinitz die Verhandlungen wieder aufnahm, schilderte zunächst Domprobst Dr. Bibra von Würzburg den Räten des Bischofs von Augsburg, des Herzogs Sigmund von Österreich und Wilhelms von Sachsen die augenblickliche parlamentarische Lage. Dann pflogen die einzelnen Kollegien Beratung über die Werbung des k. Anwalts.

Die Fürstenboten beschlossen, wie sie schon einmal gethan, Antrag auf Verzug bis zur Ankunft des Herzogs Georg des Reichen und anderer bayerischer Herren, die Tags darauf, Samstag Simon und Juda (28. Oktober), bevorstünde. Herzog Georg sei selbst in Österreich gewesen „mocht vil erlernt haben“. Auch seien etliche bei ihm, „dj von den sachen wol westen vnterrichtung zu geben“.

¹⁾ W. R. fol. 35 b.

²⁾ Die Bemerkung Haugs in seiner Relation „Item solchen ratschlag vnd christenlich furnemen meiner Herrn von Sagsen lobten all meiner Herren der Curfursten und fursten raet, so da waren, auch der bischof von Augspurg vnd der von Freisingen, die dann in aigen person dabey waren“ ist in dieser Allgemeinheit nicht richtig, sondern gilt nur uneingeschränkt von den beiden Bischöfen.

Chmel m. h. III. S. 144.

Ob die Kurfürsten einstimmten oder nicht, man wolle auf diesem Beschluss verharren.¹⁾

Dagegen schlugen die Kurfürsten ein Aufgebot von 5,000 Mann zu Ross und 10,000 zu Fuss vor für den von Schleinitz befürworteten kleinen Heerzug, ferner Umlegung dieses Aufgebots auf die deutsche Nation und Aufstellung eines Hauptmannes, der sich auf dem Kriegsschauplatze die erforderlichen Erfahrungen für einen Offensivkrieg sammeln sollte.²⁾

Gegenüber dieser durchaus im Sinne der sächsischen Fürsten und ihres Obermarschalls Schleinitz gehaltenen Antwort bestand der Sprecher der Fürstenvertreter unweigerlich auf „verzug“, sogar auch dann, als „vermerkt vnd gehort wurde“, als ob die Widerpartei „darüber ein verdrisslichkeit“ hätte, und als Schleinitz mit Nachdruck verlangte, dem k. Anwalt eine Antwort zu geben und von dem kleinen Anschläge zu reden.³⁾

Zur Motivierung des fürstlichen Standpunktes führte Kilian von Bibra aus, dass eine so wichtige Angelegenheit wie der Türkenzug keine Überstürzung vertrage; man müsse sich daher klar machen, „was das kosten wurde“. Nach einer während der Sitzung aufgestellten Berechnung beliefen sich die Kosten, so man die Truppen auf die Länge hätte, über 15,000 mal 100,000 fl. In anbetracht dieser grossen Summa müsse man wohl ein Aufsehen haben, dass den „geschickten (Truppen) nit geschech, In massen als bescheen ist, als man zu Augssburg vff dem gehalten tag auch ein klein zugk ansluge, darauss spot, schaden vnd schande entstunde.“⁴⁾

Nachdem ein Vermittlungsvorschlag der kurfürstlichen Räte, dem k. Anwalt nur unter der Bedingung, dass die ankommenden Fürsten „dorein gehelten“, die beantragte Hilfe zu bewilligen, gleichfalls abgelehnt worden war, gaben die Kurfürsten dem k. Anwalte allein Antwort und zwar mit dem Ausdrücke des Bedauerns über die mangelnde Einhelligkeit. Zugleich aber warnten sie den k. Anwalt vor übereilten Schritten, mahnten ihn, ihre Resolution nicht als endgültigen Beschluss zu betrachten und knüpften daran die Bitte, es möge dieser, unter Mitwirkung der

1) W. R. fol. 37 a.

2) W. R. fol. 37 a. Dass der Vorschlag auf 15,000 Mann, wie Haug in seiner Relation berichtet, gleich unmittelbar nach seinem Vortrag über die Türkensache gemacht wurde, ist nicht wohl denkbar.

3) W. R. fol. 38 a.

4) W. R. fol. 39 a.

Kurfürsten, die fürstlichen Räte zur Beschleunigung ihrer Beschlüsse zu vermögen.¹⁾

Wahrscheinlich infolge einer Einwirkung in diesem Sinne zeigten sich die Fürsten in der Tags darauf, am Sonntag nach Simon und Juda (29. Okt.) mittags um 6 Uhr abgehaltenen Sitzung gefügiger.

Auf nochmalige eindringliche Mahnung des Markgrafen, mit der Antwort an den k. Anwalt über den kleinen Zug nicht mehr länger zurückhalten zu wollen, bildeten sie eine vierköpfige Kommission aus den Bischöfen von Eichstätt und Passau, dem Domprobst Dr. Kilian von Bibra und dem Ritter Jörg von Absberg, welche die gewünschte Antwort entwarf.

Im allgemeinen erklärte sich diese mit dem Anschläge von 15,000 Maen einverstanden. Nur sollten alle der erfolgreichen Durchführung des Unternehmens entgegenstehenden Hindernisse erwogen und entfernt werden, so besonders der Zwist zwischen dem Kaiser und dem König von Ungarn, zu dessen Beilegung man eine Abordnung an die beiden Machthaber beschliessen möge. Den schon einmal angeregten „andern Tag“ verfehlte auch die Kommission nicht, als stets zuverlässige Hinterthüre in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Das Fürstenkollegium hatte diesem Entwurfe nur den Zusatz hinzuzufügen, dass dem Anschlag von 15,000 Mann „der mynder anslagk zu Regensburg vnd auch anndere ansläge vnd was sonst mer zur vnterrichtung der sache dienen mag“ zugrunde gelegt werden möchte.

Auch die Städtevertreter hatten ihr persönliches Wohlgefallen daran; doch gehellten vorderhand nur die Nürnberger darin, während die anderen wieder alles auf „Hintersichbringen“ nahmen.²⁾

Als der pfälzische Hofmeister die fürstliche Antwort verlas, vermerkte man mit Befriedigung, dass diese, mit der kurfürstlichen Antwort verglichen, nur „in Worten gespalten“ war, sonst wurde sie „vff ein meynung ermessen“.³⁾

Eine einheitliche Redaktion machte darum auch keine Schwierigkeit; in kurzem konnte Albrecht die gewünschte Erklärung aus den Antworten der Kurfürsten und Fürsten „zusammengezogen vnd vergleicht“ dem k. Anwalt übergeben.

1) W. R. fol. 39 a.

2) W. R. fol. 41 a.

3) W. R. fol. 42 a.

Der Inhalt des Schriftstückes wurde von berufener Seite¹⁾ in diese 5 Hauptpunkte zusammengefasst: Erstens der Anschlag von 15,000 Mann gefällt den Ständen wohl; zweitens man soll bei seiner Durchführung auf den kleineren und grösseren Anschlag zu Regensburg und auf allen anderen Tagen zurückgreifen; drittens die Hindernisse des christlichen Unternehmens sollten aus dem Wege geräumt werden; viertens hauptsächlich deshalb eine Gesandtschaft an den Kaiser und König von Ungarn um Beilegung ihres Zwistes beordert werden; fünftens es soll die Abhaltung eines allgemeinen Tages unter allgemeiner Beteiligung betrieben werden, damit der Anschlag desto stattlicher vollstreckt würde.

Nach umständlichen,²⁾ teils durch die Fürsten,³⁾ teils durch die Städte verschleppten Verhandlungen hatte man dem k. Anwalt endlich ein Aufgebot von 15,000 Mann genehmigt. Der schwierigste und unerquicklichste Teil der Aufgabe, sollte man meinen, wäre jetzt erledigt gewesen.

Aber auf den deutschen Reichstagen der damaligen Zeit stand das grössere Stück Arbeit noch bevor; denn bis zur Genehmigung einer Hilfe ging es auf den Reichsversammlungen immer gut ab; sobald es aber an die Verteilung der Truppenkontingente kam, wollte jeder zu hoch angeschlagen sein; da machte man Ausflüchte und gebrauchte Vorwände, um sich wo möglich seinen Verpflichtungen zu entziehen und die gegebenen allgemeinen Zusagen unter der Hand wieder zurückzunehmen. Für die kommenden Verhandlungen des Tages zu Nürnberg stand die Sache noch bedeutend schlimmer. War ja hier der auf den Tagen zu Regensburg und Augsburg geschaffene Gegensatz zwischen den Verfechtern einer gemeinen Geldauflage und den Anhängern des alten Feudalanschlags in dem Masse stärker geworden, als eine vernünftige Reichsreform gebieterisch auf eine Lösung der Streitfrage zu gunsten der allgemeinen Vermögenssteuer hinwies.

Unter der Einwirkung dieser Umstände kam es in den nächsten Sitzungen zu stürmischen Auseinandersetzungen und hitzigen, bis

¹⁾ Kilian v. Bibra. W. R. fol. 47 b.

²⁾ „Man geht mit den sachen gar langsam vmb“. Weim. A. Schreiben Albrechts an Ernst vom 8. Nov. 1480.

³⁾ Die Ansicht Wiedemanns, S. 68, dass die Verhandlungen über die Stärke der zu stellenden Truppenzahl sich leicht und glatt abwickeln, ist nach obigen Ausführungen nicht richtig. Auch davon, dass die Fürsten 15.000 M. gegen 10,000 M. der Kurfürsten beantragten, ist nichts bekannt.

zu persönlichen Ausfällen gesteigerten Wortgefechten, welche das Bild eines deutschen Reichstages der Friedericianischen Periode in grellen Farben zeigen.

Am Dienstag Allerheiligen Abend (31. Okt.) um 1 Uhr wurde die Frage der Aufbringung von 15,000 Mann in engerer Versammlung durchberaten. Je ein Rat oder Botschafter von jedem Kurfürsten und Fürsten hatte sich mit dem k. Anwalt auf dem Hause eingefunden. Die Gesandten kamen hier „in eine lange Rede“ und „wugen die sachen vff die anslage vormals gehabt“.

Es zeigten sich zwei Parteien. Ein Teil fand „zuletzt bei Ine durch vil vrsach vnd vmbstend, das nichts nutz vnd besseres were, wo man anders der Christenheit wolt helff dann das man eine gemeine auflegung des gelts jegliche nach seinem stande beschehe“. ¹⁾ — Andere wendeten dagegen ein, „das dies ein merklich anfechtung“ bei dem gemeinen Mann erzeugen möchte, „der do mocht sagen vnd Im gedenken, das man die nation schetzen wolt; davon sie ein schewung hetten“. ²⁾ Es wurde „wider und fur mancherley geredt“. Da aber in einer so wichtigen Frage die Räte nicht wohl ihre eigene Anschauung zur Geltung bringen konnten, so beschloss man die Verhandlung bis 7 Uhr auszusetzen und unterdessen Vortrag an die anwesenden Fürsten zu erstatten.

Merkwürdigerweise standen diese im Gegensatze zu der „beswernus“, welche ihre Räte „der nachrede halben des gemein Volkes“ empfanden, kurz entschlossen auf Seite der Einkommensteuer. „Wue man das kont vervorsachen“, liessen sie sich vernehmen, „aus merklichen gründen vnd vmbständen, damit man soliche verdecktigkeit dem gemeinen volk benemen vnd die warheit hir Inn gesucht wurde“, so wäre das gut und recht. Übrigens „mochten sie wol abnem, das die gemein auflegung des gelts fast furderlichen vermeinend were vnd man dem ein grunds in schrifft setzen solt, das wolten sie horen und ferer darauff antwort geben.“ ³⁾

Niemand war glücklicher über diese Antwort als der Obermarschall Schleinitz und sein Herzog Albrecht. In den schmeichelhaftesten Worten liess letzterer den Fürsten sein Lob aussprechen.

¹⁾ W. R. fol. 43 a. ²⁾ Ebenda fol. 43 b.

³⁾ W. R. fol. 43 b. Die nähere Darlegung der Grundsätze, welche über eine allgemeine Reichssteuer auf dem Reichstag zu Regensburg 1471 aufgestellt wurden, siehe in dem gediegenen auf bisher unbenutzte Quellen gegründeten Gymnasialprogramm von Regensburg pro 1887/88: Reissermeier „Der grosse Christentag von Regensburg 1471“.

Dabei sollen die Worte gefallen sein „Got sey gedankt, das es dartzu kommen ist“; jetzt hoffe der Herzog und vertraue, dass „dj ding sollten dermassen volfurt werden“. ¹⁾ Die Sache schien soweit auf dem besten Wege zu einer sowohl dem Kaiser erwünschten wie den Reformern entsprechenden Lösung zu sein.

Die Räte der Fürsten wählten den Obermarschall von Schleinitz nebst dem Bamberger Domdechant Hertind von Stein als Vertreter der Kurfürsten, den Domprobst Kilian von Bibra als Bevollmächtigten der geistlichen und Jörg von Absberg als solchen für die weltlichen Fürsten nebst dem Bischof von Passau. ²⁾

Diese 5 Männer sollten am Allerheiligentag (1. Nov.) morgens um 6 Uhr zu dem k. A. Haug kommen und mit ihm ein Ausschreiben machen, „wie man dem decima solt nachgen“. Es war also eine Denkschrift über die Art und Weise der Durchführung einer Vermögenssteuer beabsichtigt. „So das also gemacht wäre“, sollten die Räte „wider zu hauff chumen vnd das horen lassen vnd das dann furnehmen den Curfursten vnd fursten bringen.“ ³⁾

Als die Kommission an Allerheiligen den Dingen nachgehen wollte, liessen Pfalzgraf Philipp, Markgraf Albrecht Achilles und Herzog Georg der Reiche um Aufschub bitten. Sie hätten vernommen, so begründeten sie ihr Ansuchen, „das man mit dem ratschlag umgieng, den decima fürzunemen“. Das dünke ihnen nicht gut. Man möge die Sache morgen dem Plenum vorhalten; sie würden sich selbst einfinden. „Was dann da geraten wurd, das mocht man thun“. ⁴⁾

Die Erbitterung des k. Anwalts und des Obermarschalls Schleinitz auf diejenigen, „die solchs gehandelt heten“ war eine hochgradige. Haug „was vnleidlich“; dergleichen der jungen Herren von Sachsen „Obermarschalk“. ⁵⁾ Wenn man ihm, polterte der k. Machtbote, nur Worte geben wolle, so möge man es sagen; er würde sich an die k. Majestät wenden, „die dann auch muste gedenken, wie sie plib Kaiser, es weren noch mehr konig und fursten, die k. Majestät an must rufen, das er dann doch lieber hy dann dort thete.“ Übrigens verstehe er die „praktika“ gar wohl; man wolle „furnemen“ die 15,000 Mann, weil etliche dadurch ihren Vorteil

¹⁾ W. R. fol. 44 a.

²⁾ W. R. fol. 44 a; cf. Chmel m. h. III. S. 144.

³⁾ Chmel m. h. III. S. 144. ⁴⁾ Ebenda.

⁵⁾ W. R. fol. 44 b.

suchten, „Ir Tax schickten nit auss Ir Land, sundern von andern präläten, epten, geistlichen und pfarrern, die doch unter einen andern gehorten“;¹⁾ „solcher sonder nutz thu nymer gut“. Auch möchten etliche in Nürnberg sein, die den Dingen „verhindernis thun und den konig damit hofieren“.²⁾ Kurz man schalt „mit lawten und groben Worten“ auf die drei Fürsten und deren „poess furnemen“ und bezeichnete den, der „solchs handelt vnd in die Fursten gepildet hat“ als einen „zerstorer der cristenheit vnd aller gueter werkht“.³⁾

Schleinitz hätte es gerne gesehen, wenn trotz der fürstlichen Absage die Kommissionsmitglieder mit ihm „ober den sachen gesessen hetten“. Dieses aber „wart widerratten“. Man fürchtete, es könnte aus diesem demonstrativen Vorgehen, wenn es ausgeplaudert würde, den Fürsten, die der Kommission seinerzeit Auftrag erteilt, „beswernus“ erwachsen.⁴⁾

So wurde die Sitzung aufgehoben. „Es geht“, klagt Herzog Albrecht der Beherzte an selbem Tage seinem Bruder Ernst, „mit dem handel gar langssam zu. Wol ist iczt zwene oder drey tage vil rede darvon gewest, Wie man die 15,000 zu schicken anslachen wil. Man ist aber nicht eins wurden, denne es sind etzlich der meynunge, das es gut sein, das man eyn gelt in der deutzschen nation vff allen menschen zu geben anslache . . ., darvon die 15,000 man vnd andere notturft zu dem krige widder die Turken solt bestalt werden; so sind vil leute darwidder vnd meynen, das man die 15,000 man zu schicken vff die fursten, graven, herrn rete vnd andere Im röm. Reich in der deutzschen nation anslachen.“⁵⁾

Die Seele aber „der vilen leute“, welche Opposition gegen eine Einkommensteuer machten, war der Markgraf Albrecht. Möglich, dass er nicht zugegen war, als die „anwesenden Fürsten“ auf Befragen ihrer Räte ein so günstiges Votum für den zehnten Pfennig abgaben; möglich, dass man den alten Vorkämpfer für

1) Anspielungen auf Albrecht Achilles, der mit dem Würzburger Bischofe wegen der Geistlichkeit schon 1474 anlässlich des Kriegszuges vor Neuss in Streit geriet.

2) W. R. fol. 44b. Die Anzüglichkeiten trug Albrecht Achilles dem Grafen Haug noch lange nach. Minnutoli, K. Buch des Markgrafen Albrecht Achilles.

3) Chmel m. h. III. S. 145. 4) W. R. fol. 45a.

5) Dresd. A., Brief vom Mittwoch omn. sanct. 1480.

die Truppenkontingente über seine Ansicht gar nicht gehört; möglich auch, dass er bei der allgemein günstigen Stimmung nicht sofort Widerspruch erhoben, sondern sich erst durch Verhandlungen mit den einzelnen Fürsten für seine Ideen den Boden ebnen wollte: der ganze weitere Verlauf des Tages beweist unumstösslich gewiss, dass Albrecht Achilles all die feinen Intriguen spann,¹⁾ und die wohlberechneten Ausstreuungen unter den Ständen machte, (wie wenn z. B. der Kaiser nur das Geld suchte) wodurch den Verhandlungen über die Aufbringung des Anschlags Bleigewichte angehängt wurden, und dass er als der heftigste Gegner der allgemeinen Auflegung zu Regensburg²⁾ und Augsburg auch zu Nürnberg die Fürsten wieder gegen das Programm des k. Machtboten in Bewegung setzte. In dem Augenblicke, wo durch die geschäftige Eile der Kommission, verbunden mit der gefälligen Beredsamkeit Graf Haugs und der energischen Parteistellung Sachsens ein Erfolg im Sinne der Einkommensteuer zu erwarten stand, musste der Hauptschlag geführt werden. Es sollte sich zeigen, wessen Dialektik die Versammlung zu meistern verstünde.

Am Donnerstag (2. Nov.) Allerseelen fanden sich sämtliche Kurfürsten, Fürsten und Botschaften nebst dem k. Anwalt auf dem Hause ein; es stand eine hitzige Redeschlacht zwischen den Parteiführern bevor.

Haug leitete die Sitzung mit einer Übersicht über den Gang der Verhandlungen ein: wie alle Fürsten und Kurfürsten ihre Räte zu ihm geordnet hätten, um Vorschläge über „den decima“ in „geschrift“ zu bringen, wie die Bischöfe von Augsburg und Freising sich zu diesem Geschäft sogar persönlich eingefunden und wie auf Wunsch etlicher Fürsten die durch einen aus der Mitte der Versammlung niedergesetzten Ausschuss begonnenen Beratungen eingestellt worden wären.³⁾ Es ginge, fuhr Haug fort, „die sage, das man das gelt suchet“; dem wäre nicht so. Er habe schon einmal offen erklärt, dass die k. Majestät nicht Geld, sondern Hilfe suche. Diese aber müsste aus Leuten bestehen und

1) Als Herzog Albrecht von Sachsen seinem Bedauern über die Aufhebung der Kommissionssitzung Ausdruck lieh, fühlte sich der Markgraf sehr getroffen.

2) In Rücksicht auf ihn wurde zu Regensburg gestattet, seinen Anschlag entweder in Geld oder in Truppen zu leisten. Reissermeier, der grosse Christentag.

3) Chmel m. h. III. S. 145.

könnte gerade deshalb ohne Geld nicht vorgenommen werden. Nachdem man die Kommissionssitzung durch die Nachricht, „die sache selbst zu hertzen zu nemen und daruber su setzen“ aufgehoben habe, hoffe er, dass nun der k. Majestät „eine austreglich vnd bestendig hilf“ bewilligt werde; „dann wo das nit solt beschehn, sunder gehandelt werden als auf andern tegem, so mocht k. Majestät vnd die christenheit das nit erleiden“.¹)

Nach dem k. Machtboten gab Herzog Albrecht von Sachsen seinem Bedauern Ausdruck, dass die Sitzung gestern auf Wunsch verschiedener Fürsten unterblieben sei; denn hätte die Kommission ihre Meinung in einer Schrift niedergelegt, so könnte man jetzt „davon statlicher handeln“.

Mehrere Fürsten verwahrten sich dagegen, dass sie die Schuld trügen. „Sy westen nichts vmb solich botschaft, sy hetens auch nit bepfolgen; Ihnen gefiel das Fürnehmen mit dem gemeinen Pfennig am pessten“.

Der k. Anwalt räumte das ein, indem er mit nicht misszuverstehenden Worten bemerkte, er wisse wohl, dass „sein gnad vnd die andern chain schuld daran hetten“. Übrigens wolle er daran erinnern, dass man es mit einem dem allmächtigen Gott antreffenden Werk zu thun habe, von welchem der Satz gelte: qui me tradet peccatum habet.²) Der Markgraf fühlte sich durch die spitzen Reden sehr getroffen; aber er verbiss seinen Ärger, bis der k. Anwalt das Lokal verlassen hatte.³)

Hatte man aus Scheu vor dem Werdenberger bisher an sich gehalten, so platzten jetzt die Gegensätze in einer den ganzen Tag währenden⁴) Redeschlacht um so schärfer aufeinander.

Zunächst „focht“ Markgraf Albrecht die Auflegung des Geldes an.⁵) Die Ausführungen des Redners liegen nicht vor, vielleicht gerade deshalb, weil er eine alte Sache durch bekannte Thatsachen zu verteidigen bemüht war.

Die markgräflichen Aufstellungen bekämpfte Obermarschall Schleinitz durch „vil grunde vnd vrsach“ und gar „meisterlich und dapfterlich“.⁶) Die Truppenkontingente, so mochten die Darleg-

1) Chmel m. h. III. S. 145. 2) Ebenda.

3) W. R. fol. 46 b. Des nahm Markgraff Albrecht Im ein vngeduld vnd verbiss doch in beywess k. A., der dann hin auss ging“.

4) Chmel m. h. III. S. 146, Item darauf trat jede barthei in ihren rat, der rat weret den ganzen tag.

5) W. R. fol. 46 b und 47 a. 6) Ebenda.

ungen der Neuerer lauten,¹⁾ hätten schwere Nachteile. In einem aus verschiedensten Teilen des Reiches rekrutierten Heere entstehe nicht zum wenigsten wegen der „mancherley gezung“ „oft vnd dicke vil unrats vnd vngehorsamkeit“, wie sich ja bei dem Heerzug vor Neuss gezeigt habe. Nicht selten biete man Leute auf, die nie vorher das Kriegshandwerk betrieben, auch sende man diese oft nur auf unbestimmte Zeit. Nach deren Umfluss wollten die Leute heim, da sie weder länger besoldet noch verdingt wären. Dadurch geschehe aber dem christlichen Unternehmen grosser Abtrag.

Neben diesen rein militärischen Erwägungen, welche die erbärmliche Verfassung der Feudalheere damaliger Zeit ahnen lassen, wurden auch national-ökonomische und finanzielle Gründe ins Feld geführt. Durch wiederholte Aushebungen in ein demselben Gebiete — ein starker Hieb gegen diejenigen, welche regelmässig mit ihren Kontingenten im Rückstande blieben — werde die männliche Bevölkerung ungemein dezimiert. Auch bedeute ein Verlust von Menschenmaterial im Lehensheere einen Verlust von Volk, Geld und Provision, während ein Verlust an Soldtruppen nur einen solchen an Geld darstelle. Im Verlaufe der Zeit hätten sich viele Stände „gemindert“, so dass sie die auf die alten Verhältnisse gegründeten Anschläge nicht mehr leisten könnten; bei andern wäre das gerade Gegenteil der Fall. Aus dem Mangel an „gleichmass“ möchte aber wohl „ein zwitrecht kumen“.

In der gemeinen Auflage werde — das wurde von den Reformern am stärksten immer betont — niemand ausgenommen und, da dieselbe auf dem Gewinne der Arbeit oder der Leistung des Kapitals beruhe, auch Niemand über Gebühr belastet, ganz abgesehen davon, dass jeder seiner Verbindlichkeit in Geld leichter nachkommen könne als Truppen und Pferde zu stellen. Zudem sei die Vermögenssteuer kein ewiger Tribut und gehöre auch nicht Kaiser und Fürsten.

Ein an anderer Stelle von einem Gesinnungsgenossen Schleinitz' aufgestelltes Kalkül sucht diese Gründe durch ein ziffermäs-

¹⁾ Die Ideen der Reformpartei sind enthalten in dem „Ratslag, dass ein Geldanschlag besser sei dann Leut zu schicken“. W. R. f. 89—92. Der Würzburger Berichterstatter, der die Beweisgründe gegen das alte Feudalsystem sorgsam registriert, scheint überhaupt für die Argumentation der Reformen eingenommen gewesen zu sein.

siges Resultat zu verstärken. Wollte man, so heisst es in einem „Ratschlag über den Regensburger Anschlag“,¹⁾ geltend machen, dass es eine „gar gros beswörung wäre“, wenn man bei 1000 fl. Nutzen die Kosten für 1 zu Ross und 2 zu Fuss zu tragen hätte,²⁾ so könne man recht wohl den Beweis vom Gegenteil liefern. Nach dem in Regensburg zu grunde gelegten Steuerfuss hätten 60,000 Mann ins Feld gestellt werden können.

Da die Fürsten jetzt nur 15,000 Mann aufzustellen beabsichtigen, also nur den vierten Teil, so brauche man auch nicht den ganzen Zehnten, sondern nur den vierten Teil hievon. Ein Fürst, der 100,000 fl. jährlichen Gefälls hat, müsste darnach nur 2500 fl., einer mit 5000 fl. nur 225 fl. (?) bezahlen. „Solch gelt aber“ — wird sehr treffend bemerkt — „were den fursten vil bass zu gebenn .. dann das sie alle Jare an allen nutz vil mere yder in seinem stannt auf den tagen thun verhern“.³⁾ Auch könne keiner sprechen, „das er solich kleyn gelt nicht vermuge oder ym an seinem fürstlichen stand eynich mangel brecht“. — In gleichem Verhältnis wie bei den Fürsten reduziert sich natürlich auch bei den unteren Ständen der Betrag. Den Handwerker, in Regensburg mit 1 Ort vom Gulden angeschlagen, trifft 8 Kr. und 30 Pf.,⁴⁾ den Tagewerker mit 18 Pf. per Jahr angelegt, so wenig, dass er im ganzen Jahre nicht ein „Fuder schuter bedorfft destermere zu hacken“. Der Bauersmann — so schliesst der interessante Ratschlag — ist in diesem Anschlag gar nicht in Betracht gezogen, sonst ergäbe sich eine sehr hohe Summe.

Von diesen verlockenden Aussichten liessen sich die Gegner des zehnten Pfennigs nicht gefangen nehmen. Abgesehen davon, dass es bei der Naturalwirtschaft in ganz Deutschland ungemein schwer war, ein Steuersystem durchführen zu wollen, das sich auf eine ausgebildete Geldwirtschaft und eine das ganze Land umspannende wohlgegliederte Verwaltung stützte, bot der Truppenanschlag entschiedene Vorteile. Den Städten allerdings nicht. Sie mussten als Sammelorte der grössten Kapitalmassen eine allge-

¹⁾ W. R. fol. 81 ff.

²⁾ Dieser Satz wurde zu Regensburg 1471 aufgestellt.

³⁾ Chmel m. h. III. S. 144, wo die gleiche Ausführung wie in Schleinitz' erster Rede.

⁴⁾ Wie zu Regensburg 1471 hatte man auch hier wieder neben der reinen Einkommen- nach unten hin eine Kopfsteuer im Auge.

meine Reichssteuer am heftigsten bekämpfen, weil sie am schwersten davon betroffen wurden und eine solche immer nur dazu erfunden erachteten, um das Vermögen der Bürger und Kommunen kennen zu lernen.¹⁾ Doch sprachen die Städteboten auf dem Nürnberger Tag in dieser Angelegenheit gar nicht mit.

Anders lag die Sache bei den Fürsten. Während diese nach dem neuen Systeme als die Vermöglichsten zu den höchsten Geldleistungen in ihrem Gebiete herbeigezogen worden wären, brauchten sie bisher nur ihre Vasallen oder Lehensherren aufzubieten. Dabei legten sie obendrein ihre Hand auf die Geistlichkeit, die Immunität genoss und nur von der geistlichen Oberbehörde geschätzt werden konnte. Wenn sich diese Begehrlichkeit nach dem Besitze der toten Hand, dieses Gelüste nach Säkularisation des geistlichen Gutes als ein allgemeines Zeichen der Zeit verrät, so tritt es nirgends stärker hervor, als bei dem brandenburgischen Markgrafen Albrecht Achilles, dessen Erb- und Stammländer mitten zwischen den vielgestaltigen, reich zerstückelten fränkischen Stiftern lagen. Von dem ernstlich erwogenen Plane, zu seinen 2 Fürstentümern sich ein drittes um Kitzingen am Main aus geistlichem Besitz zusammenzuschneiden, um dieses dem Hochstifte Würzburg entgegenzusetzen und so den drei geistlichen Fürstentümern Bamberg Eichstätt und Würzburg mit drei weltlichen brandenburgischen Staaten Schach zu bieten, ist ausführlich in Ritter von Eibs Denkwürdigkeiten berichtet.²⁾

Der langwierige Streit zwischen dem Bischof von Würzburg und dem Markgrafen um die Herausgabe, bezw. Wiederlösung der Stadt Kitzingen hängt mit diesem nur wegen widriger Zeitläufte nicht verwirklichten Projekte zusammen.³⁾ Dass ein grosser Teil seines Klerus durch das geistliche Unterthanenverhältnis zu Würzburg und Bamberg der finanziellen Machtsphäre des Landesherrn entzogen war, konnte der Markgraf mit dem Begriffe des fürstlichen Absolutismus nicht vereinbaren. Wiederholt schon hatte Albrecht seine Geistlichen von der Würzburger Diözese gezehntet, ganz empfindlich zu dem Zuge vor Neuss, ohne dass der Bischof seine

¹⁾ Gothein, religiöse und politische Volksbewegungen vor der Reformation S. 40.

²⁾ Dr. Höfler, Ritter v. Eibs Denkwürdigkeiten.

³⁾ cf. Friess, Würzburger Chronik, die Zeit der Bischöfe Johann von Grumbach und Rudolf von Scherenberg.

Rechte hätte wahrnehmen können.¹⁾ Auch für den projektierten Türkenzug hatte er diese ins Auge gefasst; sie sollten wie andere Unterthanen, die im Besitze landesherrlicher Pfründen, ihre Beiträge zum Anschlag leisten.

Die Rechtsfrage machte keine grossen Bedenken: sie bedeutete im ausgehenden Mittelalter meistens nur eine Machtfrage. Oft wurde der thatsächliche Zustand als der staatsrechtliche betrachtet, und längere, wenn auch mit Missbrauch ausgeübte Gewohnheitsrechte erlangten durch die Tradition die Kraft gesetzmässiger Ansprüche.

Von diesem Standpunkte aus ist das Auftreten des geldbedürftigen und allzeit kampflustigen Markgrafen in der an die Schleinitz'sche Gegenrede sich knüpfenden Debatte wohl begreiflich.

Als der Bischof von Augsburg²⁾ sich für die gemeine Auflage aussprach, „wuchs“ Albrecht so heftig mit ihm zusammen, dass dieser um Urlaub bat, „im vergange“ mit dem Markgrafen nicht mehr weiter reden zu dürfen. Er sei den Zorn des Markgrafen wohl gewohnt. Demselben wäre es um „die auflegung des volks“ zu thun, weil er „griff domit auff Prälaten, geistliche und andre, domit keme er seiner sach dester neher“.³⁾ Albrecht replizierte, „er mocht das thun, dann sie weren sein erpliche Untertan“ und suchte unter Protest des Bischofs und des Obermarschalls Schleinitz die allgemeine Auflegung als eine Decimation zu verdächtigen.⁴⁾

Der Bischof von Freising⁵⁾ sprach sich im gleichen Sinne

¹⁾ Cf. neben der auf Würzburger Archivalien gegründeten Publikation von Dr. W. Böhm „Die Pfaffensteuer von 1480/81“, wissenschaftliche Beilage zum Programm der Sophienschule in Berlin 1882, S. 5 auch Friess, Chronik.

²⁾ Johann von Werdenberg, 1469 zum Nachfolger des Kardinals Peter gewählt, ein Verwandter des k. A. Haug von Werdenberg, durch welcher letzteren er wahrscheinlich auch in nähere Beziehungen zum kaiserlichen Hofe trat: er wurde 1474 kürzere Zeit Erzieher des Prinzen Maximilian und starb 1486. — v. Stetten, Geschichte der Stadt Augsburg I. S. 243.

³⁾ W. R. fol. 48b.

⁴⁾ Ebenda. „Und kont nymer besteen die auflegung des Dezimas, das Im dann sein geschickt gesagt hetten, man wolt vom dezima reden vnd nant den dechant von Bamberg“; dieser sowie die Bischöfe von Augsburg und Schleinitz behaupteten, nichts von einer Dezimation, sondern von einer gemeinen Auflegung gesprochen zu haben.

⁵⁾ Sixtus von Tannberg (1473—1495). Die Freisinger Chronik nennt ihn „den weisesten und beredtsten“ und lässt ihn die nachträglich abgelehnte

aus wie sein Amtsgenosse von Augsburg; er that dies mit „meisterlichen, wol ergründten vrsachen, das ein jedermann mocht abnemen, das es ettwas vff Im truge, wo man des In den gemein man mocht bringen“. Gereizt über die gegnerischen Auslassungen wuchs Albrecht auch an ihn.¹⁾

Wie der Markgraf dachten nun fast alle weltlichen und merkwürdigerweise auch die geistlichen Fürsten. Der Richtigkeit der gegnerischen Beweisführung zwar konnten sie sich nicht entziehen. „Es wart“ — bemerkt die Würzburger Gesandtschaft — „die sach allenthalben|geacht, wo es durch den gemeinen man zu bringen were vnd solich gemeins auflegung nit widerstant gewunne, so mocht es vielleicht die meynung haben“.²⁾ Aber für den Augenblick erschien das Unternehmen ganz unverfänglich „vnd dasselbe nit furzunemen“ als der beste Rat.³⁾

Pfalz, Trier und Köln, sowie Bayern-Landshut fielen Albrecht Achilles sofort zu; der Bischof von Eichstätt empfahl Annahme der 15,000 Mann und Genehmigung einer neuen Reichsversammlung, um die Frage einer Vermögenssteuer noch einmal gründlich zu beraten. Auch der Bote des Würzburger Bischofs, Kilian von Bibra, war im Prinzip für die hergebrachte Hilfe; wenigstens erklärte er für den Fall, dass die gemeine Auflage beschlossen werde, bindende Zusicherungen nicht machen zu können. Sein Herr hätte Grafen, Prälaten, Ritter, Herrn und Knechte und eine Landschaft, mit denen er sich billig benehmen müsste, da alle von der Auflage betroffen würden.⁴⁾ — Um die allgemeine Erregung zu dämpfen und die weit ausgreifende Debatte zur Sache zurückzuleiten, brachte Bibra die Resolution zur Sprache, welche die Stände über die Aufstellung von 15 000 Mann angenommen hatten.

Über die fünf Punkte dieser Resolution beschloss man die Räte und Botschafter Freitag um den Garaus weiter verhandeln zu lassen. Dem k. Anwalt wurde in diesem Sinne Mitteilung gemacht.

Damit konnte die von Haug und den sächsischen Fürsten, sowie den Bischöfen von Augsburg und Freising vertretene allgemeine Einkommensteuer als gescheitert betrachtet werden. Der

Gesandtschaft an den Papst ausführen. Meichelbeck, Geschichte der Stadt Freising S. 178.

1) W. R. fol. 49 a. 2) W. R. fol. 47 a.

3) Ebenda 4) Ebenda fol. 47 b.

eine und der andere Anlauf zwar wird noch gemacht, die hoffnungslose Sache durchzusetzen, aber es bleibt bei den Anträgen der Majorität: einstweilen 15 000 Mann durch Kontingente aufzubringen, weiterhin aber einen Tag auf Reminiscere nach Nürnberg auszuschreiben, auf dem jedermann gegenwärtig sein solle, um „dem furnemen“ zu Regensburg bezüglich des 10. Pfennigs nachzugehen.¹⁾

Charakteristisch sind die Worte, mit denen Haug das Ergebnis der Redeschlacht in seiner Relation an den Kaiser zusammenfasste. „Da ward Hertzog Albrecht von Saxen vnd sein barthei in der Kurfürsten, auch der Fürsten rat vberschrien, das man den ratslag, so dann durch vns all auf des Haupoltz (Schleinitz') rat anstat seiner Herren fur het gehalten vnderwegen muest lassen vnd den andern weg must furnehmen.“²⁾

Ein Gutes hatte der parlamentarische Kampf immerhin: es wurde das Finanzprojekt einem neuen Tage überwiesen; es wurden die gewichtigen Gründe, die für dasselbe sprachen, mit allem Nachdruck wieder öffentlich ausgesprochen. Dadurch aber wurde die Idee selbst der grossen Masse allmählich geläufiger und bekam jene Dringlichkeit, der sich zuletzt auch die gekrönten Häupter nicht mehr verschliessen konnten.³⁾

Wie tief das Gefühl der Notwendigkeit eines tauglichen Heeres gegen die Türken und damit zusammenhängend die Unzulänglichkeit des alten Matrikularwesens bereits in die öffentliche Meinung eingedrungen, zeigt der gut gemeinte, wenn auch stark phantastische Vorschlag eines Anonymus, wahrscheinlich eines Minoritenbruders, der an Weihnachten 1480 zu Wien zu stande kam.⁴⁾

Dieser bezweckte nichts weniger als die Aufstellung einer geistlichen Armee. Die minderen Brüder — so führte der Autor aus — machen sich anheischig, mit Genehmigung des Papstes aus 36000 (?) ihrer Klöster einen „jungen geraden munch“ abzugeben. Würden die 36 000 (?) Klöster der drei andern Bettlerorden, der Prediger, Augustiner und Karmeliten, sowie die 36000 (?) der übrigen Mönchsorden, der Deutschherren, Johanniter, Bernhardiner, Benediktiner, Chartäuser, Schotten, Pauliner, dasselbe thun, so könnte

1) Chmel m. h. III. S. 146. 2) Ebenda.

3) W. R. fol. 122 ff.

4) Cf. zu dieser militärischen und Finanzfrage auch die Zusammenfassung bei Ulmann, Kaiser Maximilian Bd. I. S. 320 ff.

man schon ein Heer von 144,000 Mann in's Feld stellen; hiezu 36,000 Mann addiert, in der Weise auszuheben, dass jede Pfarrkirche deren einen liefert, hat der unbekannte Stratege eine Armee von einer halben Million, die allerdings den Türken hätte furchtbar werden müssen in einer Zeit, wo man zu deren Bekämpfung nicht einmal die Aushebung von 10,000 Mann verwirklichen konnte.

Noch wunderlicher klingt ein anderer Vorschlag auf Geld, der sich in seiner rechnerischen Grundlage auf den Empfang des Altarssakramentes stützt und eine Art Zehntung oder geschäftliche Ausbeutung des Kultus darstellt, freilich in wesentlich anderer Art wie der Ablass. Der Urheber dieses Gedankens nimmt im Durchschnitt für jedes Kloster 30 Insassen an. Erlegten diese beim öffentlichen Empfang des Abendmahls je 1 Pf., so hätte man von allen Klöstern eine Wocheneinnahme von 14,400 ung. Gulden, im Jahre aber 748,800 fl. Mehr als das Zwanzigfache rechnet sich bei Anwendung dieses Steuerfusses auf die Laienleute heraus; denn für jede der 360,000 Pfarreien durchschnittlich 300 Menschen angenommen, die — allerdings eine völlig in der Luft hängende Voraussetzung¹⁾ — wöchentlich einmal das Sakrament nehmen, ergiebt sich die Summa von 360,000 fl. und ein jährlicher Gesamtbetrag von 16,700,000 ung. fl. Ohne Steuer und Hilfe, nur durch den Tribut „der frommen Leut“²⁾ in der Form des Wochenpfennigs erhält man so die riesige Summe von 19,468,800 fl., die ausreichend wäre, 124,800 Mann zu Ross und eben so viel zu Fuss anzuwerben. — Bei diesem Modus, meint der Autor, könnte jeder in seinem Wesen und in seiner Ruhe bleiben. Dem oft erhobenen Einwand, es werde das Volk (die Christenheit) durch solche Geldabgaben geschwächt, stellte er die Behauptung gegenüber, dass im grunde genommen das Geld bei der Nation bleibe, weil es ja doch wieder bei Wirten und Handwerkern, an Zollstätten und Mauthäusern, für Ausrüstung und Munition im Lande verausgabt werde. Doch ist er sich einer Schwierigkeit bei Durch-

¹⁾ Die Voraussetzung hängt deswegen auch vollständig in der Luft, weil man vor der Reformation bis tief in das 16. Jahrhundert hinein in allen katholischen Gegenden selten mehr als 1 mal, nämlich um Ostern zu den Sakramenten ging, zum Teil wegen der geforderten strengen Vorbereitung hierauf. Cf: Stimmen aus Maria Laach; Schmitz, der Empfang der hl. Sakramente gegen Ende des Mittelalters, 39, S. 30—45.

²⁾ Die Verwertung der Kommunion für Steueransätze auch auf dem Reichstage von 1518; cf. Janssen, Reichskorrespondenz Bd. III. S. 986 ff.

führung des Projektes nicht unbewusst: er gedenkt hier der heillosen Verwirrung im Münzwesen, der Anarchie im Geldverkehr. Dass eine allgemeine Wohlthätigkeitssteuer nur möglich sei auf grund eines einheitlichen Münzfusses oder wenigstens auf grund eines Abkommens über die Münzwerte, ist auch für den sonst so schwärmerischen Geist des anonymen Autors klar, ja er macht sogar eine Reihe von einsichtsvollen Vorschlägen, wie diesem an dem öffentlichen Wohle zehrenden Krebschaden abgeholfen werden könnte.¹⁾

Am Freitag den 3. November um den Garaus versammelten sich der Kurfürsten und Fürsten Räte und Botschaften mit dem k. Anwalte wieder auf dem Haus.

Es handelte sich um die angenommenen 5 Resolutionen, speziell um Verteilung der Truppenkontingente. Einem früheren Beschlusse gemäss wollte man den um die Hälfte vermehrten kleinen Regensburger Anschlag den einzelnen Matrikeln zu grunde legen. Dagegen protestierte aber der k. Machtbote. „Ir allernaden vnd die gantz besamung mugen wol versteen, das des ein anslag sey, der nit wol zusammen sey zu bringen vnd der kaiserlichen Macht(?) austreglich vnd hilfreich wer.“²⁾ — Auch von anderer Seite, am meisten von der sächsischen Partei, wurde die Unzulänglichkeit eines auf den Regensburger Anschlag gegründeten Umschlages der Kontingente schlagend dargethan. Man könnte die 10,000 Mann nicht „finden“, geschweige denn die 15,000 zugesagten Hilfstruppen. Das war leider allzuwahr! 6,000 Mann im Regensburger Anschlag gehörten einfach nicht in die Matrikel hinein. Auf das verwüstete Böhmen durfte man nicht zählen; ebensowenig auf die Eidgenossen, welche im Bewusstsein ihrer Siege gegen Habsburg und Burgund sich um das Reich gar nicht kümmerten. Von dem Kaiser und Burgund war so gut wie gar nichts zu erwarten, und die Leistungen der westlichen Grenzländer wurden durch Frankreich so herabgesetzt, dass mindestens 1000 Mann ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten.

Weitere 5,000 Mann erklärte man für unsicher, einesteils deshalb, weil viele „armuthalber“ ihrer Taxe nicht nachkamen, andererseits, weil mehrere Fürsten bei Grafen und Äbten, die im Anschlage aufgeführt, ein Vasallitäts- oder Vogteiverhältnis geltend

¹⁾ W. R. fol. 112—116.

²⁾ Chmel m. h. III. fol. 146.

machten, folglich auch diese bei Aufbringung ihrer Kontingente heranzuziehen gedachten. Insbesondere brachten Sachsen, Brandenburg und Bayern Vorbehalte auf Grafen und Prälaten vor.

Alles in allen genommen wurden also „wenig gewiss vber 4,000 In dem anslage“ gefunden, welche von der dem Kaiser bewilligten bescheidenen Hilfe von 15,000 Mann voraussichtlich in's Feld gestellt werden konnten.¹⁾

Noch ungünstiger, liess sich eine Stimme vernehmen, gestalte sich die Sache, wenn die Abwesenden nicht dem aufgestellten Anschlag zustimmten. In diesem Falle müsste einer das Dreifache der im Regensburger Anschlag ausgesetzten Beiträge auf sich nehmen.

Und war das nicht sicher zu erwarten, wenn schon die anwesenden Stände wegen der Höhe der Ansätze und angeblichen Benachteiligungen fortwährend Protest erhoben, markten und feilschten?

Als es an die Würzburger Taxe kam, erhob der Domprobst Einsprache, wie die Matrikel seinem Bischof „zu swere were vnd were nicht gleich, wann er were mit vreden vnd schulden vnd vernehmung seines teglichen hoffs beladen“.²⁾ In der Versammlung jedoch stiess diese Erklärung auf lebhaftesten Widerspruch. Graf Haug war durchaus anderer Meinung über die bischöflichen Vermögensverhältnisse. Nicht arm und zahlungsunfähig, sondern „gereychet“ wäre Würzburg und möge eher noch eine höhere Taxe erleiden, nachdem man die 15,000 „nit finden mocht“.

Als mehrere fränkische Grafen, besonders Hohenlohe, der mit dem Stift im Zwiste lag, in auffälliger Weise beipflichteten,³⁾ reklamierte der Domprobst, dem Beispiele von Bayern, Brandenburg und Sachsen folgend, die hohe fränkische Aristokratie energisch für seinen Bischof. Da setzte es natürlich wieder Protest ab.

Am Samstag den 4. Novemcer brachte die Mitteilung des markgräflichen Sachwalters, des Bamberger Domdechanten Hertind von Stein, dass auf Antrag Albrecht Achilles alle Fürsten, „angesehen eines jeglichen aufnehmen vnd besserung seines fürstenthumb gesteigert“, dagegen ihnen ihre Äbte und Grafen zugeteilt werden sollten, neue Überraschung.

¹⁾ W. R. fol. 50 ff.

²⁾ W. R. fol. 50 ff.

³⁾ Ebenda. „Sie sprengten mit ein“, wie es treffend in der Quelle heisst.

Um die Bedeutung dieser sensationellen Nachricht in ihrem ganzen Umfang ermessen zu können, soll darauf hingewiesen werden, dass Albrecht wohl mit diesem Antrag auf die vernichtende Kritik antwortete, wodurch tags zuvor die Unmöglichkeit der Hilfeleistung auf dem Wege des Truppenanschlags dargethan worden war, vielleicht auch damit seinem Unmute gegen die geistlichen Machthaber Luft machte, denen im Verhältnis ungleicherreichere Geldmittel zu gebote standen als den kinderreichen, mit einer teuren Hofhaltung beschwerten weltlichen Fürsten. Unschwer war aber aus der allgemeinen Fassung des markgräflichen Antrages eine Spitze gegen Würzburg herauszulesen, um dessentwillen sich Albrecht seitens des k. Anwalts und anderer Kollegen Anzüglichkeiten, wie von Fürsten, die bei ihren Truppenanschlügen auf Prälaten etc. griffen, sagen lassen musste.

Die competenteste Persönlichkeit des Tages, Graf Haug selbst, hatte über die Finanzlage des benachbarten Hochstiftes das günstigste Urteil gefällt. Dank der Sparsamkeit und dem haushälterischen Sinne des Bischofs war dasselbe nicht ganz ungerechtfertigt. Der Markgraf war der letzte, welcher eine so günstige Gelegenheit hätte vorübergehen lassen, dem unbequemen Rivalen am Main beizukommen.

Der Bischof sollte die wenigen strittigen Grafen und Prälaten haben, dann sich aber eine höhere Taxe gefallen lassen, wie es der Wirklichkeit seiner Vermögensverhältnisse entsprach.

Ein wunder Punkt des alten Feudalsystems war mit diesem Antrag wieder empfindlich berührt worden: das klaffende Missverhältnis zwischen dem Anschlag eines Reichsstandes und seinen finanziellen Verhältnissen. Dass die Kontingente nach dem Einkommen festzusetzen seien, wurde theoretisch anerkannt, aber die Ermittlung des Einkommens der einzelnen Stände war eine so zeitraubende und schwierige Arbeit, dass man sich nicht auf allen Tagen die Mühe nahm, für den gegebenen Fall neue Einschätzungen zu machen. Ohne Rücksicht auf eingetretene Änderungen griff man auf eine bestehende Matrikel zurück. So bildete beispielsweise die Regensburger Matrikel die Basis auf allen Versammlungen bis 1489. Durch sogenannte eilende Hilfen, im Grunde genommen Abschlagszahlungen auf einen späteren grösseren Anschlag, meistens von den dem Kampfschauplatz zunächst gesessenen gefordert, durch mangelhafte, verzögerte oder verweigerte Leistung des Anschlages wurden die in der Organisation des Matrikular-

wesens begründete Ungleichheit noch grösser gemacht.¹⁾ Sobald aber die Revision eines als unzulänglich bezeichneten Anschlages angekündigt wurde, schrie alles Zeter; niemand wollte dann erhöht, jeder geniedrigt werden; alle fürchteten das Zusammenspiel feindlicher oder widriger Kräfte bei Neueinschätzung des Reineinkommens.

Unter dem Eindrucke der Misstimmung, welche die durch den Markgrafen in Aussicht gestellte Erhöhung der Matrikeln hervorgerufen, wagte die sächsische Partei noch einen letzten Ansturm gegen das veraltete System der Reichshilfe. Der Obermarschall Schleinitz erinnerte nochmals an das wahrscheinliche Ergebnis des Anschlages, der statt 15,000 Mann höchstens den 3. Teil liefern werde, weil etliche Fürsten ihre Grafen und Prälaten unangeschlagen haben wollten, andere dagegen wegen zurückgegangener Vermögensverhältnisse „Ir tax nicht mochten volfurn“²⁾, und beantragte unter Hinweis auf das Werbesystem in den romanischen Ländern noch einmal die allgemeine Auflegung.

Aber es war vergebens. Unter Markgraf Albrechts Führung stimmte die Mehrzahl der Fürsten wiederum geschlossen gegen diesen Antrag. Es schien, als wollte man um jeden Preis mit dem leck gewordenen Schiff in den alten Gewässern weiter steuern. Folgerichtig wäre es gewesen, hätte man nunmehr auch die alten Klagen und Proteste über die Durchführung des selbstgewollten Modus der Matrikularbeiträge verstummen lassen. Aber wer dürfte Folgerichtigkeit auf den Reichstagen der Friedericianischen Zeit erwarten!

Der unermüdliche Agent des Bischofs Rudolf von Scherenberg, Kilian von Bibra, richtete abermals unter Wiederholung seiner bereits aufgeführten Gründe an die Versammlung die Bitte um gerechte Prüfung der einzelnen Matrikeln,³⁾ und diesmal mit Erfolg. Der Regensburger Anschlag wurde behufs Revision an die seinerzeit zur Verabfassung einer Denkschrift niedergesetzte Fürstenkommission hinübergegeben.

Wenn man aber glaubte, es nunmehr allen recht gemacht zu haben, so war man wiederum getäuscht. Als am Sonntag vor

1) cf. Gothein, Religiöse und politische Volksbewegungen etc. S. 38.

2) W. R. fol. 53 b.

3) W. R. fol. 54 b.

Leonhardi Jörg von Absberg die Rezension des Anschlags etlichen vor der Kommission erschienenen Kurfürsten und fürstlichen Botschafter zur Kenntnis brachte, legten die Machtboten Wilhelms von Sachsen gegen eine sofortige Ausschreibung der Matrikeln entschieden Protest ein, weil in dem Anschläge ihres Herrn, wie in allen übrigen, die Grafen und Freiherrn nicht ausgenommen, sondern im Gegenteil eigens angeschlagen waren. —

Der Takt der Verhandlungen, die sich in den Tagen nach dem erbitterten Kampfe um die Form der Reichshilfe in Botschafter- und Ausschusssitzungen, in Markten und Feilschen bis zur Flaueheit heruntergestimmt hatten, wurde durch die Ankunft des Erzbischofs von Köln wieder etwas befeuert.

Es war immer ein prunkvolles Ereignis, die Ankunft eines Kollegen zum Tage, und jetzt, wo man schon geglaubt, nicht mehr darauf rechnen zu dürfen, kam ein Kurfürst des hl. römischen Reiches, Hermann von Hessen, sowie die Gesandtschaft des Herzogs von Jülich und Berg und des Landgrafen von Hessen. Wie üblich ritt man den Ankömmlingen entgegen. Der Markgraf Albrecht konnte als Rekonvaleszent für entschuldigt gelten. Dass aber auch die bayerischen Herren zuhause blieben, fiel allgemein auf.¹⁾ Es wurde vermerkt, als „ob nit gut freuntschaft zwischen Cöln und Wittelsbach were.“ Nichtsdestoweniger stattete der Erzbischof auch den Bayern Antrittsbesuche ab, was „vil leuthe fur ein wunder“²⁾ nahmen. — Tags darauf trat die bestehende Spannung noch deutlicher hervor. Als die bayerischen Herren — es war am Montag Leonhardi (6. November)³⁾ in die Stube traten, worin sich der Erzbischof von Köln, Markgraf Albrecht, Herzog Albrecht von Sachsen und der von Württemberg eingefunden hatten, „do teten sie sere Eusserlich zu dem von Colne ym nicht anfenglich als sich gepurt zu entpfahenn“. Doch wahrte Hermann von Köln die Äusserlichkeit der Form; er begrüßte die Grollenden und reichte ihnen die Hand.³⁾ Die Verstimmung der Wittelsbacher sass aber zu tief, als dass sie sich durch diesen Akt der Höflichkeit hätte besänftigen lassen, und als

Dienstag nach Leonhardi (7. November)
der Pfalzgraf Philipp abreiste, deutete man dies dahin, dass „dje

¹⁾ W. R. fol. 56 b.

²⁾ In der Quelle W. R. unrichtig: Montag nach Leonhardi.

³⁾ W. R. fol. 56 b.

bayrischen Herrn vnd der bischove von Colne sich nicht allhie bey einander geleyden mochten, herfliessende auss ergangen hendeln mit weylant bischove Rupprecht, bischove zu Colne“, dem Onkel des Pfalzgrafen, dem bekanntlich nach dem Feldzuge vor Neuss der damalige Erzbischof als Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge aufgezwungen wurde.¹⁾

Mit dem Wegreiten des Pfalzgrafen Ehilipp gewann der Kurfürst von Köln bei der oppositionellen Haltung zwischen Brandenburg und Sachsen eine ausschlaggebende Stellung im Kurfürstenkollegium. Dem Markgrafen, der seit dem parlamentarischen Siege, den er bei Abstimmung im Betreff der Reichshilfe über die kaiserlich-sächsische Partei davongetragen, sich immer mehr in der Rolle des leitenden Fürsten gefiel, lag darum viel daran, den Ankömmling über die jeweilige Sachlage in seinem Sinne zu unterrichten.

In der Montagsversammlung referierte er deshalb dem Kölner Kollegen persönlich über das Ergebnis der bisherigen Arbeit. Dann verlas der markgräfliche Kanzler Volcker den Anschlag auf 15,000 Mann, den der Erzbischof unter Vorbehalt zweitägiger Bedenkzeit zu definitiver Meinungsäusserung²⁾ vorläufig lobte. Darauf folgte der Entwurf einer Werbung an den Kaiser, den König von Ungarn, Frankreich, Polen und den Herzog von Burgund, sowie den Papst. Schon am Schluss der donnerstägigen Sitzung hatte Markgraf Albrecht nebenbei geäussert,³⁾ dass die Kurfürsten, die geistlichen und weltlichen Fürsten je einen Botschafter an den Papst und einen andern an den Kaiser und König von Ungarn, in Summa also 6 Personen „verlegen“ sollten, während die Städte für Abfertigung einer Gesandtschaft an den König von Polen und anderswohin 1,000 fl. zu tragen hätten.⁴⁾

Ohne irgend welche Äusserung gehört, geschweige denn Zusagen von Fürsten und Städten empfangen zu haben, hatte dann Albrecht oder, was dasselbe ist, das Kurfürstenkollegium

¹⁾ W. R. fol. 58 b; cf. Ennen, Geschichte der Stadt Köln, S. 585.

²⁾ W. R. fol. 56 b.

³⁾ Den Gedanken, den Kaiser und den König von Ungarn durch eine Gesandtschaft zu vergleichen, sprechen gleich zu Anfang die Kurfürsten aus; die Fürsten gaben später ihre Zustimmung; von weiteren Sendungen war jedoch nicht die Rede.

⁴⁾ W. R. fol. 49 b.

eine Proposition ausgearbeitet, welche jetzt den Ständen zur Kenntniss gebracht wurde. Diese ist in der Würzburger Quelle registriert unter dem Titel: „Der Erste Ratschlag zu Nürnberg gemacht, der aber keinen furgangk gehapt, Sundern geendert worden ist, wie dan derselbe hernach stett“.¹)

In weitschweifiger, stark persönlicher Fassung sind darin die Uneinbringlichkeit des gesetzten Anschlages, sowie die Parteiverhältnisse bei der Beratung über gemeinen Pfennig und Kontingente dargelegt.

Das Recht, eine Malstatt zu bestimmen, ist dem Kaiser anheim gegeben. Eine Klausel, welche die angestrebte Verwendung der bewilligten Hilfe garantierte, fehlt. — Merkwürdig klingen die denunziatorischen Angaben über das Votum der Stände, speziell der Städte und ihr „Hintersichbringen“. Ausser Frankreich und Ungarn sind darin auch Gesandtschaften an Polen und die Kurie in Aussicht genommen.

Um einen zwischen der Kurie und Neapel obschwebenden Streit beizulegen, wollte man den Papst brieflich ersuchen, den neapolitanischen König Ferdinand oder dessen Stellvertreter nach Rom zu bescheiden. —

Bis man eine die oberen Stände befriedigende Redaktion dieser Proposition fand, setzte es noch Verhandlungen ab, wobei die Parteigegensätze schroff und stürmisch aufeinander trafen.

Ehe wir diese darlegen, möge der interessanten Episoden gedacht werden, welche an die neuesten Schreckensposten vom türkischen Kriegsschauplatze anknüpften.

Besonders Aufsehen erregte nämlich in der Versammlung ein Ordensritter vom hl. Johannes, „ein gar wolgestalt man“. Er war der Bruder des k. Anwalts²) und brachte neue Berichte über den Erbfeind nebst einem Hilfesuch seines Ordensmeisters Pierre d'Aubusson. In beweglichen Worten schilderte er die letzte schreckliche Belagerung der Inselstadt Rhodus durch Mesich-Pascha: wie lange das osmanische Heer davor gelegen, wie die Türken „in sechzehn tagen einen starcken torm“, den Thurm des hl. Nikolaus, „den die konige von Frankreich vnd die hertzoge von Burgundien haben helffen bawen vnd die ringkmauer an

¹) W. R. fol. 100 ff.

²) W. R. fol. 57 a.

rodass 160 ellen langk nyder geschossen vnd darnach die stat gestormet“ haben.¹⁾ Der furchtbare Angriff fand am 28. Juli statt. Das türkische Heer hatte schon die von ungeheueren Steinkugeln zerfetzten und durchschossenen Wälle erstiegen, und das Bollwerk der Insel schien verloren, als durch einen unbesonnenen Befehl des Oberfeldherrn die siegreich vordringenden Truppen — man wollte auf christlicher Seite ein Eingreifen himmlischer Heerscharen darin erkennen²⁾ — sich plötzlich zur Flucht wendeten, wobei Tausende von Moslems ihren Tod fanden. Infolge der grossen Verluste — auf 16,000 Mann veranschlagt der Rhodiser Ritter die Erschlagenen — hob Mesich-Pascha die Belagerung auf.³⁾ Ungeheure Zurüstungen traf der greise Sultan Mohammed in seinem Zorne, um die Niederlage seines Feldherrn zu rächen. Ein Vernichtungskrieg stand den heldenmütigen Johanniterrittern auf Rhodus bevor. Vor der Reichsversammlung „vnd der deutschen nation“ liessen sie um „redtunge vnnnd hulff“ werben.

Welche Ironie! An das hl. römische Reich sich zu wenden, das in seinen Nöten selbst keinen Rat zu finden wusste! — „Also begehrt — lässt sich Herzog Albrecht in seinem Briefe an seinen Bruder Ernst vernehmen⁴⁾ — die k. Majestät hulff, die Rodisser hern, der hertzoge von Burgundien hulff vnd sint das ale notturftig, got gebe, das in alen wohl gehulffen werde.“

Auch aus Apulien drangen beunruhigende Gerüchte über das Vordringen des Erbfeindes der Christenheit nach Nürnberg. Noch tröstete man sich damit, dass die Fama nur „vnder dem kauffmann“ umlaufe, dessen Rede „gar oft gelogen“ sei.⁵⁾ In Wirklichkeit aber war der Grossvezier Kedück-Achmed-Pascha fast um die gleiche Zeit, wo türkische Truppen Rhodus stürmten, an der Küste von Apulien gelandet, hatte die Stadt Otranto unter unmenschlichen Grausamkeiten eingenommen und bedrohte den König Ferdinand von Neapel wie den Papst, so dass letzterer mit den Kardinälen fliehen und den hl. Stuhl wieder über die

1) Weim. A. Brief Albrechts an seinen Bruder Ernst vom 8. Novbr.

2) Weim. A. ebenda. Die haben sie von den gnaden Gotes erweret. cf. Zinkeisen II. S. 462 ff.

3) Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches II. S. 462 ff.

4) Vom 8. November. Weim. A.

5) Ebenda. Eingelegter Zettel zu dem ad. 1 erwähnten Brief.

Alpen nach Frankreich verlegen wollte.¹⁾ Breven des Papstes Sixtus forderten den Kaiser,²⁾ die Kurfürsten,³⁾ sowie die übrigen christlichen Machthaber des Abendlandes⁴⁾ zur Hülfe gegen den gemeinsamen Feind auf und entboten deren Bevollmächtigte zur Beratung eines gemeinsamen Widerstandes auf einen sogenannten Generalkonvent nach Rom.⁵⁾

Aber bei den deutschen Fürsten war weder die Grösse der Gefahr, noch die Not der Christenmenschen, weder Bitten noch Drohen „verfänglich“. Man hörte das Schrecklichste „mit betrübtem Herzen“; dass man sich aber darob nur im geringsten zum Verzicht auf kleinliche Privatinteressen, zur Eile, zu einer patriotischen That hätte hinreissen lassen, wurde nur selten erhört.

In der Frage des erwähnten Generalkonvents standen nämlich Kaiser und Fürsten auf ganz verschiedenem Standpunkt. Friederich III. hatte augenscheinlich wenig Gefallen an der Sache; lag ja die Initiative und Leitung beim heiligen Stuhle. Ganz unberücksichtigt durfte indessen die ergangene Einladung auch nicht gelassen werden. Nun hatte der Kaiser damals schon in der Person des Erzbischofs Andreas von Kraina einen Gesandten bei der Kurie.⁶⁾ Diesen beglaubigte er⁷⁾ auch in der Türkenfrage, nicht ohne dem Papst einen Generalkonvent mit geteiltem Präsidium vorschlagen zu lassen, um sich den gebührenden Anteil an der Leitung des Unternehmens zu sichern.

Als der k. Anwalt Haug in der Versammlung der Reichs-

1) Das Gerücht von der beabsichtigten Flucht Sixtus IV. brachten auch die Kaufleute nach Nürnberg. Cf. Pastor II. 496; dazu noch Zinkeisen II. S. 454.

2) In der Instruktion an den k. Gesandten zu Rom heisst es: *Dicant preterea, C. Majestatem huius diebus accepisse literas quibus sua Majestas monetur.* — Chmel m. h. III. S. 50.

3) Das Schriftstück an den Kurfürsten Ernst wurde zu Nürnberg an seinen Bruder abgegeben und von diesem „in gutem getrawen vffgebrochen“.

4) Pastor II. S. 499.

5) Das päpstliche Brave muss Anfang Oktober am k. Hofe eingetroffen sein.

6) *Verum cum sua Maiestas dignos apud apostolicam sedem ad presens Oratores habeat.* Chmel, m. h. III. 50 ff.

7) Instruktion für den Erzbischof vom 12 Oktober 1480. Chmel m. h. 50 ff. Empfehlung desselben an den Papst und an die Kardinäle schon 4. Oktober 1480 bei Chmel m. h. 48 und 49.

stände die Sprache auf die päpstliche Einladung brachte, gewann es den Anschein, als ob der Kaiser die erfolgte Beglaubigung seines Gesandten verheimlichen und die Fürsten zu grösserem Eifer in der Sache antreiben wollte.

Ob sie, fragt Haug, nunmehr schlüssig seien, ein dem päpstlichen Legaten *montis regalis* im Vorjahre zu Nürnberg gegebenes Versprechen zu erfüllen und ihre Räte behufs einer Sendung nach Rom an den Kaiser zu schicken. Als er leise sondierend hinzufügte, „Mocht sein, etlich hetten die Iren (zum Papste) geschickt,“ repizierte der Markgraf schlagfertig und mit nicht misszuverstehender Anspielung, dass nicht die Fürsten, wohl aber andere vor ihnen (der Kaiser nämlich) nach Rom geschickt hätten.¹⁾

Die gewünschte Antwort aber blieb man schuldig. Man sei jetzt „ob dem Handel“; so der zu Ende, würde man auch diese Sache erwägen. Die Stände wussten zu genau, dass der k. Anwalt sie nur aushorchen wollte. Auch waren sie unter sich uneinig.

Die Kurfürsten hätten gern eine Gesandtschaft zum heiligen Stuhle verlegt, schon aus Höflichkeit wegen der erhaltenen päpstlichen Einladung. Die Fürsten aber, denen eine solche nicht zugegangen war, setzten diesem Vorhaben den zähesten Widerstand entgegen und vereitelten, wie wir noch sehen werden, wenigstens eine Gesandtschaft im Namen des Reichs. Auch der Kaiser widerriet später, als sich die Sache geklärt, in eifersüchtigem Misstrauen auf das bestimmteste eine Sendung zum heiligen Stuhle.²⁾

Nicht anders erging es der Werbung des Rhodiser Ordens. Mit Ausnahme der Räte des Herzogs Sigismund von Tyrol, welche die seit dem letzten Friedensschlusse mit dem Sultan übelberufenen Venetianer denunzierten, angeblich, weil sie ihren Herrn daran gehindert, Geschoss nach Rhodos zu schaffen, hüllten sich die Stände dem Anschreiben des Rhodiser Grossmeisters gegenüber in hartnäckiges Schweigen. Ja, als Kilian von Bibra namens der geistlichen und weltlichen Fürsten beantragte, abends auf dem Rathaus die einzelnen Anschläge ausschreiben zu lassen, gab man dieser Anregung seine Zustimmung und ging einfach zur Tagesord-

¹⁾ Als sagt Markgraf Albrecht zu latein die wortt Nos non misimus sed verum est quod alii mirerunt prae nobis.

W. R. fol. 43 a.

²⁾ Chmel m. h. III. S. 146.

nung über. Der k. Anwalt hatte nur die Bitte daran zu knüpfen, dem Kaiser recht taugliche Soldaten zu schicken.

Dabei sind wir zugleich wieder bei der unterbrochenen Erzählung der Hauptverhandlungen angelangt. Sehen wir zu, welche Momente diese festzuhalten hat!

Am Dienstag den 7. November wurden die ausgeschriebenen Matrikeln von den geistlichen und weltlichen Fürsten in einer Kollegialsitzung durchberaten. Da gab es wieder von verschiedenen Seiten Ausstellungen.

Die Würzburger protestierten, weil der hohe Adel und die Äbte von Fulda und Camburg eigens angeschlagen waren.¹⁾ — Herzogs Wilhelm von Sachsen Botschaft reklamierte die sächsischen Grafen auf Grund einer vom Kaiser ihrem Herrn zu Würzburg gegebenen Zusage.²⁾ Zugleich meinten sie, dass man auch Herzog Sigmund „an dem End do es notte sein wurde“ gegen die Türken versehen müsse.³⁾

Ohne vorläufig näher auf die Instruktion für die neuerlich wieder von den Kurfürsten angeregten Gesandtschaften einzugehen, glaubte das Kollegium „auss merklichen vrsachen“ eine Schickung zum Past und zu Polen widerraten zu sollen. Aber mit diesen Ausstellungen fanden die Fürsten eine sehr ungnädige Aufnahme bei den Kurfürsten.

Nicht nur, dass der Markgraf als Sprecher in einem Tone von oben herab jede Unterhandlung insolange zurückwies, als die Fürsten ihre Ausstellungen bei den Kurfürsten nicht schriftlich eingereicht hätten, er stellte auch, wie wenn er den Abstand zwischen der kurfürstlichen Würde, ihren Befugnissen und Rechten und dem Fürstenrang begreiflich machen wollte, den ungeheuerlichen und anmasslichen Rechtsgrundsatz auf „wie es also Im Reiche auf kaiserlichen tagen herkomen vnd gehalten was, was von dem Kaiser oder seiner gewalt vnd den Curfürsten im besten furgenommen und geratschlagt wurde, das demselben nachgegangen wurde.“⁴⁾

¹⁾ Müllers Reichs-Theatr. S. 741; W. R. fol. 80 b, wo der Anschlag der Würzburger Vasallen gegeben.

²⁾ W. R. fol. 59 b.

³⁾ Ebenda.

⁴⁾ W. R. fol. 60 a.

Allgemein zog man daraus den Schluss, als ob die Kurfürsten vermeinen, „dormass in diesem Handel auch gescheen solle“ und fragte sich befremdet, weshalb man eigentlich hier sei, wenn die Entscheidung den Kurfürsten und dem k. Anwalt zustünde.¹⁾

Kaum weniger wie durch das selbstherrliche Gebaren des Markgrafen wurden die Fürsten durch die unverblünte Sprache des k. Anwalts überrascht, welcher eine Rede über den gar nicht berührten ungarischen Streit vom Zaune brach.

Es gwinne den Anschein — so ungefähr liess sich dieser vernehmen — als ob man wegen des Handels mit Ungarn viel Sorge hätte, als ob ferner das Zustandekommen des Türkenfeldzuges von diesem Handel abhängig wäre. Dem sei aber nicht so. Der König habe nichts gegen die Türken ausgerichtet, wie man sage; 100,000 Dnkaten hätten ihm die Venetianer zur Bekämpfung der Türken gegeben; er habe sie aber für sich behalten. Durch seine Schuld wären die Königreiche Bosnien und Serbien an die Türken verloren gegangen. Man müsse eben sehen, dass man den Feldzug auch ohne ihn zustande bringe.

Das war ohne Zweifel deutlich gesprochen. Wollte Haug umlaufenden Gerüchten begegnen oder wollte er endlich einmal den gordischen Knoten durchbauen, zu dem sich die ungarische Frage mittlerweile verschlungen hatte? Er hatte sich bisher gehütet, seine Ansichten laut werden zu lassen, vielleicht weil er hoffte, es würden sich die Reichsstände von selbst bis zu einer bewaffneten Intervention zu gunsten des Reichsoberhauptes erhitzen. Aber er sah sich getäuscht. So viel Feinfühligkeit und Höflichkeit, um die ergangenen Reden durch die Blume zu verstehen, war bei den Ständen nicht zu finden. Ihrer Weisheit letzter Schluss war das belanglose, billige Auskunftsmittel der diplomatischen Ausgleichs.

Jetzt, wo schon der Entwurf einer Instruktion für die Gesandten an den Kaiser und den König von Ungarn fertig lag, konnte Haug mit seiner Meinung nicht länger hinter den Bergen halten. Indem er darlegte, man könne auf die Freundschaft Ungarns verzichten, gab er einen unzweifelhaften Fingerzeig, in welchem Sinne man sein Referat über die ungarische Frage aufzunehmen habe.

¹⁾ W. R. fol. 60 b.

Die Versammlung zeigte sich bei diesen Invektiven gegen den Korviner noch immer begriffsstutzig. Wie wenn nichts vorgefallen, ging man zur Tagesordnung über.

Noch an demselben Tage muss das von den Kurfürsten gewünschte Memorandum, die fürstlichen Erinnerungen zu dem Anschläge betreffend, fertig gestellt und an seine Adresse befördert worden sein; denn bereits einen Tag später, am Donnerstag den 9. November, konnten die Kurfürsten den ersten Entwurf, in etlichen Stücken geändert¹⁾, abermals zur Vorlesung bringen. Die Sendung an den Polenkönig, den man mahnen wollte, was an ihm sei, für den christlichen Glauben zu thun, hatten die Kurfürsten nun fallen lassen; alle übrigen Gesandtschaften, auch die zum Papste, wurden aufrecht erhalten. Albrecht machte sogar Personalvorschläge hiefür. Namens der Kurfürsten bezeichnete er den Bischof von Eichstätt für die Mission an den Kaiser, für die Sendung an Frankreich und Burgund aber den Bischof von Augsburg. Zwei noch näher zu bezeichnende Geistliche sollte man zum Papste abordnen.²⁾

Auch sind, wie man auf den ersten Blick erkennt, die weitläufigen Stellen des ersten Ratschlages durch redaktionelle Eingriffe der endgiltigen Fassung des Reichstagsabschieds angenähert.

Böhmen, Burgund und die Eidgenossen werden nicht mehr als Ursachen der Uneinbringlichkeit des Anschlages aufgeführt; dass etliche sich ihre Grafen und Herren vorbehalten, wird ebensowenig erwähnt, wie man die Opposition des k. Anwalts, derer von Sachsen, Augsburg und Freising gegen den hergebrachten Truppenanschlag konstatiert. Dagegen erfährt der Passus über die Mahlstatt eine erweiterte, den Fürsten eine nähere Besprechung vorbehaltende Fassung und lautet nun mit seinem Zusatz: „Und das dj sendpotten an der k. Majesät erlernen malstat vnd so Sy der vnterichtung haben zw dem furgenommen tage heraufbringen oder schicken das ein yder wisse hiezwischen vnd des Ersten mayen tags die seinen danieden an denselben ortten zu haben, ferer davon

1) In den Würzburger Reichstagsakten unter dem Titel: dits ist die Enderung vf den Ersten Ratschlag vnd der gantz abschiet zu Nürnberg, fol. 70 ff.

2) W. R. fol. 61b. Für Rom war Sixtus von Tannberg, Bischof von Freising, in Aussicht genommen. Meichelbeck, S. 178.

zu handeln vnd zu besliessen wo vnd an welchen enden Sy dj Iren zu Wetertagen oder umb den Mayen haben sollen“.

Den Kaiser über das Verhalten der Städte aufzuklären, soll dem k. Anwalt überlassen bleiben, weshalb man davon absieht, diese einzeln namhaft zu machen. Eine bindende Bestimmung über die Verwendung des Heeres durch genaue Bezeichnung der Grenze, an der es zu gebrauchen sei, wurde vermisst.

Als der markgräfliche Kanzler diese zweite Redaktion bekannt gemacht hatte, gab Haug „in der meynung zu versteen, als were das bey yme als dem k. Anwalt vnd den Curfürsten beslossen“, dass man zur besseren Durchführung des Anchlages auf die schon wiederholt besprochene Einteilung des Landes in 4 Zirkel oder Kreise zurückgreifen wolle; „da solt man von der k. Majestät gewalt einen Executoren geben, In einen yden abgemelten Zyrkel, der da macht solt haben die Jhenen die do angeslagen sein vnd nicht schickten, sie dartzu zu halten“.¹)

Die geistlichen und weltlichen Fürsten waren allgemein der Meinung, dass „die redde warn gleichformlich den redd, so marggrave Albrecht einstmals gegen die gantze Samerunge redt“ und nahmen wiederum das mit „nit wenig befrembden“ auf.

Mit einer sofortigen Antwort zwar konnten sie nicht dienen; aber sie nahmen sich vor, auf die offenen und versteckten Zumutungen des k. Anwalts und der Kurfürsten, auf deren Eigenmächtigkeiten gebührend zu erwidern.

Der Zusammenstoss erfolgte in der

Freitagssitzung (10. November).

Hier verweigerten sie gegenüber den Kurfürsten entschieden ihre Zustimmung zu einer Gesandtschaft an den Papst. In der Begründung führten sie an, dass der Papst auf des Kaisers Einladung²) einen Legaten hätte schicken können; auch stünde eine solche Gesandtschaft nur den Kurfürsten und dem Kaiser zu; denn nur ihnen hätte der Papst geschrieben.³)

¹) W. R. fol. 61 b.

²) Dass eine solche Einladung erfolgt sei, lässt sich nicht beweisen. Aus der Entschuldigung des Kaisers, dass er vor Eintreffen der päpstlichen Willensäußerung über Berufung der christlichen Fürstenboten nach Rom bereits einen Tag nach Nürnberg ausgeschrieben habe, worüber er dem hl. Stuhle Bericht zukommen lassen werde, ist das Gegenteil zu folgern. Chmel m. h. III. S. 50.

³) Anspielung auf die päpstliche Einladung nach Rom zur Besprechung der Türkenhilfe.

Gegenüber dem Kaiser und den misstrauenerregenden Reden seines Machtboten drangen sie auf eine schärfere Fassung des Reichstagsabschiedes. Wollte der Kaiser die Malstatt der Truppen nach seinem Gefallen vornehmen, so wäre die Sendung der Kontingente sehr erschwert; auch möchte das sicher an ein ander Ende weisen als den Türken zum Widerstand. Statt der Phrase „man solle schicken an die grenitzen Teutscher nation“, worin ja auch Ungarn untergebracht werden konnte, sollte man sagen: „an die grenitzen derselben gegenheit Im Reiche“, wodurch die direkte Verwendung für den türkischen Krieg ausgesprochen sei.¹⁾

Zugleich lehnten, wahrscheinlich auf Veranlassung ihrer fürstlichen Genossen, Eichstätt und Augsburg die ihnen zugedachten Missionen ab, ersterer angeblich wegen „schwachheyth seines beynes“, letzterer mit einer blossen Entschuldigung.²⁾

Albrecht antwortete, wie zu erwarten, den Fürsten „sere gespitzet“.

Die Schickung zum Papst hätten andere einem Legaten desselben schon zugesagt und sich beim Kaiser auch dazu erboten. — Die Forderung der Fürsten bezüglich der Malstatt trüge dreierlei „Beschwerung“ in sich. Wollte man die Grenzen erst auf dem nächsten Tage anzeigen, so würde das Volk nie „auf den mayen“ verfertigt. Es würde aber auch angesichts solcher Rücksichtnahme seitens des Reiches der König von Ungarn immer halsstarriger, so dass die Gesandten um so weniger „Richtigung“ bei ihm erzielen könnten.

Endlich sähe es auch danach aus, als ob aus der Türkenhilfe überhaupt nichts werde. Die Fassung „grentzen der nation“ dürfte auch den Fürsten recht sein, da auch die Kurfürsten nichts daran auszusetzen hätten. Seinen ganzen Groll sammelte Albrecht in die verletzenden Worte zusammen: es gewinne den Anschein, als ob die Fürsten nicht wie die Kurfürsten „zu disem loblichen Cristenlichen werke das zu volendende geneygt weren“; er wolledies den Fürsten als ein „mundt füßslein“ zum Bedenken für den Abend geben.³⁾

Erregte schon das „mundtfüßslein nit wenig beswernuss“

¹⁾ Die Antwort verlas der Kanzleischreiber des Herzogs von Niederbayern.

²⁾ W. R. fol. 62b.

³⁾ W. R. fol. 63a.

bei den Fürsten, so traf sie eine Frage, welche Albrecht überlaut an die Versammlung stellte, als diese schon zu gehen bereit war, vollständig unvorbereitet.

Ob denn die Fürsten, so liess sich dieser vernehmen, dem Kaiser wider Ungarn zu helfen gedächten, falls dieses nicht mit dem Kaiser gerichtet sein wolle?¹⁾

Eine Antwort auf diese Frage, die über die wirklichen und seither vertuschten Absichten des Kaisers keinen Zweifel mehr liess und die Verhandlungen des Tags in eine ganz neue Beleuchtung rückte, erfolgte natürlich nicht.

Sie brauchte ja nicht als offizielle Werbung gedeutet werden, sondern konnte vorläufig als subjektive Meinung des in diesem Punkte der k. Politik ergebenden Markgrafen gelten, wenn sie gleich mit Vorwissen und mit Zustimmung des k. Anwalts gemacht sein musste.

Aber auf die anmasslichen Worte des Markgrafen replizierten die Fürsten mit grossem Nachdrucke.

Am Samstag, St. Martinstag (11. Novbr.), als Kurfürsten, Fürsten und Städtebotschaften auf dem Hause erschienen waren, erklärte Jörg von Absberg auf das „mundtfüsslein“ Albrechts, dass die Fürsten von keiner geringeren Pflichttreue beseelt wären als ihre kurfürstlichen Kollegen, dass sie nach ernstlicher Prüfung und Erwägung aber auf ihren Anträgen — Feststellung einer Malstatt für das Türkenheer auf dem nächsten Reichstag und Fortfall einer Gesandtschaft an den Papst — bestehen müssten. Wenn die Kurfürsten jemand an den hl. Stuhl abordnen wollten, so liege das ganz in ihrem Belieben.

Damit man wisse, wohin die Kontingente zu schicken seien, so möge man Laibach und fullach (Villach) vorläufig als geeignetste Orte ins Auge fassen.

Jetzt merkten die Kurfürsten, dass „die verdige Rede von dem Markgraf vnd dem k. Anwalt bescheen, als dass sie allein zu besliessen haben, nit wenigk verdriess hetten entpfangen“.²⁾

Die aufgeregte Debatte hatte offenbar die Grenzen der parlamentarischen Wohlanständigkeit überschritten. Die geharnischten Reden des Markgrafen mussten verletzen, auch wenn man annahm,

¹⁾ W. R. fol. 63 a.

²⁾ W. R. fol. 64 a.

dass sie nicht im Auftrage, sondern nur unter dem Antrieb der eigenen Leidenschaftlichkeit ergangen waren. Was war zu erreichen, wenn Forderung gegen Forderung in unversöhnlicher Schroffheit einander gegenüber gestellt wurden? Und dann — wie weit konnten und wollten die Kurfürsten der kaiserlichen Politik Gefolgschaft leisten? Sachsen unterstützte das Projekt eines ungarischen Krieges, weil es seinen Vorteil aus dem Kampfe gegen Matthias zu ziehen hoffte. Auch Albrecht, nachdem der Beschluss über die Art der Hilfe in seinem Sinne durchgegangen, war nicht abgeneigt, den ungarischen Handel des Kaisers in den Bereich einer Reichshilfe zu ziehen; der Markgraf war zweifellos in die Plane der k. Politik eingeweiht, wenn auch nicht bis zu den letzten Gedanken und Absichten; sonst wäre es merkwürdig, dass er schon einen Tag vor den Enthüllungen des k. Anwalts an die Fürsten die Frage richten konnte, ob sie dem Kaiser gegen Ungarn zu helfen bereit wären.

Nicht so bald hatte der k. Anwalt diese in unverhüllter Deutlichkeit ausgesprochen, als sich unvermittelt bei Albrecht ein Stimmungswechsel vollzog, der auf eine Annäherung an die Fürsten abzielte.

Köln zeigte sich im wohlverstandenen Interesse kaiserlich; Philipp von der Pfalz frondierte zwar im allgemeinen wegen des erhaltenen ungünstigen Bescheides über die elsässische Landvogtei, aber er war doch auf dem Tage zu sehr im Schlepptau des Markgrafen, als dass er selbstständig hätte Politik treiben können.

Im allgemeinen durfte also der k. Machtbote mit der Haltung der Kurfürsten zufrieden sein; sie waren zum wenigsten nicht abgeneigt, dem Kaiser gegen die ungarischen Angriffe beizuspringen. Aber eine Reichshilfe ausschliesslich für den ungarischen Krieg, eine einseitige Förderung der k. Hausinteressen bei der gebieterischen Notlage der Christenheit, das konnte und wollte Sachsen, vielleicht auch Köln, auf keinen Fall aber Markgraf Albrecht und die Pfalz.

Es bedurfte darum nur eines Anstosses, um einen Umschwung in der Sachlage herbeizuführen.

Diesen gaben die Enthüllungen des Grafen Haug. Er wählte dazu die Form einer „hubschen protestation“, die er mit den bezeichnenden Worten einleitete, er sehe wohl ein, dass er der Katze die Schelle anhängen müsse.

Dann sagte er den Ständen rund heraus, die k. Majestät

wolle überhaupt keine Gesandtschaft,¹⁾ weder nach Rom, noch nach Frankreich, am wenigsten aber eine an den König Matthias. Die Gesandtschaft zum Papste widerriet Haug aus dem Grunde, weil sich der Kaiser in seinem Schreiben dagegen ausgesprochen. Auch nach Frankreich zu schicken, wäre „nit fruchtpar“; es sei im Gegenteil schimpflich, „ainen solchen mechtigen kunig mit wortten zu bedingen oder zu bericht zu bewegen, wann nit daneben ein tröstlich widerstand wer furgenommen“. ²⁾

Die allergrötste Mühe gab sich Haug, um die ungarische Gesandtschaft zu hintertreiben. Alles, was er über den Korviner Nachteiliges wusste, besonders wie dieser konsequent und in listig schlauem Zuge einem rechtlichen friedlichen Austrage zu entschlüpfen verstünde, führte er den Fürsten nochmals gedrängt vor die Seele. ³⁾

Ob denn, fragte der Machtbote, die Stände ein Gefallen daran hätten, wenn ihre Unterthanen, zur Hilfe aufgeboden, „erst wolten zu den veindten schickhen vmb teding“. ⁴⁾ Nicht eine diplomatische Vermittlung, sondern „austreglich hilff vnd beystand“ wollte der Kaiser in dem Krieg mit Ungarn. Eine Teidigung habe neben grossen Nachteilen für den Kaiser noch die schlimme Wirkung, dass sie den Ungar in seiner trotzigten Auflehnung nur noch bestärke. Seinen Hals wagt sich Haug daran zu setzen, „ob man ychdes dor Innen getaiding mocht“. ⁵⁾

Die Rede des k. Anwalts erregte peinliches Aufsehen. Das plötzlich enthüllte Ziel der k. Politik wirkte verblüffend auf die Gemüter. „Die Kurfürsten, fürsten vnd der fürsten botschaft“ nahmen darüber „ein grobs Verwundern“, dass sie, „bishere lange Rede der Turken halben gehapt hetten vnd das nu die sachen vff den konig von hungern were komen“. ⁶⁾

Die sächsische Partei, wie sie diese ungünstige Schwenkung bemerkte, machte noch einmal verstärkte Anstrengungen. In der Sonderberatung, ⁷⁾ zu welcher alsbald Kurfürsten wie Fürsten zu-

¹⁾ Chmel m. h. III. 146. Ir gnaden die fursten hab vernomen das schreiben, so mir . . . k. Majestät getan hab, das sy nit gen Rom schickhen sollen.

²⁾ Ebenda. ³⁾ Ebenda S. 147. ⁴⁾ Ebenda.

⁵⁾ W. R. fol. 64 b. ⁶⁾ Ebenda.

⁷⁾ Chmel m. h. III. S. 148. Item in der Curfursten rat hat hertzog Albrecht aber mitsampt seinen Barteien wider die botschaft zu schickhen geredt. Item desgleichen ward von den Barteien in der fursten rat auch geredt

sammentraten, setzte sie alle Hebel in Bewegung,¹⁾ um die Versammlung zum Kriege fortzureissen. Besonders war es wieder Schleinitz, welcher „von seiner wegen gar hoch und tief“ erzählte, „was hochfart vnd hochmuets der kunig“²⁾ aus einer Teidigung ziehen werde. Die persönlichen Erfahrungen, worauf der Redner, wie er versichert, sein Urteil gründete, waren geeignet, seinen Ausführungen ein besonderes Gewicht zu verleihen.

Auch Herzog Albrecht von Sachsen ist in der Debatte „zu hohen wortten gen der Barthei chomen“.³⁾

Die Bischöfe von Augsburg und Freising scheinen in gleichem Sinne in der Fraktionssitzung der Fürsten gewirkt zu haben.⁴⁾

Alle diese Anstrengungen Haugs und der k. Partei wollten jedoch nicht verfangen. Nur der Kölner Erzbischof Hermann, Landgraf von Hessen, meinte, man sei der k. Majestät zu helfen schuldig; es werde eine gefährliche Gepflogenheit im Reiche, „sold der lauf in dem hl. reich aufsten, wann ainer ainem schuldig wär zu helffen, dass er vor wolt zu dem veindt zu schickhen vnd tedingen“.⁵⁾ Aber abgesehen, dass Hermann von vorneherein sein Gutachten durch den Zusatz stark einschränkte, „er sey erst zu den sachen chumen und hab vor nit so vil darvon gehortt“,⁶⁾ so wollte er als „Erwelter“ des Erzstiftes, der für den Augenblick aus seinem durch Krieg und Pfändung erschöpften Stifte nicht die Mittel zu einer glanzvollen Auffahrt beim Empfang der Regalien aufbringen konnte und daher augenblicklich mit dem Plane umging, seine Belehnung vom Kaiser stunden zu lassen, sich offenbar der Gunst des Reichsoberhauptes empfehlen.⁷⁾

1) Chmel m. h. III. S. 147.

2) Ebenda S. 148.

3) Ebenda S. 147.

4) Chmel m. h. III. S. 148. Item desgleichen ward von den bartheien in der fursten rat auch geredt.

5) Ebenda.

6) Ebenda.

7) Am 11. August 1480 erwählt und vom Papste unterm 15. November 1480 bestätigt. erhielt Hermann nach Verständigung mit dem Kaiser über die Ablösung einer diesem aus dem Zoll zu Linz a/Rh. zu zahlenden Schuldsumme durch die Abfindung von 32.000 fl. einen Belehnungsverzug von 2 Jahren bewilligt unterm 19. Dezember 1480, also unmittelbar nach dem Reichstag; dieser Verzug wurde um weitere 3 Jahre erstreckt; denn erst im Dezember 1485, gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers in Köln, empfing der Erzbischof seine Regalien.

Als man dem k. Machtboten namens der Kurfürsten und Fürsten eine Antwort gab, war die Opposition eine überwiegende: Kurfürsten und Fürsten sähen es jetzt für das beste an, eine Botschaft an den Kaiser und König zu senden; wenn sich Ungarn nicht fügen wollte, dann würden sie sich auf dem nächsten Tage als gehorsame Fürsten erweisen.¹⁾

„Ich chund es nit vmbbringen“ referiert Haug an den Kaiser, „es muest darauf besteen“.²⁾ Oder an einer anderen Stelle: bei ihnen „chund manss nit enthalten, es muest den Weg hinaus“,³⁾ es sei denn, dass man ohne jegliches Ergebnis auseinandergehen wollte. Auf sein „höchst ersuchen vnd mann (Mahnen)“ erlangte er nur das Zugeständnis, dass die von den Fürsten und Kurfürsten so hartnäckig verlangte Botschaft an den ungarischen König beim Kaiser selbst anzufragen habe, ob „sy zu dem chunig solten oder nit“; dass sie also „solden handeln nach der . . k. Majestät befehlen“.⁴⁾

Die Durchführung des Anschlages, sowie die Ausschreibung des nächsten Tages aber solle von dem Ausfalle der k. Antwort unabhängig sein und für jeden Fall gewährleistet bleiben.⁵⁾

An diesem Resultate vermochte weder Schleinitz noch der Bischof von Passau etwas zu ändern, als sie in der Kommission, welche unter dem Präsidium des Markgrafen Credenz und Instruktion der Reichsboten endgültig entwerfen sollte, die Sache noch einmal mit allen Mitteln der Dialektik verfochten.⁶⁾

Die Erklärung des k. Anwalts über die ungarische Frage, die wie ein Sonnenstrahl das dunkle Gewölk des Zweifels und Misstrauens zerriss, und einmal klare Übersicht über die k. Plane gewährte, brachte die in den letzten Tagen bis zur Gefahr ernstlicher Entzweiung gespannten Kollegien der Fürsten und Kurfürsten wieder einander näher.⁷⁾

Indem die Kurfürsten von ihrem extremen Standpunkte zurückgingen und die Berechtigung ihrer fürstlichen Kollegen auf eine eigene Meinung anerkannten, einigten sich die beiden Parteien rasch über einen Reichstagsabschied, der jetzt natürlich mehr im Sinne der Fürsten ausfiel.

1) W. R. fol. 65 a.

2) Chmel m. h. S. 148.

3) Ebenda. 4) Ebenda. 5) Ebenda. 6) Ebenda.

7) Die gemeinsame Antwort, welche Albrecht namens der Opposition dem k. Anwalte gab, ist hiefür der erste Beweis.

Zunächst standen die Kurfürsten nach kurzer Beratung von einer Schickung zum Papste ab,¹⁾ es jedem anheimstellend, einen Gesandten zur Kurie nach Belieben und auf seine Kosten zu verfertigen.

Dann suchte Albrecht die Fürsten in betreff der Malstatt zu beruhigen. Sie brauchten, erklärte er, keine Entschuldigung ihres Eifers zu geben; die Kurfürsten seien davon überzeugt. Was er „gestern gerett hette solten sie in der meynung nit versten, als ob sy mynder dann die Curfursten vnd er zu dem loblich wergk geneygt weren“.²⁾

Sammelort und Operationsbereich der Truppen wurden jetzt einer Neuberatung unterzogen, wobei man den Wünschen der Fürsten Rechnung trug. — In der einhelligen Antwort, welche der k. Anwalt auf seine Werbung in der ungarischen Frage erhielt, kam die erzielte Verständigung zum Ausdruck. — Auch die Verhandlungen über die Gesandtschaften gelangten nun zum befriedigenden Abschlusse. Die beiden Bischöfe von Eichstätt und Augsburg nahmen die angebotenen Mandate jetzt gerne an.³⁾ Jenen sollte Jörg von Absberg und Götz von Alitzheim, diesen Graf Jobst von Zollern und Meister Bernhard Frewiss (?) begleiten, und jede Gesandtschaftskavalkade 40 Pferde umfassen, wofür eine Zehrung von 2600 fl., in Summa also 5200 fl. ausgeworfen wurde.⁴⁾

Jeder der 6 Kurfürsten wurde mit 200 fl., die Herzoge Sigmund von Tyrol, Jörg von Bayern-Landshut, Albrecht von München, Wilhelm von Sachsen, Jülich und Berg, der Landgraf von Hessen, die beiden Herren von Württemberg, sowie Würzburg mit der gleichen Summa, Herzog Otto von Bayern und der Bischof von Bamberg mit je 100 Gulden angelegt.⁵⁾

Credenz und Instruktion für die Reichsboten fertig zu stellen, übertrug man „etlich fursten vnd der Curfursten und der fursten rat“ in Gemeinschaft mit dem Markgrafen Albrecht. Der kaiserl. Anwalt sass selbstverständlich auch in der Kommission, es beweist

¹⁾ W. R. fol. 65 a. Bei Häberlin S. 205 und Droysen S. 462 noch 3 Gesandtschaften.

²⁾ und ³⁾ Ebenda. ⁴⁾ W. R. fol. 64—66 cf. Nördlinger R. A. No. 13.

⁵⁾ Nördlinger R. A. No. 13. Das giebt addiert erst 3,000 fl. Die nicht auf dem Tage Anwesenden mussten wahrscheinlich ihre Anschläge erst anerkennen; aus diesem Grunde sind sie jedenfalls nicht im Verzeichnis aufgeführt. cf. Häberlin VII., S. 205., der nur 1,500 fl. angiebt.

⁶⁾ Chmel m. h. III. S. 148.

dies seine genaue Kenntniss der im Schosse derselben sich abspielenden Diskussion.

Die Arbeit der vielköpfigen Kommission beschränkte sich auf eine zweite Redaktion des vorhandenen kurfürstlichen Entwurfes, welche den getroffenen Vereinbarungen zwischen Fürsten und Kurfürsten Ausdruck lieh.

Am 23. November wurde das zu Tage geförderte Elaborat als Reichstagsabschied von Nürnberg rechtskräftig.

Ob es der Plenarversammlung vorher publiziert werden konnte, ist zweifelhaft. Wahrscheinlich geschah dieses nicht. Zum Beweise mag die Thatsache dienen, dass schon am Sonntag den 12. die Bischöfe von Eichstätt und Augsburg, ferner Hertind von Stein und Jörg von Absberg mit dem Domprobst Kilian von Bibra auf der Herberge des k. Anwalts eifrigst beschäftigt waren, die Briefe um Geleit und die Credenzen für die Gesandtschaften auszufertigen und Montags in aller Frühe — es war um 6 Uhr — Albrecht und sein Sohn Markgraf Friedrich, die Bischöfe von Köln und Bamberg, Herzog Albrecht von Sachsen, Jörg und Otto von Bayern schon Anstalten zum Aufbruch machten, der noch im Laufe des Tags erfolgte.¹⁾

Da die Vertreter der oberen Stände bei Feststellung des Wortlautes zugegen waren, mochte dies auch nicht notwendig erscheinen. Jedenfalls stand es jedem Beteiligten frei, persönlich Kenntniss von dem Dokument auf der Herberge des kaiserlichen Machtboten zu nehmen.

Nach seinem Inhalt stellt dieses in der dritten Entwicklungsphase rechtskräftig gewordene Aktenstück eine Formel dar, unter welcher sich die Anschauungen der Fürsten und Kurfürsten vereinigen liessen, und durch welche auch die Städte nicht zu stark bloss gestellt wurden. Bemerkenswert erscheint daran die peinliche Genauigkeit der Instruktionen, die, soweit sie die gesandtschaftlichen Werbungen an das Reichsoberhaupt betreffen, zum Teil nach dem Wortlaut der zu haltenden Reden und Ansprachen festgesetzt sind. Nur ein starkes Misstrauen konnte diese sicherstellenden Klauseln diktieren.

Von den beschlossenen Gesandtschaften sollte die an den Kaiser von wegen der Kurfürsten und Fürsten erfolgen, der Cre-

¹⁾ W. R. fol. 50 ff.

denzbrief dementsprechend von diesen nur gesiegelt werden.¹⁾ Bezüglich der Abordnungen an Ungarn, Frankreich und Burgund enthält der Abschied die Worte: „Item von kurfürsten, fürsten vnd andern diser versamung erbittung“.²⁾

Da die Städte Regensburg, Augsburg und Nürnberg ohne Hintersichbringen ihre Hilfe zugesagt, so könnte dies „andere diser versamung“ nicht nur auf die Fürstenbotschaften, sondern auch auf die 4 Städte gedeutet werden, woraus dann folgern würde, dass die oben genannten Gesandtschaften im Namen der oberen und, so weit sie zugestimmt, auch der unteren Stände geschehen sollte. Ein grösseres Gewicht würde durch Einbeziehung der Städte den Werbungen allerdings gegeben worden sein.

Zur Bekämpfung der Türken bewilligt der Abschied dem Kaiser 15,000 Mann nach dem um $\frac{1}{3}$ erhöhten kleinen Regensburger Anschlag. „Aus merklichen vrsachen vnd zu fudrung der sach“ hielt man „diser zeitt fur dat poeste“, einem Anschlag für Truppen nachzugehen. Die Gesandtschaft soll dem Kaiser den Anschlag überreichen und ihm diejenigen spezifizieren, die persönlich oder durch Botschaft auf dem Tage vertreten waren, und „die unwidersprechenlich dem volg thun vnd nicht auff die andern verziehen wollen“, sondern ihrer Zusage nachkommen. — Bezüglich der übrigen Fürsten und Städte wird der Kaiser gebeten, Fleiss „anzukehren, das sy dem, das von der gemeinsamlung zugesagt ist, auch volg thun“.

Das Projekt einer allgemeinen Vermögenssteuer, das so stürmische Auseinandersetzungen veranlasst, wird dem Kaiser zur Erwägung anheimgegeben mit den Worten: „Es ist nottorfft zu bedenken bei der k. Majestät, das man lifrung finde vnbeschwert vmb ain gleichen pfennig“.

Von dem Verhalten der Städte bei der Abstimmung über die Reichshilfe, ferner von der Debatte über die Frage, ob Anschlag auf Geld oder auf Truppen, und von dem Auftreten der Sachsen, des Bischofs von Augsburg und Freising sollten im Gegensatz zu dem ersten Entwurf des Abschiedes keine Einzelheiten mitgeteilt werden, da es Sache des k. Anwalts sei, das Reichsoberhaupt darüber zu unterrichten. Wohl aber möge man dem Kaiser nicht vorenthalten, dass man den König von Böhmen und die Eidgenossen

¹⁾ Chmel m. h. III. S. 123. ²⁾ Ebenda S. 126 ff.

durch Schreiben an ihre Pflicht zu erinnern beschlossen habe.

Eine Malstat wird in dem Abschiede nicht namhaft gemacht, ebensowenig ein bestimmter Termin für Schickung der Aufgebote. Es war dies, wie bereits bemerkt, eine Konzession an die Fürsten und ein Mangel, der den ganzen Abschied eigentlich hinfällig und illusorisch machte.

Wenn der k. Anwalt seine Zustimmung gab, so mag er, nicht ohne Verständigung mit den einflussreichen Fürsten, sich bereits mit dem Gedanken getragen haben, durch eine Gegenmine die Zugeständnisse unschädlich zu machen.

Das Operationsfeld und die Zeitdauer der Verwendung der Hilfstruppen war in den Worten bezeichnet: „15,000 Mann von der theutschen nacion zu Rosz vnd zu Fusz an die grenitzen teutzscher nacion im Römischen Reich gegen den Turkgen gelegen drew Jar zu haben.“

Zu „volkomener volzihung“ des beschlossenen kleinen Anschlages sollte von dem k. Anwalt und den Fürsten um Reminis- cere (18. März) ein anderer Tag nach Nürnberg vorgenommen werden, um da „von allen enden zu handeln, das nottorfft ist,“ und zwar „an verrer hinder sich bringen“. Die Gegenwart des Kaisers wird in Aussicht gestellt, es sei denn, dass ihn „leibesnott oder kriegsloff“ daran hindere.

Dass die Stände persönlich erscheinen sollten, wurde selbstverständlich wieder als frommer Wunsch angefügt.

Was die gesandtschaftlichen Instruktionen für Frankreich, Burgund und Ungarn anbelangt, so haben sie alle den gemeinsamen Tenor, den Potentaten die bewilligte Hilfe von 15,000 Mann bekannt zu geben und diese zum Frieden, sowie zum Kampfe gegen den Erbfeind aufzufordern. König Matthias speziell wird noch ermahnt, dem geschickten Volk freien Kauf, sowie Zufuhr in seinen Landen zu gestatten.

Bezüglich der obschwebenden Differenzen zwischen dem Kaiser und dem König von Ungarn einer- und dem König von Frankreich und dem Erzherzog Maximilian andererseits sollen die Gesandten von den beteiligten Teilen die Erlaubnis zur Vermittlung, sowie die Zusage auswirken, gegebenen Falls beiderseitig „schidlich rett an bequem malstatt“ zu schicken.

Welche Stellung die Städte zu diesem Abschiede einnahmen, ist begreiflich. Obwohl man im ersten Entwurf des Reichstagsabschiedes dem Kaiser mitteilen konnte, „die von Nurnberg, Augs-

burg, Regensburg und Ulme haben zugesagt, die andern ein Hintersichbringen genommen“,¹⁾ so verweigerten sie nachträglich alle 6 ihre Zustimmung.²⁾

Damit kamen die Vertreter von Augsburg, Regensburg, Ulm und Nürnberg nicht in Widerspruch zu ihrem früheren Votum, dem Kaiser und Reich nach Vermögen helfen zu wollen. Auf einer Vorbesprechung zu Speyer hatte man nämlich den Beschluss gefasst, in die hinter ihnen und ohne ihren Consens gemachten Anschläge durchaus nicht zu willigen, da man dessen in keiner Weise pflichtig wäre; im Gegenteil liefe es ihren Freiheiten und dem alten Herkommen entgegen, dass Kurfürsten und Fürsten sie wie seither anschlügen.

Nun hatten aber die oberen Stände wie zu Augsburg, so auch zu Nürnberg den Anschlag wieder ohne Zustimmung der Städte gemacht. Was Wunder also, dass diese nichts von einer Anerkennung wissen wollten!?

Um sich zu rechtfertigen, hielten Freitag nach Ulrici (6. Juli) Lukas Herwarth im Namen Augsburgs, Wilhelm Besser im Auftrag Ulms und Ullmann Stromer als Bevollmächtigter Nürnbergs,

1) W. R. fol 101 a.

2) Die Argumente dafür liegen also: In den Nördlinger Reichstagsakten No. 13 ist eine nicht dem Wortlaute, wohl aber dem Inhalte nach mit dem Reichstagsabschiede bei Chmel und den Würzburger Reichstagsakten übereinstimmendes Schriftstück unter dem Titel „Abschid des gehalten tags, der begerten hilff halben von der k. Majestät wider die Turken vnd einpruch frembds getzungs tewtscher Nacion etc. durch dieselbe k. Majestät auff sant Jakobstag vergangen gen Nuremberg veraynt auff zu sagen der hilff Wider die benannten turken durch Curfursten, fursten, gaistlich vnd weltlich dazumal erschienen, auch der Stett Regenspurg, Augspurg, Ulm und Nurnberg nach Ir Jedes Vermugen nnd gestalt seiner sachen vff der hernach geschriben Antwort der k. Anwalt gegeben“.

Die Stelle „auff zu sagen der hilff . . . durch Curfursten, fursten . . . auch der Stett . . .“ weist auf eine ganz allgemeine Zusage hin, wie solche die Stände dem k. Anwalt auf seine Werbung gegeben.

Auch der Passus bei Janssen No. 568: „haben Regenspurg. Augspurg, Ulme vnd Nuremberg antwort geben helffen zu tun“ ist nur in diesem Sinne zu deuten.

Von entscheidendem Gewicht ist ausser dem Zeugnisse Lehmanns (Spey. Chron. 908) „die Stett aber haben nit darein bewilligt, sondern alles auf hintersichbringen angenommen“ die Fassung, worin in den obenerwähnten Nördlinger Reichstagsakten Absatz 1 und 2 erscheinen: den fürsten und fürstenbotschaften — eben denselben will ein neuer Tag gefallen — will ein anslag auff 15,000 Mann gefallen“.

also drei von den anfänglich zustimmenden Städten, dem Kaiser über die Haltung der Kommunen Vortrag, wobei sie unter anderem auch der Bitte Ausdruck liehen, es möge der Handel mit Ungarn gütlich beigelegt werden.¹⁾

Lückenhaft, wie der Reichstagsabschied war, hätte der Kaiser bis zum nächsten Tage darauf verzichten müssen, die ihm bewilligte Hilfe zu gebrauchen, hätten ferner die bevollmächtigten Gesandten in Musse warten dürfen, wenn nicht der k. Anwalt auf dem Wege der privaten Vereinbarung²⁾ sich einzelne Vollzugsvollmachten ausgewirkt hätte.

Bevor nämlich die Fürsten: Markgraf Albrecht mit seinem Sohne Friedrich, die Herzoge Albrecht von Sachsen, Georg und Otto von Bayern, sowie die Bischöfe von Köln und Bamberg von hinnen ritten, stattete ihnen Haug einen längeren Abschiedsbesuch ab, wobei die im Reichstagsabschied vermissten Abmachungen über Malstatt, Termin der Schickung, Organisation der Einhebung des Anschlags getroffen wurden.³⁾

Der k. Anwalt sollte den neuen Tag auf Reminiscere „in alle kreiss der fürstenthumb“ ausschreiben.

Gegen die einstweilige Ankündigung, dass auf diesem ein grosser Heerzug „in Craft gemainer auflegung des gelts“ beraten werden sollte, hatte auch der hitzigste Verfechter des Lehensheeres, Markgraf Albrecht, nichts einzuwenden.

Um die Taxe aufzubringen, sollte Haug allen denjenigen, welche nicht persönlich zum projektierten Tag nach Nürnberg kommen wollten, Wien als Malstatt und Walpurgi als Sammeltermin verkünden dürfen.

1) Nicht ohne Grund wurden die an den Kaiser abgesandten Boten aus den 4 anfänglich zustimmenden Städten genommen; sie mochten am kaiserlichen Hof in Gnade sein. Dagegen fürchtete der Rat von Frankfurt, dass man des Hintersichbringens von Frankfurt und Strassburg „nit gefallens gehabt mag han“. — Janssen No. 568.

2) Die Verständigung über die Exekution wurde überhaupt vielfach in Privatzusammenkünften herbeigeführt. — cf. Schweizer, Vorgeschichte und Gründung des schwäbischen Bundes pag. 67.

3) W. R. fol. 68 a. Haug giebt dem Domprobst dreierlei Wege zu verstehen, „die dj fursteu ytzund In Iren abschiet mit Inne vnd er mit yne beschlossen vnd verlassen hetten“. Dass diese Abmachungen in der That nur mit einzelnen Fürsten getroffen wurden, geht aus der Antwort des Domprobstes auf obige Mitteilnng hervor: er wisse von diesen Beschlüssen nichts, auch die anderen Botschafter nicht.

In der Folge muss der k. Anwalt diese Mitteilung den Ständen allgemein zugestellt haben; ein Vorwurf konnte ihn um so weniger treffen, als ja die deutschen Fürsten und Städte nur in ihrer Abneigung, Reichstage zu besuchen, zuverlässig waren.

War eine vorläufige Abmachung über Walstatt und Termin der Schickung einerseits aus administrativen Gründen nicht zu umgehen, so wurde anderseits der Riegel, den die Fürsten mit Vertagung der Entscheidung über diese Punkte bis zum nächsten Tage einer schleunigen Mobilisierung der Reichstruppen vorgeschoben hatten, dadurch wieder zurückgenommen.

Zur Verkündigung sowohl als besseren Durchführung des bewilligten Anschlags und des geplanten neuen Tages zu Nürnberg, auf den jedermann mindestens eine „volmechtig botschaft an hintersichbringen“ haben soll, ferner auch zum Zwecke einer wirksamen Agitation für die Interessen des Reichs traf man die Uebereinkunft, dass Haug die Kommissäre im Lande bestelle, welche die Stände von ihrer jeweiligen Taxe unterrichten, sie auf Reminiscere nach Nürnberg entbieten und mit dem Zwecke dieses Tages vertraut machen sollten. Ganz besonders erschienen derartige Organe notwendig an den Enden „do die fursten nit zu gebieten haben, sondern der k. Majestät zustet“, ¹⁾ also für die Städte, die Schweiz und Friesland ²⁾ als reichsunmittelbare Gebiete.

Als Kommissäre werden genannt: Der Erzbischof von Köln nebst dem Landgrafen von Hessen für den Niederrhein; für die Moselgegend die Bischöfe von Trier und Metz; für den Oberrhein der Pfalzgraf; in Schwaben oberhalb des Schwarzwaldes Sigmund von Tirol, unterhalb des Schwarzwaldes die beiden Grafen von Württemberg; im bayerischen Gebiet die Wittelsbacher Herzoge; für Ober- und Niedersachsen die Herzoge von Sachsen, der Bischof von Magdeburg nebst dem Markgrafen Johann von Brandenburg. ³⁾ Die Städte von Augsburg bis Konstanz und um Nördlingen will Haug persönlich nach Ulm beschreiben, um hier sachdienliche Werbung an sie zu bringen. ⁴⁾ Bezüglich Frankens waren die Bischöfe von Bamberg und Würzburg in Gemeinschaft mit dem Markgrafen in Aussicht genommen; diesem anwaltlichen Plane gegenüber hatte der Würzburger Botschafter Sorge, „es wurde

¹⁾ Chmel m. h. III. S. 144.

²⁾ Nördlinger Reichstagsakten No. 13.

³⁾ Chmel m. h. III. S. 149 f.

⁴⁾ W. R. fol. 68 b.

sich nit also schicken“, dass sein Herr mit jenen Kommissarius sein solle; denn „sie mochten yme vf die seinen greiffe vnd die halten für dj Iren“, eine Befürchtung, die der k. Anwalt allerdings nicht teilen wollte, die aber leider in dem nicht lange darauf entstandenen Streite über die Pfaffensteuer in trauriger Weise sich bewahrheitete.¹⁾

Für Schweiz und Friesland wurden Vollzugsorgane nicht namhaft gemacht; doch hatte man die Kosten für die Verlegung von Machtboten dorthin bereits vorgesehen und auf die Städte umgelegt.²⁾

Kraft eines ihnen zugehenden kaiserlichen Mandats sollen diese Kommissäre Gewalt haben, „den lewtten zu gebieten, dem anslag nachzugen bei Verliesung aller iren freihaiten vnd gnaden vnd voraus den Stetten“.³⁾ — Wie man bei allen Massnahmen die städtischen Gemeinden zuerst ins Auge fasste, so glaubte man sie auch den Kommissären besonders ans Herz legen zu müssen; „was man mit den red, so ist ihr antburtt sy wollens an ir freundt bringen.“⁴⁾ —

Überblicken wir noch einmal in aller Kürze den Verlauf des Nürnberger Tages!

Nach hartnäckiger Opposition der Stände wird infolge Eingreifens des Markgrafen dem k. Anwalt eine Türkenhilfe zugesagt. Zwei Wege werden hiefür empfohlen: das alte Feudalsystem und eine allgemeine Reichssteuer. Letztere, von dem k. Anwalt und der sog. sächsischen Partei mit allem Nachdrucke befürwortet, fällt nach hitzigen Debatten. Markgraf Albrecht steht als Wortführer im Vordergrund. Obwohl sonst einer der eifrigsten Parteigänger des Kaisers, trat er in einer seine materiellen Interessen so tief berührenden Frage nicht nur nicht für

1) W. R. fol. 68 b.

2) Nördlinger Reichstagsakten No. 13. Die Kosten der Botschaften zu den Königen, Fürsten und Kommunen in Friesland hatte Haug mit den Kurfürsten auf 5,000 fl. angeschlagen und auf die Städte verteilt; auf Frankfurt trafen 300 fl.

In einer Zuschrift an den Rat von Ulm hält Frankfurt dies für „ein newer angang“, über den es in „geschriff vnd geheime“ wohl Rat und Meinung der befreundeten Stadt hören möchte. Wie Frankfurt werden auch die übrigen Städte wenig Bereitwilligkeit gezeigt, „sondern antwurt vnd darlegen verhalten han“. Janssen No. 567.

3) und 4) Chmel m. h. III. S. 150.

den Vorschlag des k. Anwaltes auf Erhebung des gemeinen Pfennigs ein, sondern bekämpfte ihn unter grosser persönlicher Erregung auf das heftigste und brachte auch die Majorität der Stände auf seine Seite. Die hierüber geführte Polemik zeigte, dass der Gedanke einer allgemeinen Reichssteuer, wenn auch nicht spruchreif, so doch seit 9 Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, da er in den mächtigen sächsischen Fürsten und zwei geistlichen Würdenträgern, den Bischöfen von Augsburg und Freising, energische Verfechter gefunden. Vorzüge und Notwendigkeit des neuen Modus werden ebenso geschickt als erschöpfend dargethan, und den Gegnern bleibt nur der schwache Rückhalt an dem gemeinen Mann, der in der neuen Steuer eine Schätzung der Nation erblicken könnte. Damit erklärten sich jedoch alle einverstanden: wenn der befürchtete Widerstand der Masse des Volkes nicht im Wege stehe, einer Durchführung der Idee keine Hindernisse mehr entgegensetzen zu wollen. Den Irrtum des Volkes zu widerlegen, dasselbe aufzuklären und für die Sache zu gewinnen, sollte Aufgabe der berufenen Personen bis zum nächsten Tage sein, wo man einen grossen Heerzug kraft gemeiner Auflegung des Geldes vornehmen wollte. — Nachdem die Türkenhilfe einmal bewilligt, handelte es sich darum, auf welche Weise die 15,000 Mann aufzubringen seien. Auf Andringen der Fürsten beschloss man, den kleinen Regensburger Anschlag auf 10,000 Mann um ein Drittel zu erhöhen. Aber nicht nur, dass von dem auf dem Papier festgesetzten Truppenkörper nahezu 10,000 Mann in der Einbildung existirten,¹⁾ d. h. voraussichtlich gar nicht aufgebracht werden konnten, man ermangelte auch, Malstatt und Termin der

¹⁾ So wurden auf die Schweiz 1400 zu Fuss und 150 zu Ross gelegt. cf. W. R. fol. 122 b. „So solten die Reichsstette zu Bern, Luzern, Freiburg, Zurich, Zolathern vnd alle gemein ayd genossen haben 150 zu Ross und 1,400 zu Fuss“. Prälaten und Grafen und andere unter ihnen Gesessene sollten hierin nicht inbegriffen sein. Diese Angabe stimmt überein mit Müller, Reichs-Theatr. V. 743 und Anshelm Berner Chronik I. 243, wo 1,400 zu Fuss und 150 zu Ross angegeben sind. Vgl. damit die Angabe bei Segesser (eidgenössische Abschiede III. 1, pag. 90) und Chmel m. h. III. 152., cf. auch Wiedemann S. 73 Anm. —

Für Böhmen waren vorgesehen: 450 zu Ross und 1050 zu Fuss —

Auch die von einzelnen Fürsten, z. B. von dem Bischof von Würzburg energisch beanspruchten Grafen und Herren, z. B. die Henneberg, Castell, Wertheim, Rieneck, Hohenlohe, Weinsberg waren eigens angeschlagen.

Cf. W. R. fol. 120 a.

Schickung in einer allgemein verbindlichen Weise zu vereinbaren, ja dadurch, dass man einen neuen Tag zur Durchführung des bewilligten Anschlages nötig zu haben glaubte, drückte man den im Punkte der Türkenhilfe gepflogenen Verhandlungen den Stempel des Chimärischen auf und setzte alle Erfolge und Ergebnisse auf die Stufe von Scheinresultaten herab.

Der k. Anwalt zwar that, was an ihm lag, um aus der versprochenen Hilfe eine Wahrheit zu machen. Zuerst brachte er für die Exekution das nicht mehr neue Projekt zur Sprache, das Land in vier administrative Kreise einzuteilen. Aber er wurde gar nicht gehört. Dann gab er sich alle Mühe, einen rechtsgiltigen Beschluss über die Gestellung der Kontingente und ihre Verwertung zu stande zu bringen. Was er am Ende erreichte, war die Zustimmung der einflussreichsten Fürsten zur Aufstellung von Kommissären in den einzelnen Gegenden des Reiches, sowie Genehmigung einer provisorischen Malstatt und eines vorläufigen Termins. In fieberhafter Thätigkeit zieht Haug die äussersten Konsequenzen aus den erlangten Zugeständnissen: nach allen Richtungen ergehen kaiserliche Machtbriefe. Haug verschreibt Kontingente, stellt Kommissäre auf und lädt auf den neuen Tag ein. Am 25. November fordert er den Rat von Frankfurt auf, 23 zu Ross und 45 zu Fuss auf Walpurgi gen Wien zu schicken und einen Tag später, zur Verlegung der friesländischen Boten 300 fl. zu entrichten.¹⁾ An die übrigen Reichsstände wurden ähnliche Briefe gerichtet.²⁾ Den äussersten Norden und Süden zieht er in den Bereich seines Schriftwechsels. Er mahnt nicht nur die Eidgenossen, ihren Anschlag von 1400 Mann alsbald aufzubringen,³⁾ sondern verhandelt auch mit dem Herzog von Stettin, sehr zum Verdruss des Markgrafen Albrecht, der das Herzogtum als brandenburgisches Lehen beansprucht.⁴⁾

¹⁾ Janssen No. 564 und 565.

²⁾ Gemeiner S. 627, No. 1308. Der Fall, dass trotz verweigerter Anerkennung des Reichstagsabschiedes die Städte zur Stellung ihrer Kontingente aufgefordert wurden, steht nicht vereinzelt da; eben dasselbe geschah nach dem Augsburger Tag von 1474; cf. auch Schweizer, der pag. 68 als Beispiel hiefür den Hussitentag zu Nürnberg 1431 zitiert.

³⁾ Segesser, Eidgenössische Abschiede III. 1, p. 90.

⁴⁾ Zeitschrift für preussische Geschichte und Landeskunde, 19. Jahrgang S. 54.

Auch zitiert bei Wiedemann „die Reichspolitik des Grafen Haug v. Werdenberg“ an verschiedenen Orten.

Samstag nach Conceptionis Mariae (8. Dezbr.) bestellt er die fränkischen Fürsten, die Markgrafen Albrecht, die Bischöfe von Würzburg und Bamberg zu Kommissären, sie beauftragend, für das Zustandekommen des Anschlages zu wirken, den nicht auf dem Tage anwesenden Grafen, Prälaten etc. den Reichstagsabschied bekannt zu geben und auf Reminiscere nach Nürnberg zu entbieten.¹⁾

Bei den ihm wohlbekannten Reichsstädten in Schwaben hat er sich sogar persönlich bemüht, die Anerkennung des Anschlages durchzusetzen. Anfangs Februar war er zu diesem Zwecke in Ulm.²⁾

Von einem nennenswerten Erfolg aller dieser Bemühungen wird indessen nichts berichtet. Einzelne Fürsten sandten ihre Hilfstruppen, aber wie es scheint, haben sich diese geweigert, in den ihnen zugemuteten Kampf mit Ungarn zu ziehen. Sie seien, erklärten Sittich von Zabiz und Götz von Adelsheim, die Führer des sächsischen und pfälzischen Aufgebots, von ihren Herrn „wider die Türken vnd nicht wider könig Matthiam zu ziehen abgeordnet“, und mit dieser Antwort musste sich der Kaiser wohl zufrieden geben.³⁾

Andere Stände redeten sich auf den Tag an „Reminiscere“ hinaus; dieser kam aber erst $\frac{1}{4}$ Jahr später zustande und brachte, obwohl ursprünglich zur besseren Durchführung des 80er Anschlages bestimmt, eine neue Einschätzung der reichsständischen Vermögen nebst neuen, alle vorausgegangenen Festsetzungen überflüssig machenden Taxen.

So hatte es also des Protestes und der entschiedenen Weigerung der Städte gar nicht bedurft, um zu verhindern, dass der Reichstagsabschied nach der Seite der Türkenhilfe jemals eine praktische Gestalt gewinne.

Kein besseres Geschick hatte auf der Nürnberger Versammlung die ungarische Frage. Statt Truppen für den Krieg mit Matthias bewilligten die Stände nur eine Gesandtschaft, statt der durchfahrenden That boten sie das diplomatische Auskunftsmittel einer Teidigung. Warum sich sofort in einen ungarischen Krieg stürzen für die Privatinteressen des Kaisers? Warum die zahlreichen Feinde des heiligen römischen Reiches um einen weiteren durch Hilfsmittel und Tüchtigkeit ausgezeichneten vermehren?

1) W. R. fol. 79.

2) Wiedemann, S. 74.

3) Müller Reichs-Theatr. S. 756.

Nur schade, dass dadurch auch die türkische Angelegenheit in ein widriges Fahrwasser gebracht wurde.

Sowohl in der Verbescheidung der beiden Kardinalpunkte: Türkenhilfe und Ungarnkrieg, wie in der Behandlung der einschneidenden Frage: Feudalheer und Reichsmatrikel oder Werbesystem und allgemeine Reichssteuer brachte also der Tag für die kaiserliche Diplomatie eine unzweifelhafte Niederlage.

Will man kurz die Gründe dieses traurigen Ergebnisses auführen, so müsste man in erster Linie die alten Klagen über Mangel an Gemeinsinn, nationales Interesse und Opferwilligkeit bei den deutschen Fürsten wiederholen. Weiterhin trifft ein Teil der Schuld die unglückseligen Parteiungen. Das Ringen der Städte um politische Gleichberechtigung mit den oberen Ständen, die Rivalität der Fürsten mit den Kurfürsten um Einfluss und Machtstellung -- dies altgewohnte Bild deutscher Reichstage war natürlich auch in Nürnberg wieder zu sehen. Aber eigentümlicher Weise deckte sich die Parteibildung nicht immer mit den reichständischen Kollegien. Die Interessen und Beziehungen der einzelnen liefen bald zusammen, bald kreuzten sie sich, und zwar oft unvorhergesehen und überraschend.

Zu Beginn der Verhandlungen stand der Markgraf Albrecht entschieden zum k. Anwalt gegen die Koalition der Fürsten und Kurfürsten, die nicht eher ihre Zusage geben wollten, bis sie über die intimen Absichten des Kaisers unterrichtet. Dann trat Albrecht an die Spitze einer Fürsten-Kurfürstenpartei, die eine in derselben Weise zusammengesetzte Fraktion unter Führung der Sachsen wegen des gemeinen Pfennigs heftigst bekämpfte und schliesslich auch besiegte.

Im weiteren Verlaufe machte sich eine grössere Annäherung der opponierenden Kurfürsten an die kaiserliche Politik geltend; insbesondere scheint Albrecht in die geheimen Plane des Kaisers bezüglich der ungarischen Frage ziemlich gut eingeweiht gewesen zu sein.

Aber indem der Markgraf in zorniger Aufwallung gegenüber einem Widerspruch von gegnerischer Seite der Kurfürsten Macht und Einfluss über Gebühr hervorhob, machte er die Fürsten nur um so eigensinniger, so dass diese in dem Masse, als sie die Kurfürsten im Einverständnis mit dem k. Anwalt glaubten, auf scharfe, die Verwendung der genehmigten Hilfe in ihrem Sinne garantierende Klauseln drangen.

Angesichts dieses Widerstandes vollzog sich nun wieder bei den oberen Ständen eine starke Schwenkung nach der Seite der Fürsten, was, wie bereits bemerkt, in der Redaktion des Reichstagsabschiedes am unzweideutigsten zum Ausdruck kam. —

Verhängnisvoll wirkte das Doppelspiel, das Haug in der ungarischen Frage spielte. Dadurch erweckte er von vorneherein das grösste Misstrauen, dem gegenüber allen die grösste Vorsicht geboten schien.

Zuletzt muss auch der zähen Gleichgültigkeit und Trägheit des Reichsoberhauptes selbst, dessen einseitiger, eigennütziger Hauspolitik gedacht werden. Die Verquickung der Erblandsinteressen des Kaisers mit der die ganze Christenheit berührenden Angelegenheit hatte die zweifache Folge, dass in der einen wie in der anderen Richtung nichts Erspriessliches geleistet wurde.

Dass Friedrich III., wie er es seiner erhabenen Stellung schuldig gewesen wäre, das Reich auf der Versammlung nicht selbst vertrat, dass er nicht lauter billige und gerechte Forderungen vertreten liess: das lässt in letzter Linie begreifen, warum der allgemeine Satz: „dieta gravida erit et parturiet aliam“ auch auf den Nürnberger Reichstag von 1480 angewandt werden kann.

So bedeutsam auch die dort gepflogenen Verhandlungen genannt werden müssen in Rücksicht auf die Parteigruppierungen, auf den kräftigen Protest, mit dem Fürsten und Kurfürsten Hilfe für die einseitige habsburgische Interessenpolitik verweigerten, ferner in Rücksicht auf die Ideen, welche über die Notwendigkeit und Durchführung einer allgemeinen Reichssteuer zu tage traten, man würde doch zu viel behaupten, wollte man in ihnen mit Droysen jene „denkwürdige Wendung“ erblicken, infolge deren die vereinten Fürsten das grösste Interesse der Christenheit ergreifen, es benützen, um der wirren Politik des Kaisers und des Königs Matthias Halt zu gebieten und sich überhaupt der Initiative zu bemächtigen.¹⁾

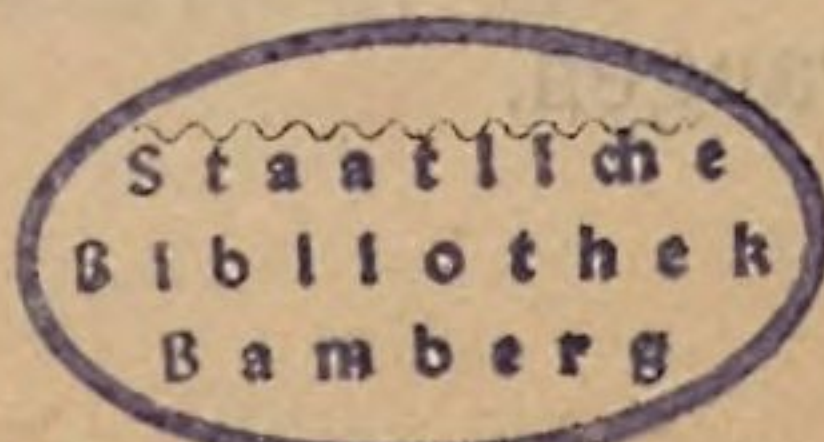
Im Gegenteil hat der Reichstag an egoistischer Territorialpolitik, an kleinlichen Nörgeleien und Eifersüchteleien, an zäher Verfechtung engherziger Parteistandpunkte, wie uns dünkt, die vorausgegangenen Tage noch überboten.

Und am Ende kümmerten sich weder Friedrich III. und Matthias, noch die deutschen Fürsten und Städte um die gefassten Beschlüsse.

Was aber die Hauptsache ist: aus der „von der ganzen Nation wegen“²⁾ zugesagten Hilfe gegen die Türken wurde leider auch diesmal nichts.

1) Droysen, Geschichte der preussischen Politik III., S. 462.

2) Ebenda.



SBB013401653855



Küffner, Karl,

Der Reichstag von Nürnberg anno 1480

1892

Bamberg, Staatsbibliothek -- 30.2903

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11828208-5